



Provincia Autonoma di Bolzano/Bozen - Alto Adige
Autonome Provinz Bozen - Südtirol



Ministero dello Sviluppo Economico
Dipartimento per lo Sviluppo e la Coesione Economica
Unità di valutazione degli investimenti pubblici

Verschiedene Autoren Italien im Lichte der Öffentlichen Territorialen Konten (Conti Pubblici Territoriali - CPT)

Die öffentlichen Finanzströme in der Autonomen Provinz Bozen



Autonome Provinz Bozen - Öffentliche Territoriale Konten
2009

Die Sammlung der regionalen Monografien *Italien an den Öffentlichen Territorialen Konten gemessen - Die öffentlichen Finanzströme in den italienischen Regionen* ist das Ergebnis einer Zusammenarbeit aller Organe, die am Projekt der Öffentlichen Territorialen Konten beteiligt sind. Die einzelnen Monografien wurden vom jeweils für die betroffene Region zuständigen Regionalen CPT-Organ erarbeitet. Als Urheber und Förderer der Monografiensammlung stand die technische Zentraleinheit CPT den Regionalen Organen bei der Erstellung der einzelnen Bände im Hinblick auf die einheitliche Gestaltung und die redaktionellen Aspekte der veröffentlichten Texte zur Seite. Für die in der endgültigen Fassung zum Ausdruck gebrachten Meinungen haften nur die Autoren selbst, ebenso wie für eventuelle Fehler oder Auslassungen.

Das Regionale Organ der Öffentlichen Territorialen Konten der Autonomen Provinz Bozen, Autor des Bandes, wirkt beim Landesinstitut für Statistik (ASTAT) und in der Abteilung Finanzen und Haushalt der Autonomen Provinz Bozen und umfasst folgende Personen:

Mattia Altieri
Lisa Fattor
Barbara Piazzì
Sabine Resch
Lorenzo Smaniotto

Das Regionale Organ bedankt sich bei allen Vertretern der öffentlichen und privaten Einrichtungen, die ihre Daten zur Verfügung gestellt haben, denn ohne diese wäre die vorliegende Band zugrunde liegende Analyse unmöglich gewesen. Durch ihre Zusammenarbeit verfügt man nun über ein umfassendes und erschöpfendes Bild der lokalen Gegebenheiten.

Insbesondere bedankt sich das Regionale Organ bei den Kollegen Fernando Bettega, Dieter Egger, Ivonne Miotti und Stefano Natale für ihre wertvolle Hilfe bei der Abfassung der Monografie.

Der Band übernimmt die im Projekt „Öffentliche Territoriale Konten“ angewandten Methodologien und Grundlagen. Die angeführten Daten stammen hauptsächlich aus der Datenbank CPT und sind auf dem Stand von Mai 2009.

Letzter Druck im Oktober 2009

Redaktionelle Betreuung von

StudiareSviluppo 

Druck: Olimpica, Rom 2009

INHALT

LEITFADEN ZUM LESEN DES BANDES	V
TEIL I - DER REGIONALE BEZUGSRAHMEN	
1. Der sozioökonomische Hintergrund	9
<i>1.1 Das Autonomiestatut und die Zuständigkeiten der Autonomen Provinz Bozen</i>	<i>12</i>
2. Die regionale Entwicklungsplanung: Zielsetzungen und Instrumente	15
TEIL II - ÖFFENTLICHE AUSGABEN IN DER REGION	
3. Die Gesamtausgaben des Erweiterten Öffentlichen Sektors	19
4. Die laufenden Ausgaben	23
<i>4.1 Fokus auf die Personalausgaben</i>	<i>24</i>
<i>4.2 Fokus auf den Erwerb von Gütern und Dienstleistungen</i>	<i>27</i>
5. Investitionsausgaben	30
<i>5.1 Entwicklungsfördernde Politik: Investitionen und Zuwendungen</i>	<i>34</i>
6. Die Ausgaben regional und lokal wichtiger Subjekte	41
TEIL III - ÖFFENTLICHE EINNAHMEN IN DER REGION	
7. Die Einnahmen des Erweiterten Öffentlichen Sektors	45
8. Laufende Einnahmen	47
9. Einnahmen aus Kapitalbewegungen	50
TEIL IV - DEZENTRALISIERUNG UND STEUERFÖDERALISMUS	
10. Territoriale Dezentralisierung und Steuerföderalismus	55
11. Dezentralisierung auf der Ausgabenseite	56
12. Dezentralisierung auf der Finanzierungsseite	62
<i>12.1 Fokus auf die Finanzierung der Regionalverwaltungen</i>	<i>62</i>
<i>12.2 Fokus auf die Finanzierung der Lokalverwaltungen</i>	<i>65</i>
<i>12.3 Fokus auf die Finanzierung lokaler öffentlicher Unternehmen</i>	<i>66</i>
A. METHODOLOGISCHER ANHANG	69

LEITFADEN ZUM LESEN DES BANDES

Die Sammlung der regionalen Monografien *Italien gemessen an den Öffentlichen Territorialen Konten - Die öffentlichen Finanzströme in den italienischen Regionen* will eine Analyse der öffentlichen Finanzströme aller italienischen Regionen sein und einen quantitativen Beitrag zur Debatte leisten. Die Rekonstruktion der Informationen beruht auf der Erfassung der Einnahmen und Ausgaben aller in der Region tätigen Subjekte, egal ob diese der öffentlichen Verwaltung (ÖV), anderen gesamtstaatlichen oder lokalen Verwaltungen oder jenen Körperschaften und Unternehmen angehören, die Teil des Erweiterten Öffentlichen Sektors (EÖS) sind.

Den Analysen liegen die statistischen Daten der Öffentlichen Territorialen Konten (CPT), einer Datenbank des Gesamtstaatlichen Statistiksystems (SISTAN), zugrunde, die von einem Netzwerk an Organen in verschiedenen Regionen und Autonomen Provinzen unter der methodologischen und operativen Koordination der technischen Zentraleinheit¹ erstellt wurde und einen direkten Einblick in alle lokalen öffentlichen Gegebenheiten² bietet. Die technische Zentraleinheit ist bei der *Unità di valutazione degli investimenti pubblici* (UVAL - Einheit für die Bewertung öffentlicher Investitionen) des *Dipartimento delle Politiche di Sviluppo* des *Ministero dello Sviluppo Economico* (Departement für Entwicklungspolitik des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung) angesiedelt.

Jeder einzelne Band wird vom Regionalen CPT-Bezugsorgan als Ergebnis einer gemeinsamen Arbeit des gesamten CPT-Netzwerks herausgegeben.

Details zur erhobenen Gesamtheit, zu den Kriterien zur Sektoreinteilung, zur Regionalisierung und Konsolidierung sind dem methodologischen Anhang dieses Bandes zu entnehmen. Vor dem Lesen dieser Publikation sind jedoch einige Aspekte und Eigenheiten der CPT zu berücksichtigen.

Die Datenbank der Öffentlichen Territorialen Konten rekonstruiert für jedes dem Erweiterten Öffentlichen Sektor zugehörige Subjekt auf regionaler E-

¹ Die technische Zentraleinheit kümmert sich ferner um die Erfassung von Informationen betreffend Finanzströme folgender Einrichtungen: Staat und Zentralverwaltungen, Gemeindeverwaltungen, Provinzverwaltungen, *Comunità Montane* (Berggemeinschaften), Universitäten, Sanitätsbetriebe (ASL), Forschungs- und Pflegeinstitute (IRCCS) und öffentliche Krankenhäuser, Gesamtstaatliche Öffentliche Unternehmen.

² Dabei bezieht man sich insbesondere auf: Region und Autonome Provinzen, abhängige Körperschaften auf regionaler und lokaler Ebene, Behörden und Hafenorganisationen, regionale und lokale Unternehmen und Einrichtungen, Gesellschaften und Stiftungen mit Beteiligungen von lokalen oder regionalen Körperschaften. Man weist darauf hin, dass im Text der Begriff *Region* aus Gründen der Vereinheitlichung mit der in den CPT verwendeten Terminologie oft anstelle von „Autonomer Provinz“ verwendet worden ist. Die Körperschaft *Autonome Provinz* ist ferner als Teil der Verwaltungsebene der Regionalverwaltungen anzusehen.

bene die Ausgaben- und Einnahmenströme auf der Grundlage von Haushaltsabschlüssen oder von Informationen aus öffentlichen Quellen (wie beispielsweise vom Istat für lokale Körperschaften und Vorsorgeeinrichtungen, vom Zentralen Rechnungsamt RGS-IGEPA für die Regionalisierung der Staatsausgaben, vom Departement der Steuerpolitiken für die Regionalisierung der Staatseinnahmen usw.), ohne dabei prinzipiell Neuklassifizierungen vorzunehmen. Anschließend werden die konsolidierten Haushaltsrechnungen der einzelnen Regionen erstellt. Hieraus ergibt sich, dass die in den Öffentlichen Territorialen Konten zur Anwendung gekommenen Regionalisierungsmethoden beinahe immer von Erklärungen der jeweiligen Körperschaft oder Veröffentlichungen anderer öffentlicher Quellen abgeleitet wurden.

Die Daten der Öffentlichen Territorialen Konten sind mit allen wichtigen institutionellen Quellen vergleichbar, die Informationen zum öffentlichen Rechnungswesen liefern (man bezieht sich dabei beispielsweise auf die vom Zentralen Rechnungsamt oder von der gesamtsstaatlichen Buchhaltung des Istat verarbeiteten Daten) und die in öffentlichen Dokumenten verbreitet werden. Die Ergebnisse auf lokaler Ebene sind jedoch nicht immer einheitlich. Das ist auf die von den verschiedenen Einrichtungen angewandten unterschiedlichen Methodologien zurückzuführen, deren Verständnis für das korrekte Bewerten aller veröffentlichten Buchhaltungsdaten unerlässlich ist.

Die Daten der CPT gewährleisten ferner eine uneingeschränkte Vergleichbarkeit zwischen den verschiedenen Gebieten. Dies impliziert die Anwendung von eindeutigen Kriterien aller in die Erhebung miteinbezogenen Organe. Einige Regionen erheben jedoch ausführlichere Informationen als die Datenbank oder berücksichtigen eine größere Gesamtheit an Körperschaften als der Erweiterte Öffentliche Sektor der Öffentlichen Territorialen Konten umfasst. Es handelt sich dabei um qualitativ hochwertigere Daten, deren Niveau sich das gesamte Netzwerk der CPT progressiv nähern will. Um jedoch die Qualität der veröffentlichten Informationen zu gewährleisten, darf jede Änderung an der Erhebung erst dann in die Datenbank übernommen werden, wenn sie für alle Regionen gilt. Einige Regionale Organe verfügen somit über Daten, die ausführlicher sind als die offiziellen der Öffentlichen Territorialen Konten. In den Monografien wird immer auf die eventuelle Verwendung dieser zusätzlichen Informationen hingewiesen.

Im Folgenden werden die wichtigsten Inhalte des Bandes mit Bezug auf die in den verschiedenen Kapiteln behandelten allgemeinen Themen angeführt.

TEIL I - DER REGIONALE BEZUGSRAHMEN umfasst zwei Kapitel, die auf die wichtigsten Merkmale des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und normativen Umfelds der betreffenden Region eingehen. In **Kapitel 1 - Der sozioökonomische Hintergrund** werden die Merkmale des Gebiets mit Schwerpunkt auf den demographischen und wichtigsten makro-

wirtschaftlichen Variablen beschrieben. In **Kapitel 2 - Die regionale Entwicklungsplanung: Zielsetzungen und Instrumente** werden einige Anmerkungen zur regionalen Planung im Hinblick auf den neuen Zeitraum 2007-2013 und auf die Beziehungen zu den lokalen Körperschaften angeführt.

TEIL II - DIE ÖFFENTLICHEN AUSGABEN IN DER REGION geht auf strukturelle und konjunkturelle Aspekte der öffentlichen Ausgaben ein. Die Analyse in Kapitel 3 - **Die Gesamtausgaben des Erweiterten Öffentlichen Sektors** behandelt die Ausgabenströme (Summen und Werte pro Kopf) aller berücksichtigten Körperschaften im Zeitraum 1996-2007 sowohl in Bezug auf die wichtigsten Makrobereiche als auch auf die verschiedenen Verwaltungsebenen. Das **Kapitel 4 - Die laufenden Ausgaben** analysiert die Entwicklung der laufenden Ausgaben mit Fokus auf den Personalausgaben und den Ausgaben für den Erwerb von Gütern und Dienstleistungen. **Kapitel 5 - Investitionsausgaben** befasst sich vor allem mit den Ausgaben ohne Umlaufposten. Die Analyse ist nach Verwaltungsebene und Sachbereich untergliedert. Um die umgesetzte Entwicklungsförderung zu bewerten, wird die Zusammensetzung der Investitionsausgaben aus Investitionen und Zuwendungen an Unternehmen und private Haushalte berücksichtigt. In **Kapitel 6 - Die Ausgaben regional und lokal wichtiger Subjekte** wird auf die Ausgaben abhängiger Körperschaften und lokaler öffentlicher Unternehmen eingegangen, wobei es sich bei letzteren um Beteiligungsgesellschaften und -stiftungen, Genossenschaften, Vereine und Verbände sowie Unternehmen und Institutionen handelt. Es wird insbesondere die zeitliche Entwicklung der Ausgaben dieser Subjekte und die Art der Unternehmen analysiert.

TEIL III - ÖFFENTLICHE EINNAHMEN IN DER REGION geht auf die wichtigsten Merkmale der Wirtschaftsbereiche der Einnahmen ein. Insbesondere das **Kapitel 7 - Einnahmen des Erweiterten Öffentlichen Sektors** geht auf die allgemeinen Merkmale und seine großen Aggregate (laufende Einnahmen und Einnahmen aus Kapitalbewegungen) ein. In **Kapitel 8 - Laufende Einnahmen** wird auf diese Art der Einnahmen sowie ihre Zusammensetzung nach Verwaltungsebene eingegangen. Das **Kapitel 9 - Einnahmen aus Kapitalbewegungen** befasst sich mit der Entwicklung dieser Einnahmengruppe und vertieft sie auch nach Verwaltungsebene.

TEIL IV - DEZENTRALISIERUNG UND STEUERFÖDERALISMUS setzt den Schwerpunkt auf sehr aktuelle Themen. In **Kapitel 10 - Territoriale Dezentralisierung und Steuerföderalismus** werden die Grundzüge der Aufgabendezentralisierung und des Steuerföderalismus aufgezeigt (die Analyse folgt in den beiden darauffolgenden Kapiteln). Dabei wird ihre Bedeutung im Lichte der letzten Entwicklungen der laufenden Debatte und der

jüngsten Staatsreform unterstrichen. Das **Kapitel 11 - Dezentralisierung auf der Ausgabenseite** analysiert die Ausgaben nach Verwaltungsebene, um die Aufgabendezentralisierung deutlich zu machen und um ihre zeitliche Entwicklung untersuchen zu können. Dabei bezieht man sich auf die Übertragung von Aufgaben der Zentralverwaltung (ZV) auf die Regional- und Lokalverwaltungen sowie von letzteren auf die Lokalen Öffentlichen Unternehmen, sprich Genossenschaften und von öffentlicher Seite kontrollierte Unternehmen. In **Kapitel 12 - Dezentralisierung auf der Finanzierungssseite** wird aufgezeigt, wie eine Reform in Richtung Steuerföderalismus für die Regional- und Lokalverwaltungen mehr landeseigene Einnahmen und weniger Staatszuwendungen bedeutet. Dazu werden die Einnahmen der Lokalen Öffentlichen Unternehmen (IPL) untersucht. Anschließend wird herausgearbeitet, in welchem Ausmaß diese auf die Finanzierung seitens der ÖV (Zuwendungen) und in welchem Ausmaß die Einnahmen hingegen auf ihre Markttätigkeit (Verkauf von Gütern und Dienstleistungen) zurückzuführen sind. Da es aufgrund der unterschiedlichen Regionalisierungsmethoden unmöglich ist, Finanzergebnisse aus der Datenbank der CPT zu entnehmen, werden die Ausgaben und Einnahmen im Bereich der Dezentralisierung getrennt voneinander behandelt.

Im **methodologischen Anhang** sind abschließend einige Grundzüge der Datenbank der Öffentlichen Territorialen Konten zusammengefasst³, darunter die Art der Daten, die Grundgesamtheit, die berücksichtigten Verwaltungsebenen, die Regionalisierungsmethoden für die Finanzströme, die Tabellen für die ökonomische Gliederung der Ausgaben und Einnahmen sowie die Sektoreinteilung der Ausgaben, das Datenkonsolidierungsverfahren für eine Analyse auf der Ebene der öffentlichen Verwaltung (ÖV) und des Erweiterten Öffentlichen Sektors (EÖS) sowie eine Liste aller vom Regionalen CPT-Organ für die Monografie erfassten Körperschaften.

³ Vertiefungen und Details verschiedener Autoren in: Guida ai Conti Pubblici Territoriali - Aspetti metodologici e operativi per la costruzione di conti consolidati di finanza pubblica a livello regionale (Leitfaden zu den Öffentlichen Territorialen Konten - methodologische und operative Aspekte für die Erstellung konsolidierter Haushaltsrechnungen der öffentlichen Haushalte auf regionaler Ebene), UVAL 2007, verfügbar auf www.dps.mef.gov.it/cpt/cpt_notemetodologiche.asp (in italienischer Sprache)

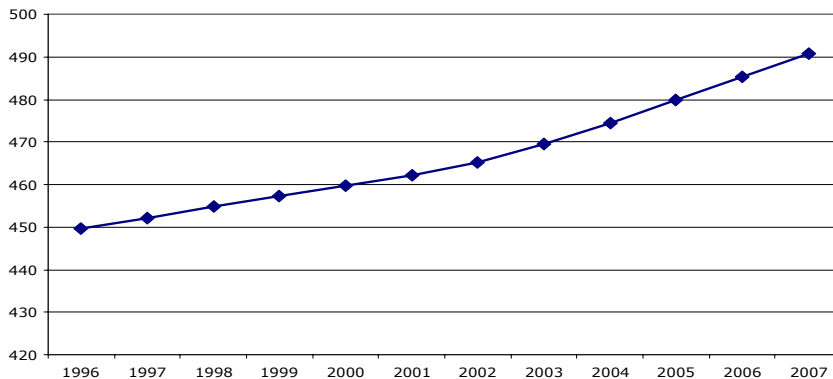
TEIL I - DER REGIONALE BEZUGSRAHMEN

1. Der sozioökonomische Hintergrund

Südtirol ist mit einer Fläche von 739.953 m² und einer Bevölkerungsdichte von 63 Bewohnern je km² die größte Provinz Italiens.

Im Zeitraum 1996-2007 stieg die Einwohnerzahl Südtirols von rund 450.000 Einwohnern (1996) auf ca. 491.000 Einwohner (2007) kontinuierlich an (vgl. Abbildung 1). Das Bevölkerungswachstum wurde sowohl vom Geburtenüberschuss (mehr Geburten als Todesfälle) als auch vom positiven Wanderungssaldo (mehr Immigration als Emigration) begünstigt, obschon es in den letzten Jahren eigentlich nur mehr auf die Zuwanderung zurückzuführen ist.

ABBILDUNG 1.1 - SÜDTIROL - WOHNBEVÖLKERUNG (Tausend Bewohner)



Quelle: Verarbeitung von Istat-Daten

Aus den demographischen Daten geht hervor, dass im Jahr 2007 16,8 Prozent der Südtiroler Bevölkerung Jugendliche (bis 14 Jahren) waren. Die über 65-Jährigen machen 17,2 Prozent der Bevölkerung aus; ihr Anteil liegt unter dem italienischen Durchschnitt (20,0%). Landesweit hat man somit eine noch relativ junge Bevölkerung. Der Prozentanteil an älteren Menschen steigt jedoch ständig, genauso wie im übrigen Italien und in ganz Europa. Weiters ist die Geburtenrate in Südtirol höher als auf gesamtstaatlicher Ebene: Im Jahr 2007 wurden gegenüber dem italienweiten Durchschnitt von 9,5 Geburten 11,2 Geburten je 1.000 Bewohner verzeichnet.

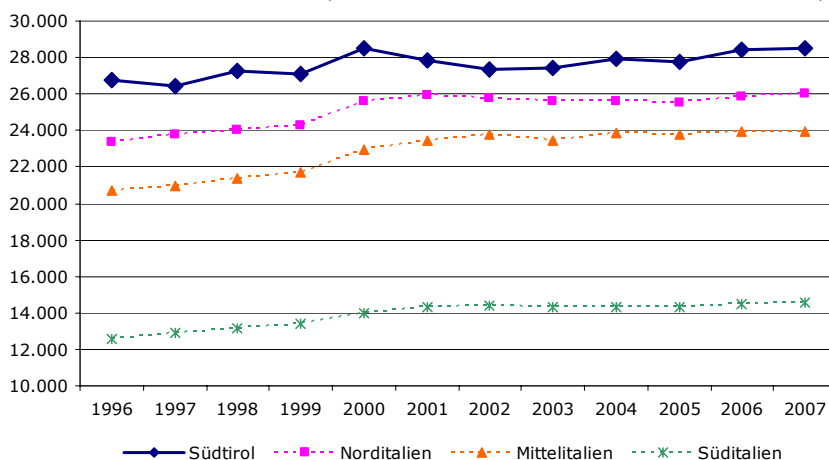
Die Daten der Volkszählung von 2001 ergaben, dass in Südtirol mehr als 14.000 Ausländer lebten, das entspricht 3,1 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Daten zum 31. Dezember 2007 ergaben, dass sich diese Zahl beinahe

verdreifacht hat auf 32.945 Ausländer und 6,7 Prozent der Bevölkerung ausmacht.

Im Jahr 2007 betrug das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Südtirols 14.004 Millionen Euro (verkettete Werte zu konstanten Preisen 2000). Im Zeitraum 1996-2007 stieg das BIP jährlich um durchschnittlich 1,4 Prozent. Dieser Wert lag leicht über dem der Nachbarprovinz Trient (1,3%), aber unter dem Jahresdurchschnitt Italiens und der nordöstlichen Regionen (1,6% bzw. 1,7%).

Im gesamten Zeitraum 1996-2007 war das BIP pro Kopf in Südtirol höher als in anderen italienischen Regionen und erreichte im letzten Jahr 28.533 Euro (verkettete Werte bei konstanten Preisen 2000). Es stieg durchschnittlich um 0,6 Prozent; weniger stark als durchschnittlich italienweit mit 1,2 Prozent (vgl. Abbildung 1.2). Südtirol liegt weiterhin an der Spitze der Rangliste der reichsten Provinzen Italiens.

ABBILDUNG 1.2 - BIP PRO KOPF (Euro, verkettete Werte zu konstanten Preisen 2000)



Anmerkung: Details zur Istat-Methode der Kettenindizes finden sich im methodologischen Anhang

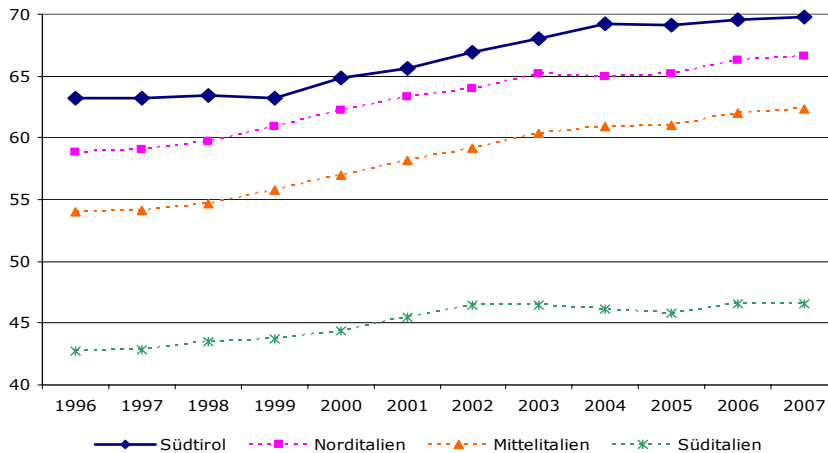
Quelle: Regionale Indikatoren-Datenbank für Entwicklungspolitiken, Istat-DPS, Januar 2009

Die Wertschöpfung Südtirols ist hauptsächlich auf den Dienstleistungsbereich (73,4%) zurückzuführen, gefolgt von der Industrie (22,3%) und der Landwirtschaft (4,3%).

Der Südtiroler Arbeitsmarkt entwickelt sich dynamisch (vgl. Abbildung 1.3). Im letzten Jahrzehnt wurden laufend neue Arbeitsplätze geschaffen, insbesondere im Dienstleistungsbereich, in dem vorwiegend weibliche Arbeitskräfte mit Teilzeitverträgen tätig sind. Im Zeitraum 1996-2007 nahm die Erwerbstätigenquote beinahe durchwegs zu. Der Prozentanteil

der beschäftigten Personen stieg von 63,2 Prozent im Jahr 1996 auf 69,8 Prozent im Jahr 2007. Die Erwerbstätigenquote lag damit deutlich über dem gesamtstaatlichen Durchschnitt (65,1% im Jahr 2007) und näherte sich der von der so genannten „Lissabon-Strategie“ auf EU-Ebene festgesetzten und innerhalb 2010 zu erreichenden Schwelle von 70,0 Prozent.

ABBILDUNG 1.3 - ERWERBSTÄTIGENQUOTE (Prozentwerte)

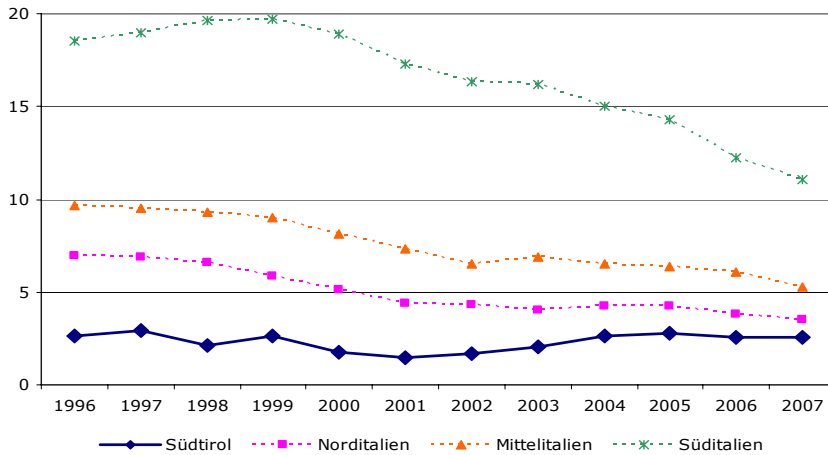


Quelle: Regionale Indikatoren-Datenbank für Entwicklungspolitiken, Istat-DPS, Januar 2009

Im selben Zeitraum nahm die Arbeitslosenquote zuerst ab (bis 2001) und stieg dann leicht an. Sie bewegte sich jedoch dabei zwischen sehr niedrigen Werten (zwischen 1,5% und 3,0%). Im Jahr 2007 liegt sie durchschnittlich bei 2,6 Prozent und bleibt unter dem allgemein als friktionelle Arbeitslosenquote bezeichneten Anteil (vgl. Abbildung 1.4).

Auch die Analyse der Gesamtbeschäftigung nach Altersstufen ist erfreulich. Für Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren beträgt die Arbeitslosenquote im Jahr 2007 5,3 Prozent und liegt somit weit unter dem gesamtstaatlichen Wert von 13,8 Prozent.

ABBILDUNG 1.4 - ARBEITSLOSENQUOTE (Prozentwerte)



Quelle: Regionale Indikatoren-Datenbank für Entwicklungspolitiken, Istat-DPS, Januar 2009

1.1 Das Autonomiestatut und die Zuständigkeiten der Autonomen Provinz Bozen

Aus historischen und kulturellen Gründen wurden für Südtirol Sonderbestimmungen erlassen, die im eigens für die Region Trentino-Südtirol und später für die Autonome Provinz Bozen-Südtirol ausgearbeiteten Sonderstatut enthalten sind. Dieses verleiht ihr Gesetzgebungsbefugnisse, die denen anderer Regionen mit Sonderstatut entsprechen. Das Statut enthält insbesondere wichtige Bestimmungen zum Schutz der gebietsansässigen deutschen und ladinischen Minderheiten.

Diese Schutzbestimmungen sind eine Folge der Verpflichtungen, die Italien gegenüber den wichtigsten internationalen Organisationen im Rahmen des 1946 unterzeichneten Gruber-De-Gasperi-Abkommens eingegangen ist. Aus diesem Abkommen ging 1948 das erste Autonomiestatut hervor. Die Schutzbestimmungen gründen weiters auf dem in den 60er Jahren von Italien und Österreich ausgearbeiteten „Paket“. Dieses führte zur Verabschiedung eines Verfassungsgesetzes, aus dem 1972 das zweite Autonomiestatut hervorging.

Aufgrund des zweiten Autonomiestatuts (kurz Autonomiestatut genannt) ist die Autonome Provinz Bozen-Südtirol die wichtigste öffentliche Körperschaft auf lokaler Ebene. Dies hängt einerseits mit den ihr übertragenen primären und sekundären Zuständigkeiten und andererseits mit den eingesetzten Arbeitskräften zusammen. Aus finanzieller Sicht tätigt sie die meisten Ausgaben und ist der größte Empfänger von Einnahmen und Zuweisungen. Die Rolle dieser Körperschaft entspricht jener der Regionen in

Italien. Zu den normalen regionalen Aufgaben kommen jedoch die Zuständigkeiten laut Autonomiestatut hinzu.

Die Zuständigkeiten der Autonomen Provinz Bozen werden in primäre und sekundäre Zuständigkeiten unterteilt.

Unter dem Begriff „primäre Zuständigkeit“ versteht man die größte Gesetzgebungsautonomie des Landes. Es handelt sich dabei um Bereiche, in denen die Autonome Provinz die Gesetzgebungsbefugnis nicht mit dem Staat teilen muss, sondern sich einzig an die Verfassung, an die gemeinschaftsstaatlichen Rechtsordnungen und an internationale Verpflichtungen halten muss.

Bei den Bereichen mit primärer Zuständigkeit laut Statut handelt es sich um: Ordnung der Landesämter und des zugeordneten Personals; Ortsnamengebung; Schutz und Pflege der geschichtlichen, künstlerischen und volklichen Werte; lokale Sitten und Bräuche; Raumordnung und Bauleitpläne; Landschaftsschutz; Gemeinnutzungsrechte, Ordnung der Mindestkultureinheiten; Handwerk; geförderter Wohnbau; Messen und Märkte; Maßnahmen zur Katastrophenvorbeugung und -soforthilfe; Bergbau; Jagd und Fischerei; Bienenzucht und Maßnahmen zum Schutz von Fauna und Flora; Kommunikations- und Transportwesen im Interessenbereich des Landes; öffentliche Arbeiten; Fremdenverkehr und Gastgewerbe; Landwirtschaft und Forstwirtschaft; Enteignungen; direkte Übernahme öffentlicher Dienste in Eigenverwaltung und deren Wahrnehmung durch Sonderbetriebe; öffentliche Fürsorge und Wohlfahrt; Schulfürsorge für jene Zweige des Unterrichtswesens, für die der Provinz Gesetzgebungsbefugnis zusteht; Berufsertüchtigung und Berufsausbildung; Wasserbauten der dritten, vierten und fünften Kategorie; Errichtung und Tätigkeit von Landes- und Gemeindekommissionen zur Unterstützung und Beratung der Arbeiter bei der Stellenvermittlung.

In den Bereichen mit „sekundärer Zuständigkeit“ müssen die Staatsgesetze eingehalten werden. Dem Staat ist also die Regelung des Grundsätzlichen vorbehalten, während das Land die Details regeln kann. Die Gesetzgebungsbefugnis des Landes ist hier im Verhältnis zu jener in den Bereichen mit primärer Zuständigkeit weniger weitreichend.

Die Bereiche mit sekundärer Zuständigkeit sind: Ortspolizei in Stadt und Land; Unterricht an Grund- und Sekundarschulen; Handel; Lehrlingswesen; öffentliche Vorführungen; öffentliche Betriebe; Förderung der Industrieproduktion; Nutzung der öffentlichen Gewässer; Hygiene und Gesundheitswesen; Sport und Freizeitgestaltung.

In den letzten zwei Jahrzehnten sind folgende Landeszuständigkeiten dazugekommen: autonome Kollektivverträge; Erweiterung der programmatischen Befugnisse im Schulwesen; Übernahme der Arbeitsämter; Über-

nahme des Amtes für Zivilmotorisierung; Übernahme der Staatsstraßen, des Katasters und Grundbuchs; Übergang von Staatsimmobilien auf das Land, Befugnis im Universitätswesen mit darauffolgender Gründung der Freien Universität Bozen. Es wurden auch staatliche Kontrollfunktionen (Rechnungshof) abgebaut, während der Verwaltungsrechtsweg ausgebaut und dem Energiewesen neue Möglichkeiten eröffnet wurden. International gesehen sind die Zuständigkeiten auf EU-Ebene anerkannt worden.

Im Jahr 2001 fanden wichtige Reformen statt (Verfassungsgesetz 2/2001 vom 16. Februar 2001), welche u. a. zur Abschaffung der Vorkontrolle der Landesgesetze durch den Regierungskommissar führten.

Der Region Trentino-Südtirol wurden hingegen nur bescheidene Befugnisse zugewiesen, insbesondere im Bereich der Ordnung der Regionalämter, der kommunalen Gebietsabgrenzung, der Grundbuchführung, der Katasterämter (bis 2003, dann auf die beiden Autonomen Provinzen übertragen) und der Ordnung der Sanitätsbetriebe und der ÖWFE (öffentliche Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen). Die Region koordiniert und unterstützt ferner die Tätigkeit der Friedensrichter.

Schließlich weist man darauf hin, dass die Autonome Provinz Bozen mit der EG-Verordnung 1059/2003 als NUTS2-Region eingestuft worden ist. Hieraus ergibt sich für alle öffentlichen Körperschaften die Verpflichtung, sämtliche die Provinz Bozen betreffenden Daten als Daten einer Region zu verarbeiten.

Mit der Umsetzung des Autonomiestatuts und der damit verbundenen Änderungen und Ergänzungen gewannen die Regionalverwaltungen, insbesondere die Körperschaft Autonome Provinz Bozen-Südtirol, immer mehr Bedeutung in der lokalen Wirtschaft. Dies bestätigt auch die Analyse der Einnahmen- und Ausgabenflüsse des gesamten Erweiterten Öffentlichen Sektors in Südtirol, die in den folgenden Kapiteln dargelegt werden. Dabei gilt jedoch, dass Vergleiche mit den Daten anderer Regionen Italiens nur bedingt und teilweise möglich sind. Aufgrund der vom Autonomiestatut auf die Autonome Provinz Bozen übertragenen Zuständigkeiten unterscheiden sich die Gegebenheiten nämlich wesentlich von jenen anderer Regionen.

2. Die regionale Entwicklungsplanung: Zielsetzungen und Instrumente

Die Strategie der Regionalpolitik der Autonomen Provinz Bozen fügt sich in die Vorgaben der Lissabon-Strategie und des Göteborger Protokolls ein, welche weiters in den strategischen Leitlinien der Gemeinschaft in Sachen Kohäsionspolitik sowie im Nationalen Strategischen Rahmenplan 2007-2013 angegeben sind.

Auf EU-Ebene gliedern sich die strategischen Ziele für die Kohäsionspolitik in die Lissabon-Strategie ein und legen drei Prioritäten fest:

- attraktivere Gestaltung von Mitgliedsstaaten, Regionen und Städten durch bessere Zugänglichkeit, Sicherung des Angebots und der Qualität der Dienstleistungen sowie Umweltschutz;
- Förderung von Innovation, Unternehmertum und Entwicklung der wissensbasierten Wirtschaft durch mehr Forschung und Innovation, einschließlich der neuen europäischen Informations- und Kommunikationstechnologien;
- Schaffung neuer und besserer Arbeitsplätze, womit mehr Personen für den Arbeitsmarkt bzw. die Unternehmertätigkeit gewonnen werden, durch Verbesserung der Anpassungsfähigkeit der Arbeiter und Unternehmen sowie mehr Investitionen ins Humankapital.

Jeder Priorität sind verschiedene Tätigkeitsbereiche zugeordnet, die genauer über die zu finanzierenden Eingriffe informieren.

Bereichsübergreifend sind die gebietsspezifischen Aspekte zu berücksichtigen: Aufwertung der Rolle der Städte und Stärkung des ländlichen Raums sowie der benachteiligten Gebiete.

Der Nationale Strategische Rahmenplan (NSRP) enthält die strategischen Ziele der regionalen Entwicklungspolitik und eine für die Organisation der regionalen Politik wichtige Neuheit: die Vereinheitlichung aller zusätzlichen EU-Ressourcen (Strukturfonds) und einzelstaatlichen Ressourcen (FAS). Im Text des Nationalen Strategischen Rahmenplans liest man: *«Staat und Regionen haben beschlossen, die Reform der gemeinschaftsstaatlichen Kohäsionspolitik in Italien umzusetzen, welche sich verstärkt auf Wettbewerbsfähigkeit, die Ziele der Lissabon-Strategie und die Instrumente zur Zielerreichung ausrichtet, und die Planung der Regionalpolitik auf EU-Ebene mit jener auf einzelstaatlicher Ebene (FAS) zu vereinheitlichen. In diesem Dokument sind somit die Zielsetzungen, Prioritäten und Regeln der regionalen Entwicklungspolitik einheitlich festgelegt.»*

Auf einzelstaatlicher Ebene sieht der Nationale Strategische Rahmenplan zehn thematische Prioritäten vor, die den Wirkungsbereich der Regionalpolitik für den Zeitraum 2007-2013 umreißen. Wie im NSRP festgelegt, *„werden aus diesen Bereichen und innerhalb der von ihnen festgelegten*

Maßnahmen von den Regionen und, falls notwendig, vom Staat in Zusammenarbeit mit den Regionen jene Entscheidungen getroffen, welche die operative Programmplanung charakterisieren, die zuletzt für die Verwirklichung der gemeinsamen Strategien verantwortlich ist“.

Die zehn thematischen Schwerpunkte des NSRP 2007-2013 sind:

- Verbesserung und Aufwertung der Humanressourcen
- Förderung, Aufwertung und Verbreitung von Forschung und Innovation für die Wettbewerbsfähigkeit
- Nachhaltige und effiziente Nutzung der Umweltressourcen für die Entwicklung
- Soziale Integration und Dienstleistungen für mehr Lebensqualität und Attraktivität der Gebiete
- Förderung des natürlichen und kulturellen Reichtums für mehr Attraktivität und Entwicklung
- Netzwerke und Verbindungen für die Mobilität
- Wettbewerbsfähigkeit der Produktionssysteme und Beschäftigung
- Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität der Städte und der Stadtssysteme
- Internationale Öffnung und Schaffung von Anreizen für Investitionen, Konsum und Ressourcen
- Governance, institutionelle Leistungsfähigkeit sowie wettbewerbsorientierte und effiziente Marktbearbeitung

Der strategische Bezugsrahmen wird von den Leitlinien für die Entwicklung Südtirols ergänzt, die vom Landesentwicklungs- und Raumordnungsplan (LEROP) festgelegt werden.

Laut Plan (bei Abschluss des vorliegenden Bandes in Genehmigungsphase) „*ergänzen die Leitlinien die geltenden europäischen und gesamtstaatlichen Vorschriften wie auch die völkerrechtlichen Übereinkommen. Es sind notwendige Instrumente, die bei der Umsetzung der gebiets- und sektorspezifischen Ziele eingehalten werden müssen.*“ Das sind:

- Kultur der Nachhaltigkeit
- Entwicklung aufgrund der Autonomie
- Soziale Nachhaltigkeit
- Stärkung Südtirols als Wirtschaftsstandort
- Entwicklung im Rahmen ökologischer Nachhaltigkeit
- Teilnahme und Mitentscheidung
- Vorsorge- und Verantwortungsprinzip
- Territoriales Gleichgewicht
- Zusammenarbeit und grenzüberschreitende Solidarität
- Kultur, Innovation und Allgemeinbildung

Die allgemeinen Ziele der Regionalpolitik der Autonomen Provinz Bozen stellen die Leitlinien dar, innerhalb denen die verschiedenen operativen Instrumente für ihre Umsetzung festgelegt werden.

Dank der verschiedenen operativen Instrumente kann die Regionalpolitik gezielter auf den Handlungsbedarf eingehen, der unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit und der Schwächen des lokalen sozioökonomischen Gefüges ermittelt wurde.

Die Regionalpolitik für den Planungszeitraum 2007-2013 wird in der Autonomen Provinz Bozen mit Hilfe folgender Instrumente umgesetzt:

- Operatives Programm für Wettbewerbsfähigkeit (EFRE - Europäischer Fonds für regionale Entwicklung)
- Operatives Programm für Beschäftigung (ESF - Europäischer Sozialfonds)
- FAS-Programm
- Entwicklungsplan für den ländlichen Raum
- Programm für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ITA-AUT
- Programm für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ITA-CH

Durch die jeweiligen Strategien, dargestellt in Zielen, Achsen, Tätigkeiten/Maßnahmen, tragen diese Programme zur Erreichung der regionalpolitischen Ziele bei. Dies geschieht in unterschiedlichem Ausmaß und auf der Grundlage der Maßnahmen, die gefördert werden sollen, sowie der zur Verfügung gestellten Mittel.

TEIL II - ÖFFENTLICHE AUSGABEN IN DER REGION

3. Die Gesamtausgaben des Erweiterten Öffentlichen Sektors

Bei der Analyse der Ausgabenströme muss berücksichtigt werden, dass es aufgrund der Komplexität des Projekts der Öffentlichen Territorialen Konten notwendig war, eigene methodologische Kriterien festzulegen. Die Ergebnisse weichen deshalb in einigen Fällen von den Daten ab, welche bei den gleichen Untersuchungen durch das Zentrale Rechnungsamt erhoben wurden bzw. welche in offiziellen Unterlagen wie der „Relazione Unificata sull'Economia e la Finanza pubblica“ aufscheinen. Es sind deshalb vorsichtige Vergleiche zwischen den Gebieten anzustellen, da derzeit die von den einzelnen Regionalen Organen erfassten Grundgesamtheiten nicht einheitlich sind, insbesondere was den so genannten Erweiterten Öffentlichen Sektor betrifft. Ferner entsprechen einerseits die Regionalisierungskriterien des Staates nicht den von anderen öffentlichen Zentraleinrichtungen angewandten. Andererseits sind nicht alle Komponenten bei der regionalen Anrechnung berücksichtigt worden. Bei der Untersuchung der Ausgaben des Erweiterten Öffentlichen Sektors in Südtirol müssen weiters die Zuständigkeiten, welche mit dem Autonomiestatut auf die Autonome Provinz Bozen übertragen wurden (siehe Kapitel 1.1), berücksichtigt werden. Aufgrund dieser bedarf es einer weiter reichenden finanziellen Selbstverwaltung und höherer Ausgaben als in Regionen mit Normalstatut. Auch wenn in Südtirol 0,8 Prozent der italienischen Bevölkerung leben, trägt die Provinz mit 1,1 Prozent zum italienischen BIP bei (vgl. Tabelle 3.1). Ferner gleichen sich die Anteile der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen insgesamt aus (1,0 Prozent).

TABELLE 3.1 - ERWEITERTER ÖFFENTLICHER SEKTOR - BEVÖLKERUNGSINDIKATOREN, BIP, AUSGABEN UND EINNAHMEN NACH GEBIETSUNTERTEILUNG (Anteile am Gesamtwert, Durchschnitt 1996-2007)

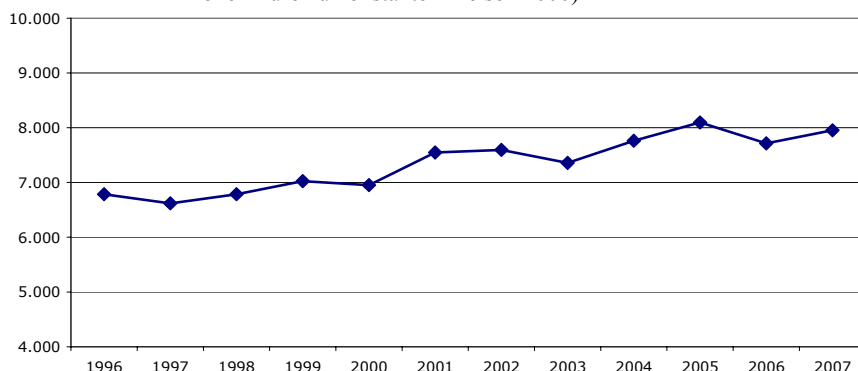
	Bevölkerung	BIP	Gesamt- ausgaben	Investitions- ausgaben ohne Umlaufposten	Gesamt- einnahmen
Norditalien	44,9	54,7	48,4	42,6	54,7
Mittelitalien	19,2	21,2	23,1	25,7	22,4
Süditalien	35,9	24,1	28,5	31,7	22,9
Italien	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Südtirol	0,8	1,1	1,0	1,8	1,0

Quelle: Ausarbeitungen anhand der regionalen Indikatoren-Datenbank für Entwicklungspolitiken, Istat-DPS, Januar 2009 und anhand von Daten der Öffentlichen Territorialen Konten.

Die Ausgaben des Erweiterten Öffentlichen Sektors in Südtirol erreichen im Zeitraum 1996-2007 einen jährlichen Durchschnittsbetrag von ungefähr 7.351 Millionen Euro (vgl. Abbildung 3.1). Bis zum Jahr 2001 sind die Aus-

gaben einigermaßen konstant. Im Jahr 2001 steigen sie deutlich an, da die Autonome Provinz Bozen Mehrausgaben für die Gebäude der Körperschaft und teilweise auch für die ersten einer Reihe von Sanierungsarbeiten am Landesstraßennetz infolge der Erteilung der entsprechenden Zuständigkeiten seitens der Zentralverwaltungen tätigen muss. Ein weiterer Anstieg zeichnet sich 2005 ab, der auf Aktienbeteiligungen der Regionalverwaltungen und der Lokalen Öffentlichen Unternehmen an Infrastrukturnetzen zurückzuführen ist.

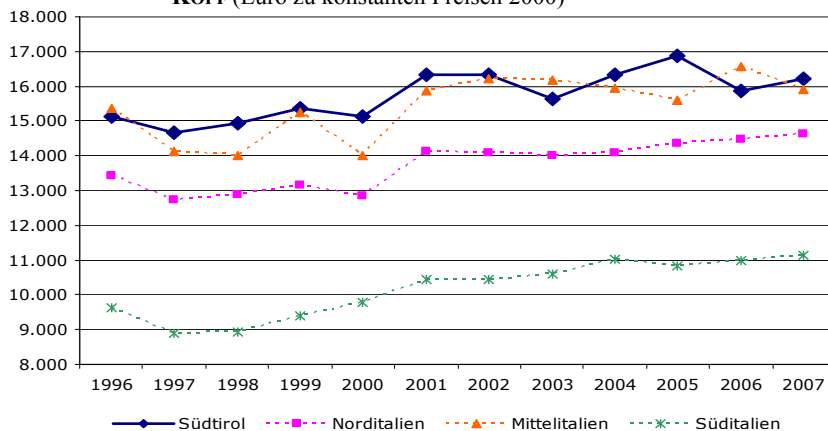
ABBILDUNG 3.1 - ERWEITERTER ÖFFENTLICHER SEKTOR - GESAMTAUSGABEN (Millionen Euro zu konstanten Preisen 2000)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Die Pro-Kopf-Ausgabe des Erweiterten Öffentlichen Sektors Südtirols liegt etwas höher als in Norditalien (vgl. Abbildung 3.2), jedoch ist ein Rückgang in den Jahren nach 2005 zu beobachten. Im Jahr 2007 liegen die Ausgaben pro Kopf in Norditalien bei 14.637 Euro, in Südtirol hingegen bei 16.204.

ABBILDUNG 3.2 - ERWEITERTER ÖFFENTLICHER SEKTOR - GESAMTAUSGABEN PRO KOPF (Euro zu konstanten Preisen 2000)

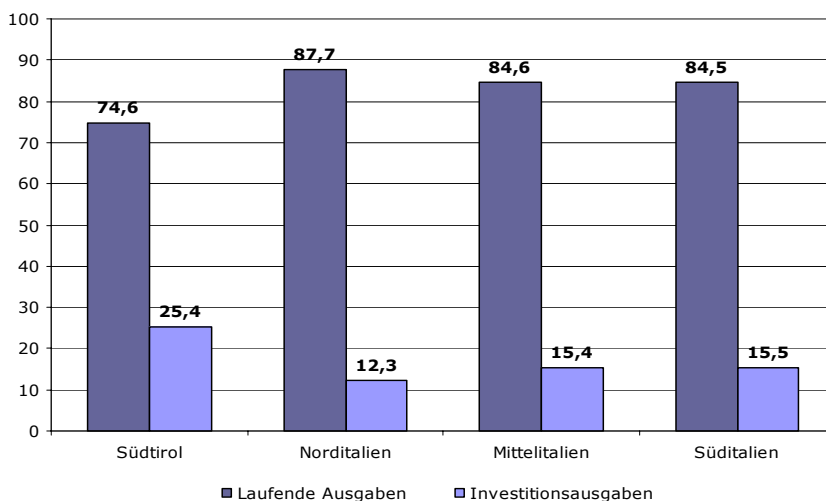


Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Die Analyse der Zusammensetzung der Gesamtausgaben des Erweiterten Öffentlichen Sektors aus laufenden und Investitionsausgaben zeigt, dass der Anteil an Investitionsausgaben in Südtirol höher ist als in anderen Makrogebieten (vgl. Abbildung 3.3).

Dieser Unterschied findet sich in allen Ausgabenbereichen und ist der finanziellen Selbstverwaltung der Autonomen Provinz Bozen zuzuschreiben. Tatsächlich ermöglichen die größeren Zuständigkeiten der Provinz eine wirksamere Ressourcengebarung, wenn auch innerhalb der von der Koordination mit der Öffentlichen Finanzverwaltung und vom Stabilitätspakt gesetzten Grenzen, die immer strikt eingehalten wurden. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass ein Teil des Differenzbetrages zwischen Südtirol und den anderen italienischen Makrogebieten indirekt den Regionalisierungskriterien⁴ für die Staatsausgaben im Projekt der Öffentlichen Territorialen Konten zuzuschreiben ist.

ABBILDUNG 3.3 - ERWEITERTER ÖFFENTLICHER SEKTOR - AUSGABEN NACH WIRTSCHAFTSGRUPPE (Prozentwerte, Durchschnitt 1996-2007)



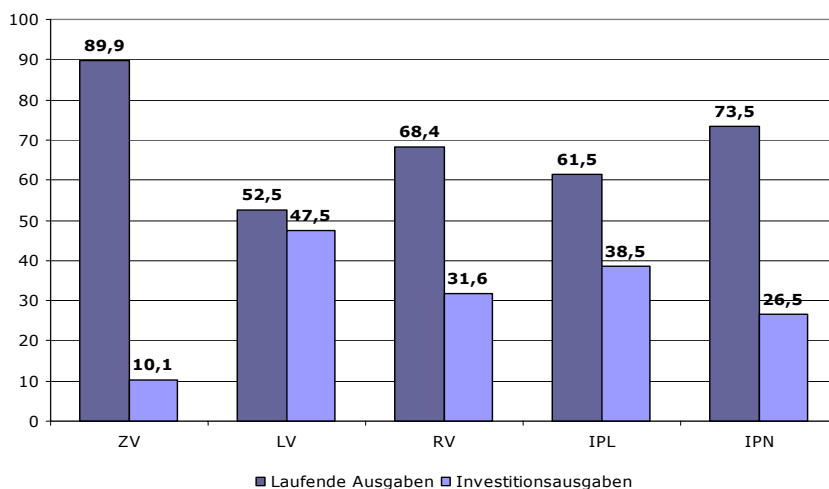
Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Die Vertiefung nach Verwaltungsebene (vgl. Abbildung 3.4) zeigt, dass der Anteil der von den Regionalverwaltungen (RV) und von den Lokalverwaltungen (LV) getätigten Investitionsausgaben höher ist als im Mak-

⁴ Die Staatsausgaben werden in den CPT auf der Grundlage der vom RGS (Zentrales Rechnungsamt) herausgegebenen Veröffentlichung *La spesa dello Stato regionalizzata* (Die regionalisierten Staatsausgaben) regionalisiert und durch die regionale Zuweisung der laut RGS „nicht regionalisierbaren Ausgaben“ ergänzt.

rogebiet Norditalien (31,6% bei den RV und 47,5% bei den LV in Südtirol gegenüber 13,0% und 32,2% in Norditalien). Diesbezüglich ist anzumerken, dass die Autonome Provinz und die Gemeinden Zuständigkeiten in Bereichen wie dem Straßennetz und Schulwesen haben, in denen die Investitionsausgaben grundsätzlich höher sind. Das Land tätigt ferner beträchtliche Investitionsausgaben für die Entwicklung des geförderten Wohnbaus. Dies geschieht in Form von Zuwendungen an private Haushalte und soziale Einrichtungen. Weiters fließen Investitionsgelder in das produzierende Gewerbe (Landwirtschaft, Industrie, Handwerk und Fremdenverkehr) und zwar als Zuwendungen an Privatbetriebe zur Stützung der lokalen Wirtschaft. Aus sozioökonomischer Sicht ist die Landwirtschaft immer noch ein besonders wichtiger Bereich, dem die Institutionen spezielle Aufmerksamkeit zukommen lassen. Im Hinblick auf das Bauwesen sind hingegen Eingriffe zu erwähnen, welche sich über den gesamten Bezugszeitraum erstrecken und das Ergebnis einer stark am Wohnproblem orientierten Politik sind. Schließlich ist zu erwähnen, dass der Fremdenverkehr in einem touristisch attraktiven und erschlossenen Gebiet wie Südtirol eine wichtige Wirtschaftsgröße darstellt, unter anderem aufgrund der zahlreichen Beschäftigten in den Privatbetrieben der Berg- und Randgebiete⁵.

ABBILDUNG 3.4 - SÜDTIROL - AUSGABEN NACH WIRTSCHAFTSGRUPPE UND VERWALTUNGSEBENE (Prozentwerte, Durchschnitt 1996-2007)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

⁵ Siehe auch: ASTAT, *Das Tourismus-Satelliten-Konto für Südtirol - 2005*, Bozen, 2009.

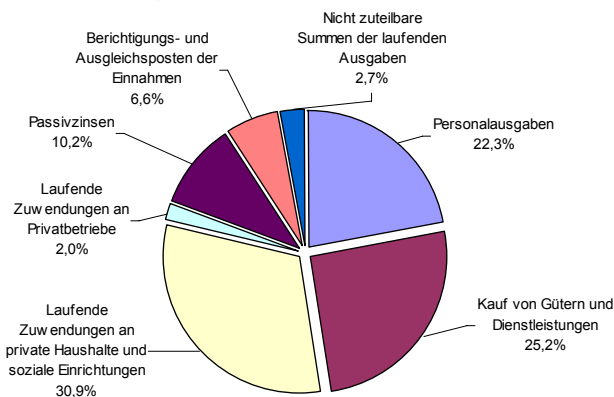
4. Die laufenden Ausgaben

Die laufenden Ausgaben des Erweiterten Öffentlichen Sektors in Südtirol liegen bei 74,6 Prozent der Gesamtausgaben. Die Entwicklung dieser Ausgabenart ähnelt also jener der aufgezeigten Gesamtausgaben (Abbildung 3.1 und Abbildung 3.2). Der Jahresdurchschnitt der laufenden Ausgaben im Zeitraum 1996-2007 beträgt 5.805 Millionen Euro und erreicht im Jahr 2007 mit 7.247 Millionen Euro den höchsten Wert.

Der wichtigste Posten der laufenden Ausgaben sind die Zuwendungen an private Haushalte und soziale Einrichtungen (30,9%). Der größte Anteil in dieser Ausgabenkategorie entfällt auf die Vorsorgeeinrichtungen, die im Jahr 2007 mehr als 80 Prozent der Gesamtausgaben ausmachen (1.900 Millionen Euro zu jeweiligen Preisen).

Für die Körperschaft Autonome Provinz Bozen hingegen sind die in diese Kategorie fallenden Ausgaben vor allem Eingriffen im sozialen Bereich, für Kultur und Freizeitgestaltung, Ausbildung, Landwirtschaft und Wohnbau (vgl. Abbildung 4.1) zuzuschreiben. Im Jahr 2007 wurden beträchtliche Ausgaben für die soziale Sicherung, darunter Renten und Sozialbeihilfen an Zivilinvaliden sowie Familienbeihilfen, in Höhe von 111 Millionen Euro getätigt.

ABBILDUNG 4.1 - SÜDTIROL - ERWEITERTER ÖFFENTLICHER SEKTOR - LAUFENDE AUSGABEN NACH WIRTSCHAFTSGRUPPE (Prozentwerte, Durchschnitt 1996-2007)

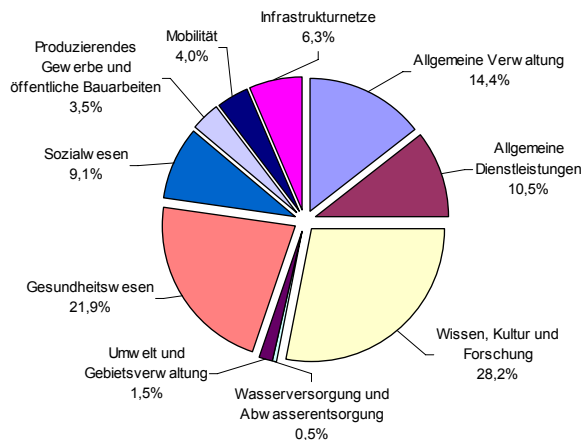


Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

4.1 Fokus auf die Personalausgaben

Lenkt man die Aufmerksamkeit auf die Personalausgaben, einen wichtigen Bestandteil der laufenden Ausgaben (vgl. Abbildung 4.2), so zeichnen sich für Südtirol vor allem drei wirtschaftliche Makrobereiche ab: Wissen, Kultur und Forschung (einschließlich des Bildungsbereiches) mit 28,2 Prozent, das Gesundheitswesen (21,9%) und die allgemeine Landesverwaltung (14,4%). Das hängt von der Wichtigkeit des Faktors Arbeit in der Verwaltung dieser Bereiche ab. Dabei denke man nur an die zahlreichen Beschäftigten in schulischen, Gesundheits- und Verwaltungseinrichtungen.

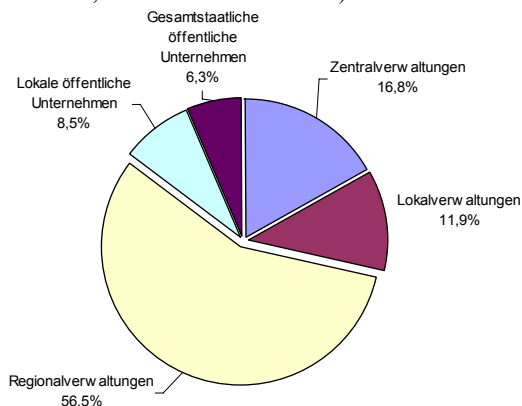
ABBILDUNG 4.2 - SÜDTIROL - PERSONALAUSGABEN NACH MAKROBEREICH (Prozentwerte, Durchschnitt 1996-2007)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Entsprechend den primären und sekundären Zuständigkeitsbereichen der Autonomen Provinz Bozen wird der Großteil der Personalausgaben auf lokaler Ebene von den Regionalverwaltungen (56,5%) getragen, besonders von der Provinz Bozen und vom Sanitätsbetrieb. 16,8 Prozent der Personalausgaben entfallen hingegen auf die Zentralverwaltungen (vgl. Abbildung 4.3).

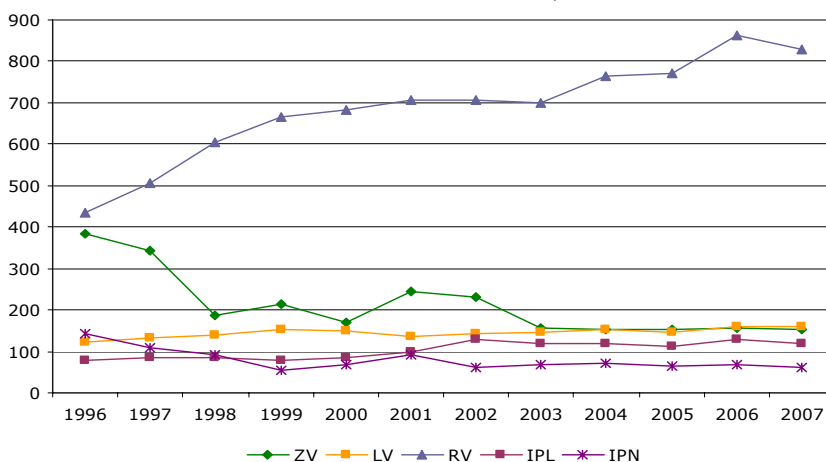
ABBILDUNG 4.3 - SÜDTIROL - PERSONALAUSGABEN NACH VERWALTUNGSEBENE (Prozentwerte, Durchschnitt 1996-2007)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Im Zeitraum 1996-2007 verzeichneten die Regionalverwaltungen in den ersten fünf Jahren einen deutlichen Anstieg der Personalausgaben. Dies ist v.a. auf die Übertragung von Zuständigkeiten im Schulbereich und Straßenbau in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zurückzuführen (vgl. Abbildung 4.4).

ABBILDUNG 4.4 - SÜDTIROL - PERSONALAUSGABEN NACH VERWALTUNGSEBENE (Millionen Euro zu konstanten Preisen 2000)

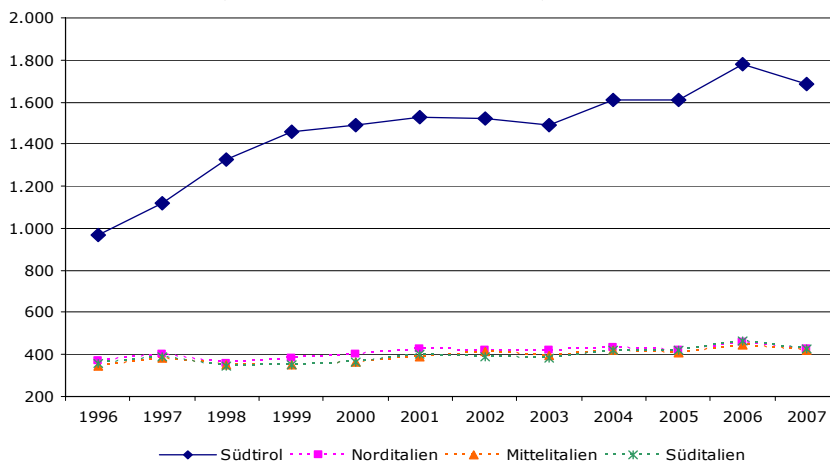


Anmerkung: Die als Regionalverwaltung eingestufte Autonome Provinz Bozen hat im Vergleich zu den Regionen mit Normalstatut zusätzliche Zuständigkeiten inne.

Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Auf einige Jahre mit konstanter Entwicklung folgten weitere Anstiege in den Jahren 2004-2006. Diese sind ebenfalls auf den Personalzuwachs infolge der Übertragung neuer Zuständigkeiten auf die Autonome Provinz und der damit verbundenen Personalaufwendungen zurückzuführen. Im Jahr 2004 hat die Landesverwaltung von der Autonomen Region Trentino-Südtirol die Kataster- und Grundbuchführung übernommen. Im Jahr 2005 hingegen sind die Schuldiener und das Reinigungspersonal der Grundschulen von den Gemeinden auf die Landesverwaltung übergegangen. 2006 kam es zu einer weiteren Erhöhung infolge der Kollektivverträge für das Personal der Grund- und Sekundarschulen und, in geringerem Ausmaß, infolge des Übergangs des Verwaltungspersonals der Fachhochschule für Gesundheitsberufe auf die Autonome Provinz Bozen. Zum 31. Dezember 2007 waren bei der Autonomen Provinz 11.828 Personen voll- oder teilzeitbeschäftigt, 235 davon bei abhängigen Körperschaften und anderen Sonderverwaltungen. Zu diesen kommen noch die 8.554 Grund-, Mittel- und Oberschullehrer, ausgenommen Ersatzpersonal. Schließlich sind auch noch die 8.546 Beschäftigten des Sanitätsbetriebes zu berücksichtigen. Demgegenüber stehen die 1.354 Beschäftigten in den Staatsverwaltungen in Südtirol. Dazu kommen 764 Bahnbeamte und 1.091 Postbeamte.⁶

ABBILDUNG 4.5 - REGIONALVERWALTUNGEN - PRO-KOPF-AUSGABE FÜR DAS PERSONAL (Euro zu konstanten Preisen 2000)



Anmerkung: Die als Regionalverwaltung eingestufte Autonome Provinz Bozen hat im Vergleich zu den Regionen mit Normalstatut zusätzliche Zuständigkeiten inne.

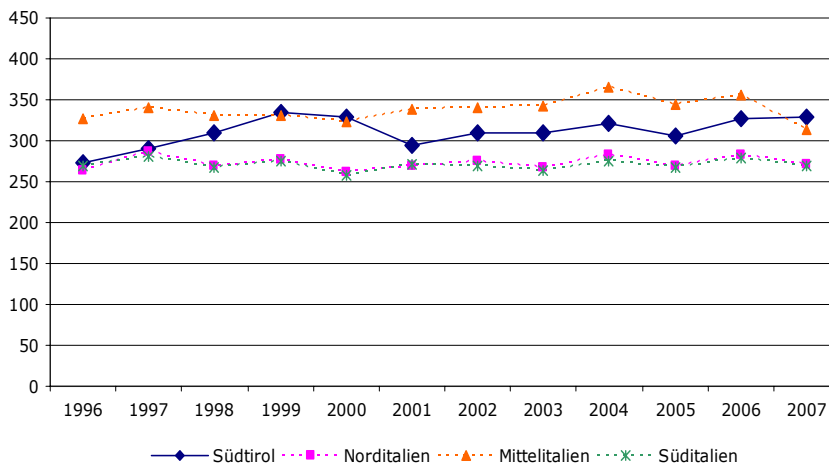
Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

⁶ ASTAT, Statistisches Jahrbuch 2008, Bozen, 2009.

Die Personalausgaben der Regionalverwaltungen (vgl. Abbildung 4.5) spiegeln den Bedarf an zahlreichen und qualifizierten Beschäftigten wider, welche für die Umsetzung der Aufgaben laut Landeszuständigkeiten notwendig sind. Die Beschäftigtenzahl ist daher nicht mit der in anderen Regionen vergleichbar.

Es zeigt sich jedoch, dass die Personalkosten (vgl. Abbildung 4.6) der Lokalverwaltungen ungefähr jenen in Nord- und Mittelitalien entsprechen. Am 31. Dezember 2007 waren in Südtirol 4.361 Personen bei den Gemeinden und dem Gemeindeverband beschäftigt.⁷

ABBILDUNG 4.6 - LOKALVERWALTUNGEN - PRO-KOPF-AUSGABE FÜR DAS PERSONAL
(Euro zu konstanten Preisen 2000)



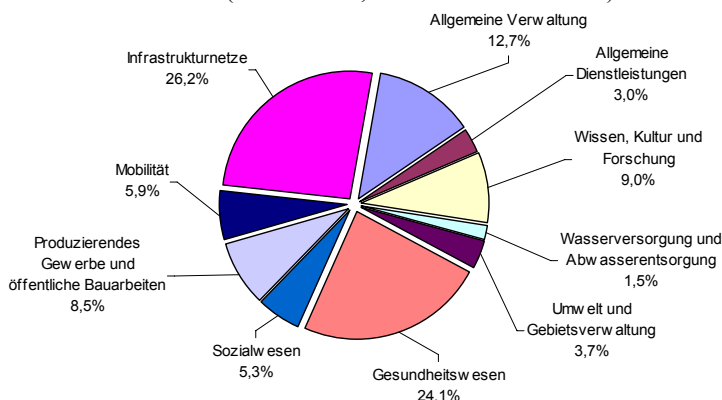
Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

4.2 Fokus auf den Erwerb von Gütern und Dienstleistungen

Neben den Personalausgaben spielt bei den laufenden Ausgaben des Erweiterten Öffentlichen Sektors traditionell auch der finanzielle Aufwand für den Erwerb von Gütern und Dienstleistungen eine Rolle. In Südtirol entfiel im Zeitraum 1996-2007 die Hälfte dieser Ausgaben auf die Makrobereiche Infrastrukturnetze (26,1%) und Gesundheitswesen (24,1%). Berücksichtigt man die Gesamtausgaben, so werden in Südtirol die höchsten Ausgaben im Makrobereich Gesundheitswesen getätigt (vgl. Abbildung 4.7), wie übrigens auch in anderen Regionen.

⁷ ASTAT, Statistisches Jahrbuch 2008, Bozen, 2009.

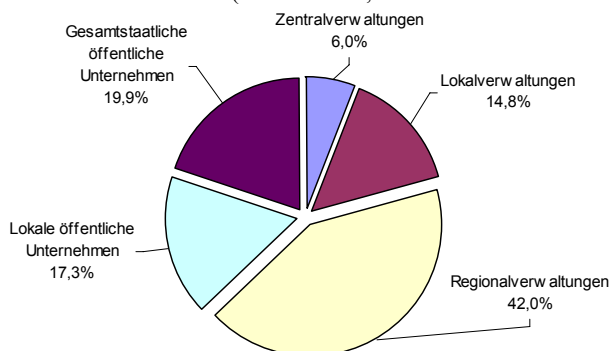
ABBILDUNG 4.7 - SÜDTIROL - ERWEITERTER ÖFFENTLICHER SEKTOR - AUSGABEN FÜR DEN ERWERB VON GÜTERN UND DIENSTLEISTUNGEN NACH MAKROBEREICH (Prozentwerte, Durchschnitt 1996-2007)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Wie die Personalausgaben sind auch die Ausgaben für den Erwerb von Gütern und Dienstleistungen bei den Regionalverwaltungen (RV) höher (42,0%). Auch die Anteile der Gesamtstaatlichen Öffentlichen Unternehmen (IPN - insbesondere Ferrovie dello Stato AG, Enel AG, Eni AG und Poste Italiane AG) und der Lokalen Öffentlichen Unternehmen (SEL AG, Etschwerke AG, Thermen Meran AG und andere) an den Ausgaben sind mit 19,9 Prozent bzw. 17,3 Prozent beachtlich. Auf die Zentralverwaltungen entfallen hingegen nur 6,0 Prozent dieser Ausgaben (vgl. Abbildung 4.8). Im Jahr 2007 hat die Autonome Provinz Bozen knapp 200 Millionen Euro für den Erwerb von Gütern und Dienstleistungen ausgegeben.

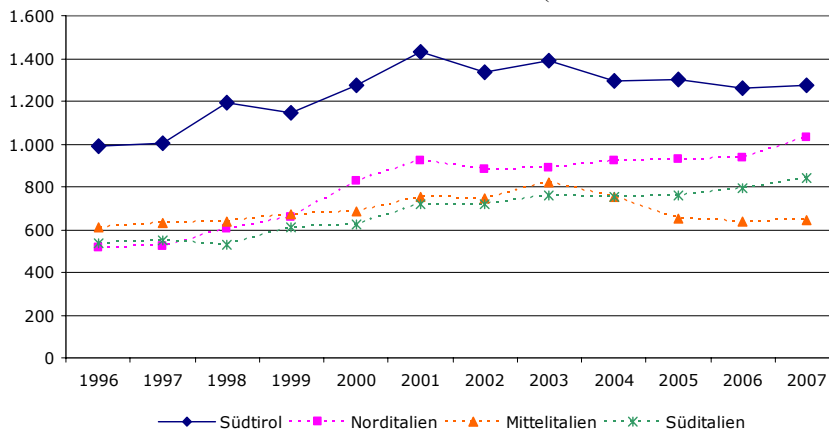
ABBILDUNG 4.8 - SÜDTIROL - ERWEITERTER ÖFFENTLICHER SEKTOR - AUSGABEN FÜR DEN ERWERB VON GÜTERN UND DIENSTLEISTUNGEN NACH VERWALTUNGSEBENE (Prozentwerte, Durchschnitt 1996-2007)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

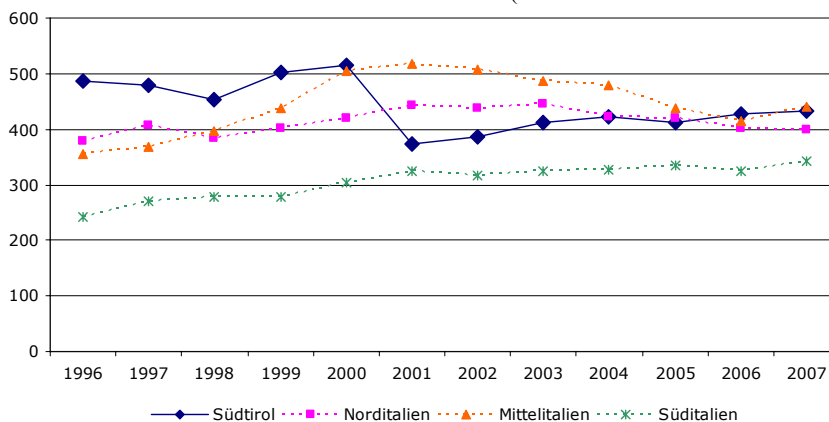
Die Ausgaben für den Erwerb von Gütern und Dienstleistungen der Südtiroler RV gehen seit 2001 - im Gegensatz zum Makrogebiet Norditalien - tendenziell zurück. Dieser Rückgang ist mit dem Versuch der Landesregierung zu erklären, Aufträge an Dritte und die damit verbundenen Aufwendungen einzuschränken. Die Entwicklung der Ausgaben der Lokalverwaltungen nähert sich in den letzten Jahren jener in Mittelitalien an. Die Werte für Norditalien sind etwas niedriger. Nach einem Rückgang im Jahr 2001 pendelte sich der Wert bei jährlich durchschnittlich 410 Euro je Einwohner ein (vgl. Abbildungen 4.9 und 4.10).

ABBILDUNG 4.9 - REGIONALVERWALTUNGEN - PRO-KOPF-AUSGABE FÜR DEN ERWERB VON GÜTERN UND DIENSTLEISTUNGEN (Euro zu konstanten Preisen 2000)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

ABBILDUNG 4.10 - LOKALVERWALTUNGEN - PRO-KOPF-AUSGABE FÜR DEN ERWERB VON GÜTERN UND DIENSTLEISTUNGEN (Euro zu konstanten Preisen 2000)

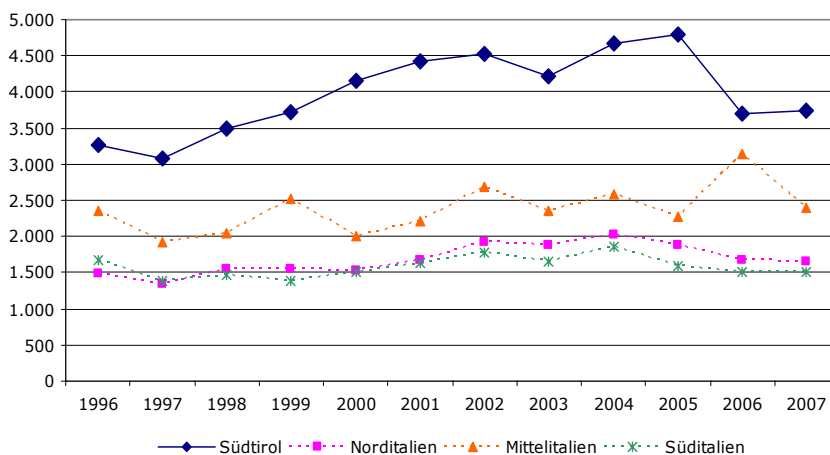


Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

5. Investitionsausgaben

In Südtirol liegen die Investitionsausgaben⁸ zwischen 1996-2007 bei 25,4 Prozent der getätigten Gesamtausgaben. Im gesamten Erweiterten Öffentlichen Sektor sind die Pro-Kopf-Werte deutlich höher als in den anderen Makrogebieten. In Norditalien entfallen nur 12,3 Prozent auf Ausgaben in dieser Kategorie (vgl. Abbildung 5.1).

ABBILDUNG 5.1 - ERWEITERTER ÖFFENTLICHER SEKTOR - INVESTITIONSAUSGABEN PRO KOPF (Euro zu konstanten Preisen 2000)



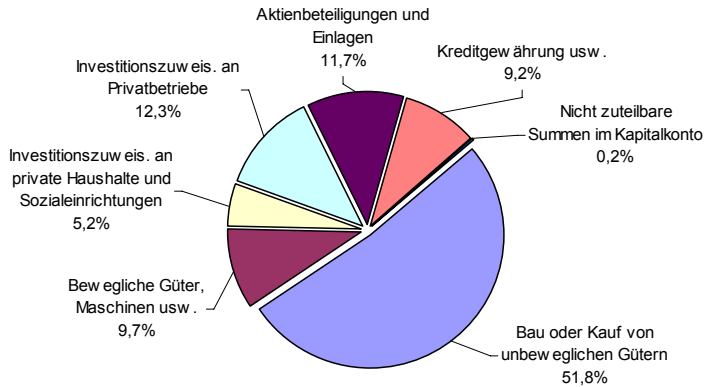
Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Die Entwicklung der Investitionsausgaben pro Kopf hängt überwiegend von den Regionalverwaltungen⁹ ab. Unterteilt man die Investitionsausgaben nach Wirtschaftsgruppen (vgl. Abbildung 5.2), entfallen die größten Anteile auf die unbeweglichen Güter (51,8%), Investitionszuwendungen an Privatbetriebe (12,3%) sowie Aktienbeteiligungen und Einlagen (11,7%).

⁸ Die Investitionsausgaben werden im ersten Teil dieses Kapitels einschließlich der Umlaufposten (Aktienbeteiligungen und Gewährung von Darlehen) berücksichtigt.

⁹ Für Details siehe den Kommentar zur folgenden Abbildung 5.4.

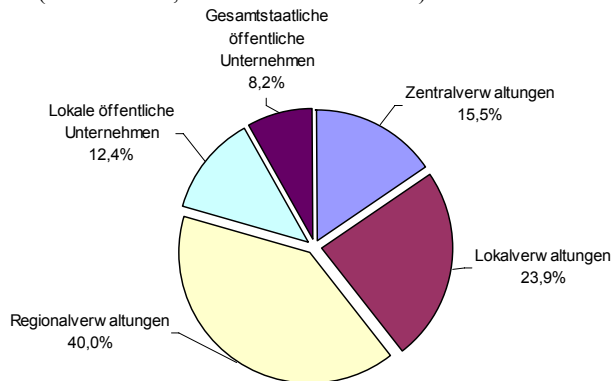
ABBILDUNG 5.2 - SÜDTIROL - ERWEITERTER ÖFFENTLICHER SEKTOR - INVESTITIONS-AUSGABEN NACH WIRTSCHAFTSGRUPPE (Prozentwerte, Durchschnitt 1996-2007)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Die Unterteilung nach Verwaltungsebenen (vgl. Abbildung 5.3) zeigt, dass auch bei den Investitionsausgaben der größte Anteil auf die Regionalverwaltungen entfällt (40,0%). Dies hängt mit den Zuständigkeiten laut Autonomiestatut zusammen.

ABBILDUNG 5.3 - SÜDTIROL - INVESTITIONSAUSGABEN NACH VERWALTUNGSEBENE (Prozentwerte, Durchschnitt 1996-2007)



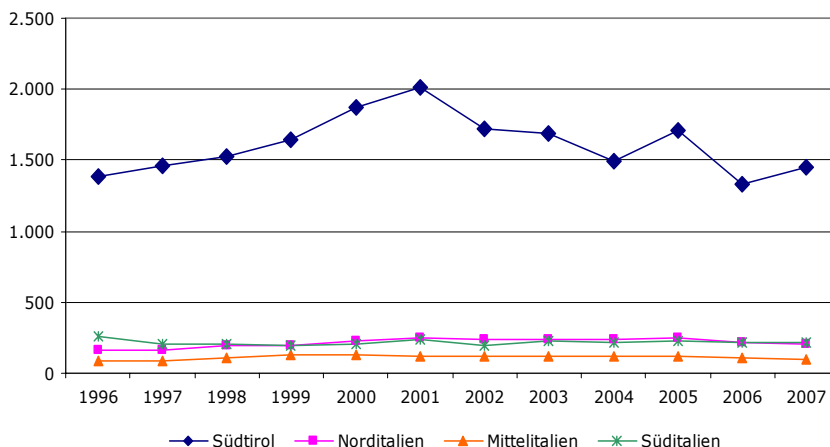
Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Die Analyse der Investitionsausgaben der Regionalverwaltungen zeigt, dass die Entwicklung der gesamten Investitionsausgaben pro Kopf überwiegend von den Ausgaben der Autonomen Provinz Bozen beeinflusst wird. Die Abbildung 5.4 zeigt eine Zunahme während des Zeitraums 1997-2001, die auf Investitionen im Bereich Mobilität, im Produzierenden Gewerbe und bei den öffentlichen Bauarbeiten zurückzuführen ist. Der

darauffolgende Rückgang ist allgemeiner Natur und spiegelt sich in beinahe allen wichtigen Wirtschaftssektoren wider. Er ist auf den Abschluss einiger Investitionszyklen im Bereich der öffentlichen Bauarbeiten zurückzuführen.

Im Jahr 2005 stiegen die Ausgaben aufgrund der Kapitalisierung des Lokalen Öffentlichen Unternehmens SEL AG (Südtiroler Elektrizitätsaktiengesellschaft) durch die Autonome Provinz. Da diese Finanzgeschäfte nicht fortgeführt wurden, gingen die Ausgaben des Landes für Aktienbeteiligungen von 239 Millionen Euro im Jahr 2005 auf 12 Millionen Euro im Jahr 2006 zurück. Im Jahr 2007 wird eine leichte Zunahme der Investitionen infolge von Arbeiten am ehemals staatlichen Straßennetz und an Gebäuden der Landesverwaltung verzeichnet.

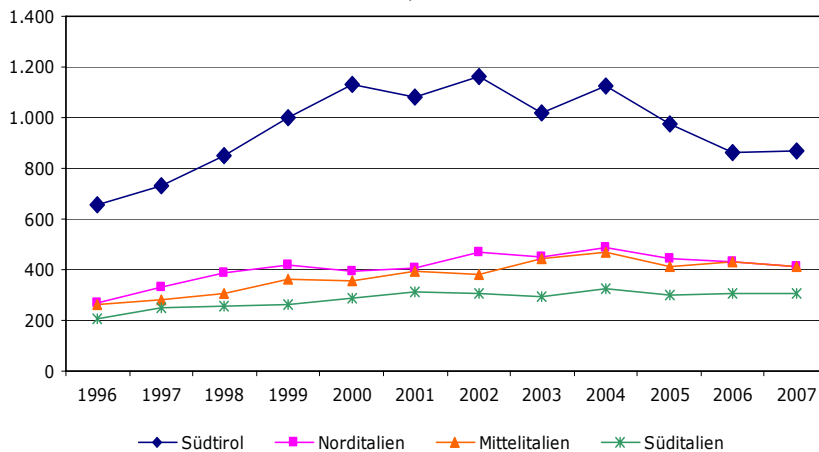
ABBILDUNG 5.4 - REGIONALVERWALTUNGEN - INVESTITIONSAUSGABEN PRO KOPF (Euro zu konstanten Preisen 2000)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Der Anteil an Investitionsausgaben der Lokalverwaltungen Südtirols ist beträchtlich und erreicht beinahe die Hälfte der Gesamtausgaben der LV (vgl. Abbildung 5.5). Dies bringt einen höheren Pro-Kopf-Wert mit sich, der im Durchschnitt jährlich bei 955 Euro je Einwohner liegt.

ABBILDUNG 5.5 - LOKALVERWALTUNGEN - INVESTITIONSAUSGABEN PRO KOPF (Euro zu konstanten Preisen 2000)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Bezüglich der Regionalverwaltungen zeigt der Vergleich zwischen der Provinz Bozen und den Makrogebieten, dass die Ausgaben für Mobilität (20,6% des Gesamtwerts gegenüber 6,3% Norditaliens), für das Produzierende Gewerbe und für öffentliche Bauarbeiten (43,5% und 37,7%) unterschiedlich wichtig sind. Auch in diesem Fall sind die Gründe dafür die unterschiedlichen Zuständigkeiten der Regionen mit Sonderstatut bzw. jener mit Normalstatut (vgl. Tabelle 5.1).

TABELLE 5.1 - REGIONALVERWALTUNGEN - INVESTITIONSAUSGABEN NACH MAKROBEREICH (Prozentwerte, Durchschnitt 1996-2007)

	Südtirol	Norditalien	Mittelitalien	Süditalien
Allgemeine Verwaltung	6,91	4,88	8,83	5,30
Allgemeine Dienstleistungen	3,21	10,06	5,09	6,90
Wissen, Kultur und Forschung	9,84	5,61	10,61	7,30
Wasserversorgung und Abwasserentsorgung	1,01	1,56	1,37	4,75
Umwelt und Gebietsverwaltung	1,04	5,95	2,44	6,37
Gesundheitswesen	10,21	21,71	26,92	12,44
Sozialwesen	1,54	4,36	2,54	3,48
Produzierendes Gewerbe und öffentliche Bauarbeiten	43,48	37,71	36,65	44,38
Mobilität	20,56	6,31	3,95	5,74
Infrastrukturnetze	2,19	1,86	1,60	3,35

Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Der verhältnismäßig hohe Anteil an Ausgaben der Lokalverwaltungen im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zeugt von einem ausgeprägten Umweltbewusstsein und einer bewussten Vorbeugung der Wasserverschmutzung (vgl. Tabelle 5.2). Weiters investieren die Südtiroler Lokalverwaltungen in Bereichen von großem gesellschaftlichen Interesse wie Wissen, Kultur und Forschung (24,1%) und Produzierendes Gewerbe und öffentliche Bauarbeiten (18,3%).

TABELLE 5.2 - LOKALVERWALTUNGEN - INVESTITIONSAUSGABEN NACH MAKROBEREICH (Prozentwerte, Durchschnitt 1996-2007)

	Südtirol	Norditalien	Mittelitalien	Süditalien
Allgemeine Verwaltung	9,31	26,52	19,30	14,84
Allgemeine Dienstleistungen	1,62	1,04	1,02	1,16
Wissen, Kultur und Forschung	24,11	20,45	19,74	19,51
Wasserversorgung und Abwasserentsorgung	11,51	4,99	4,38	7,76
Umwelt und Gebietsverwaltung	10,69	8,29	10,18	9,03
Gesundheitswesen	0,00	0,00	0,00	0,01
Sozialwesen	8,72	2,71	1,57	1,73
Produzierendes Gewerbe und öffentliche Bauarbeiten	18,31	13,07	17,52	22,77
Mobilität	15,73	22,91	26,29	23,20
Infrastrukturnetze	0,00	0,00	0,00	0,00

Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

5.1 Entwicklungsfördernde Politik: Investitionen und Zuwendungen

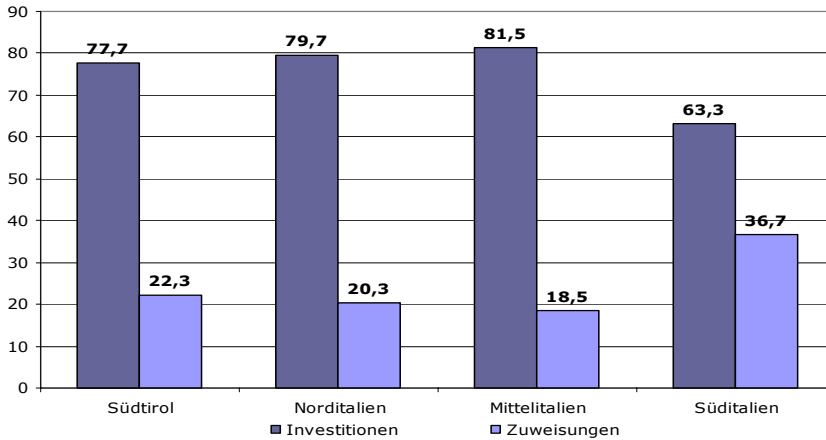
Die Analyse in diesem Abschnitt zeigt eine detaillierte Aufstellung aller Posten (Investitionen und Zuwendungen) der Investitionsausgaben ohne Umlaufposten. Der Prozentanteil der Investitionen an den gesamten Investitionen und Zuwendungen gilt als aussagekräftiger Indikator für den Einsatz in die Entwicklung eines Gebietes¹⁰.

In Südtirol beträgt dieser Anteil während des gesamten Zeitraums 1996-2007 für den gesamten Erweiterten Öffentlichen Sektor durchschnittlich 77,7 Prozent. Das entspricht dem Wert für das Makrogebiet Norditalien, der bei 79,7 Prozent liegt (vgl. Abbildung 5.6).

Hierbei ist anzumerken, dass die Investitionsausgaben des Erweiterten Öffentlichen Sektors in Südtirol deutlich höher sind als in den anderen analysierten Gebieten.

¹⁰ Neben den beiden oben angeführten Posten enthält dieses Aggregat auch den Restposten der nicht zuweisbaren Beträge, welcher jedoch unbedeutend ist und bei der Analyse der einzelnen Posten den Zuwendungen an die Unternehmen zugerechnet wird.

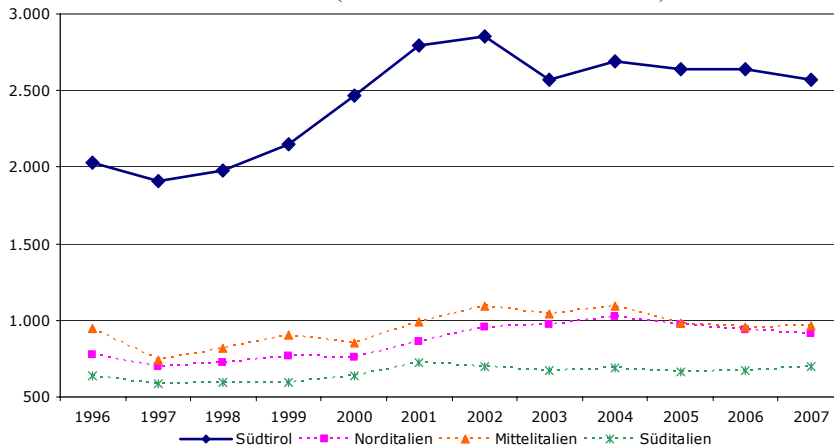
ABBILDUNG 5.6 - ERWEITERTER ÖFFENTLICHER SEKTOR - INVESTITIONSAUSGABEN FÜR INVESTITIONEN UND ZUWENDUNGEN (Prozentwerte, Durchschnitt 1996-2007)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Tatsächlich liegt der Durchschnitt der zwölf Jahre des Bezugszeitraums in Südtirol bei 2.442 Euro pro Einwohner und in Norditalien bei 864 Euro pro Kopf. Die von den Zentralverwaltungen an die Regionalverwaltungen abgetretenen Zuständigkeiten führten in Südtirol in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zu einer merklichen Erhöhung der Investitionsausgaben, welche sich bis 2002 fortsetzte (vgl. Abbildung 5.7).

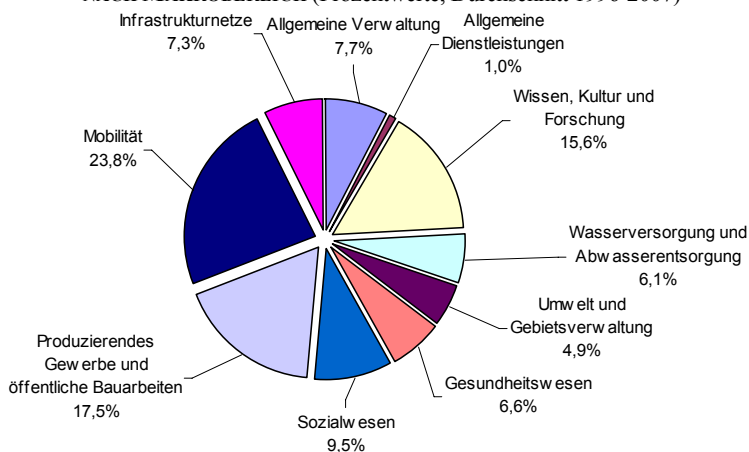
ABBILDUNG 5.7 - ERWEITERTER ÖFFENTLICHER SEKTOR - PRO-KOPF-AUSGABE FÜR INVESTITIONEN (Euro zu konstanten Preisen 2000)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Der Grund für diese Entwicklung sind außerordentliche Instandhaltungsarbeiten am Straßennetz, welche notwendig wurden, um die Südtiroler Verkehrsverbindungen an ihre Funktion als Knotenpunkt und Verbindung zwischen Nord- und Südeuropa anzupassen. Anschließend kommt es zu einem Rückgang, der im Jahr 2003 vor allem dem Makrobereich Mobilität sowie in den Jahren bis 2005 dem Produzierenden Gewerbe und den öffentlichen Bauarbeiten zuzuschreiben ist. In der Folge bleiben die Werte nahezu konstant. Die Investitionen im Erweiterten Öffentlichen Sektor verteilen sich in Südtirol annähernd gleichmäßig auf die verschiedenen Makrobereiche (vgl. Abbildung 5.8). Der größte Anteil entfällt auf die Mobilität (23,9%) sowie das Produzierende Gewerbe und öffentliche Bauarbeiten (18,1%). Dies hängt damit zusammen, dass diese Ausgaben bei der Umsetzung von Angeboten und Bauten von gesellschaftlicher Bedeutung anfallen. Weiters entfallen 15,6 Prozent der Investitionen auf Wissen, Kultur und Forschung. Dem Gesundheitswesen, das der größte Empfänger von laufenden Ausgaben ist, entsprechen hingegen nur knapp 6,6 Prozent der Investitionsausgaben. Im Bereich Mobilität sind die Regionalverwaltungen jene Verwaltungsebene, welche die meisten diesbezüglichen Investitionsausgaben tätigt, gefolgt von den Gesamtstaatlichen Öffentlichen Unternehmen und Lokalverwaltungen.

ABBILDUNG 5.8 - SÜDTIROL - ERWEITERTER ÖFFENTLICHER SEKTOR - INVESTITIONEN NACH MAKROBEREICH (Prozentwerte, Durchschnitt 1996-2007)

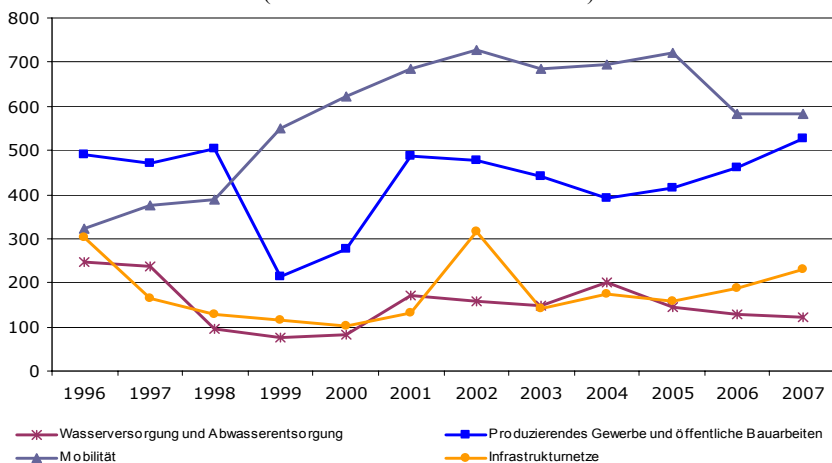


Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Die Entwicklung der Pro-Kopf-Ausgaben der wichtigsten Makrobereiche verläuft jedoch sehr unterschiedlich. Im Bereich der Mobilität kommt es, anders als bei der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, den Infrastrukturnetzen, dem Produzierenden Gewerbe und den öffentlichen Bauarbeiten, erst in den letzten Jahren zu einem leichten Rückgang. Der letztgenannte

Bereich verzeichnet im gesamten Beobachtungszeitraum starke Schwankungen.

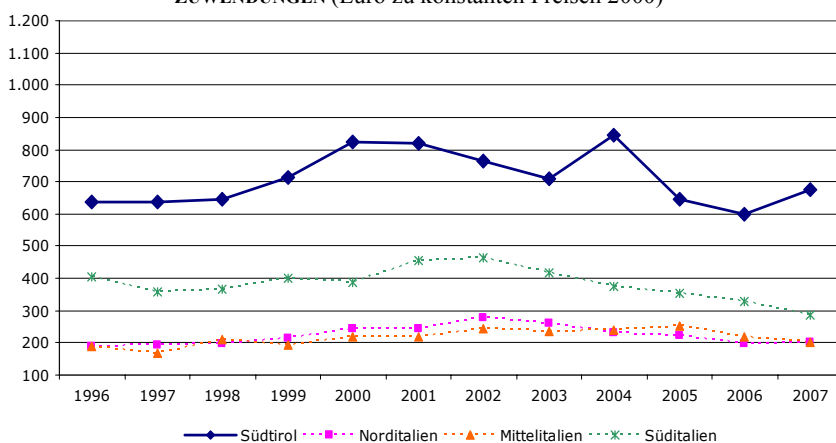
ABBILDUNG 5.9 - SÜDTIROL - ERWEITERTER ÖFFENTLICHER SEKTOR - PRO-KOPF-AUSGABEN FÜR INVESTITIONEN IN DEN WICHTIGSTEN MAKROBEREICHEN (Euro zu konstanten Preisen 2000)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

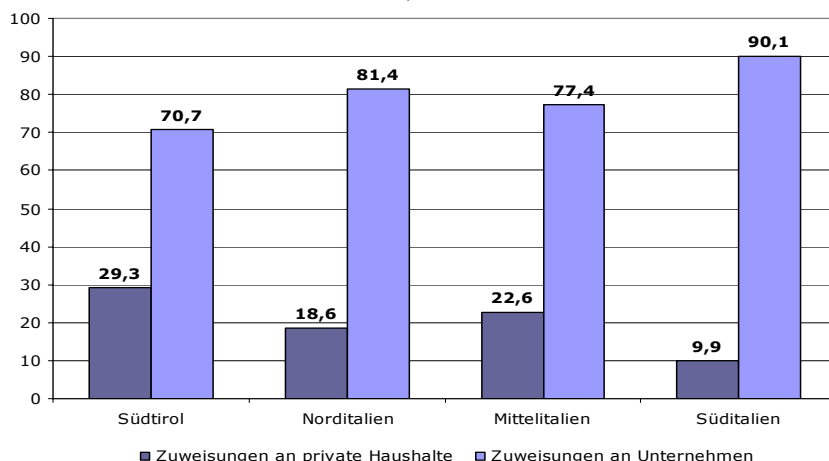
Im Zeitraum 1996-2007 lag der Jahresdurchschnitt der Investitionszuwendungen an private Haushalte und Privatbetriebe im Erweiterten Öffentlichen Sektor in Südtirol bei 709 Euro je Einwohner. In Norditalien waren es jährlich durchschnittlich 223 Euro (vgl. Abbildung 5.10).

ABBILDUNG 5.10 - ERWEITERTER ÖFFENTLICHER SEKTOR - PRO-KOPF-INVESTITIONSZUWENDUNGEN (Euro zu konstanten Preisen 2000)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

ABBILDUNG 5.11 - ERWEITERTER ÖFFENTLICHER SEKTOR - INVESTITIONSZUWENDUNGEN AN PRIVATE HAUSHALTE UND PRIVATBETRIEBE (Prozentwerte, Durchschnitt 1996-2007)

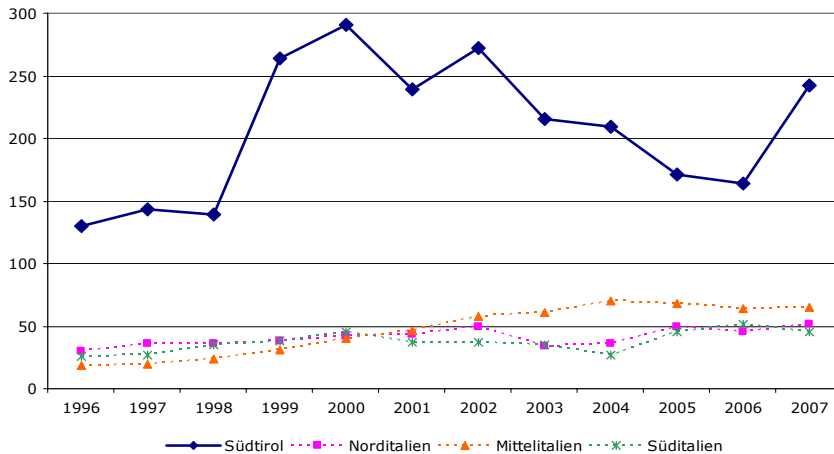


Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Betrachtet man nur die Zuwendungen an private Haushalte und soziale Einrichtungen, zeigt sich ein unregelmäßiger Verlauf (vgl. Abbildung 5.12). Er ist größtenteils der Wohnpolitik der Autonomen Provinz Bozen zuzuschreiben. Zu den wichtigsten Zielen der Landespolitik in Sachen Wohnbauwesen zählen vor allem die Schaffung von Eigentumswohnungen für große Bevölkerungsschichten durch die Förderung von Neubauten, Ankauf und Sanierungen von Wohnungen für den Grundwohnbedarf. Zu diesem Zweck werden den berechtigten Haushalten folgende, nicht kumulierbare Förderungsformen gewährt: zinsfreie Darlehen, Schenkungsbeiträge, zehnjährig gleichbleibende Beiträge.

Bezüglich der Entwicklung ist anzumerken, dass der Rückgang nach 2002 vorwiegend auf die Schaffung eines neuen Bilanzpostens in den laufenden Ausgaben zurückgeht. Dieser Posten enthält die Mittel zur Finanzierung des einheitlichen Wohnbauförderungsprogramms, welche bis dahin zu den Investitionsausgaben gerechnet wurden. Im Jahr 2007 wird wieder ein Wachstum verzeichnet, das auf die Ausschüttung beachtlicher konstanter Jahresbeiträge für Darlehen laut L.G. Nr. 13/1998 zurückzuführen ist.

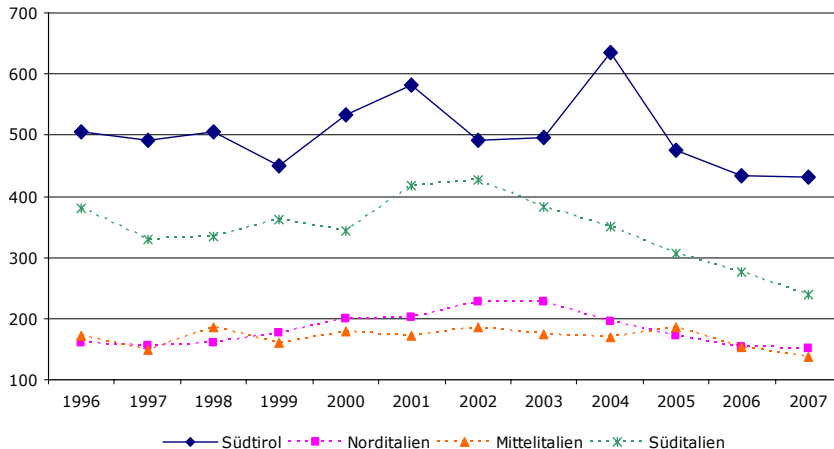
ABBILDUNG 5.12 - ERWEITERTER ÖFFENTLICHER SEKTOR - PRO-KOPF-INVESTITIONS-ZUWENDUNGEN AN PRIVATE HAUSHALTE (Euro zu konstanten Preisen 2000)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Die Zuwendungen an Privatbetriebe (vgl. Abbildung 5.13) sind in Südtirol anteilmäßig geringer als in Norditalien. In absoluten Werten sind sie jedoch höher (503 Euro pro Kopf gegenüber 182 Euro je Einwohner, Durchschnitt 1996-2007).

ABBILDUNG 5.13 - ERWEITERTER ÖFFENTLICHER SEKTOR - PRO-KOPF-INVESTITIONS-ZUWENDUNGEN AN PRIVATBETRIEBE (Euro zu konstanten Preisen 2000)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Der Vergleich mit den Makrogebieten (vgl. Tabelle 5.3) zeigt, dass in Südtirol 83,4 Prozent der Investitionszuwendungen an Privatbetriebe von den

Regionalverwaltungen getätigt werden. Der entsprechende Wert für das Makrogebiet Norditalien liegt bei 44,2 Prozent. Dieser Unterschied ist erneut auf die Zuständigkeiten der Autonomen Provinz Bozen aufgrund des Autonomiestatus (siehe Kapitel 1.1) zurückzuführen. Weiters entspricht dies dem Bestreben des Landes, das lokale Unternehmertum und die Südtiroler Wirtschaft zu stärken.

TABELLE 5.3 - PRO-KOPF-INVESTITIONSZUWENDUNGEN AN PRIVATBETRIEBE NACH VERWALTUNGSEBENE (Prozentwerte, Durchschnitt 1996-2007)

	Südtirol	Nord-italien	Mittel-italien	Süd-italien
Zentralverwaltungen	14,1	44,0	61,8	64,2
Lokalverwaltungen	1,6	6,4	5,6	3,2
Regionalverwaltungen	83,4	44,2	28,0	30,0
Lokale öffentliche Unternehmen	0,7	4,2	2,8	2,2
Gesamtstaatliche öffentliche Unternehmen	0,2	1,1	1,8	0,5
Kapitalkonto insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

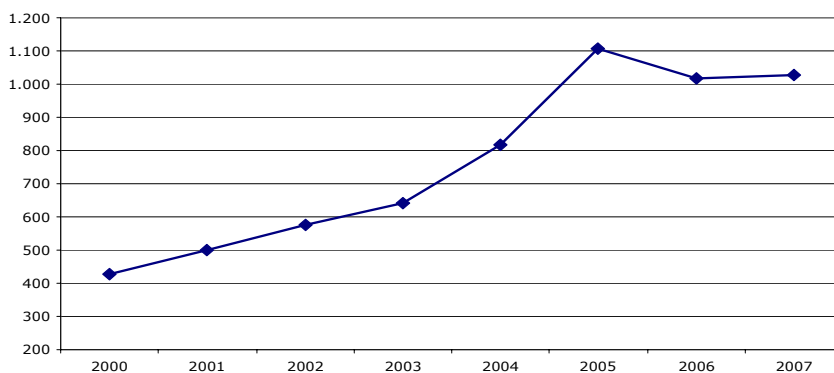
Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

6. Die Ausgaben regional und lokal wichtiger Subjekte

In Südtirol gibt es eine Reihe von aktiven abhängigen Körperschaften und Lokalen Öffentlichen Unternehmen. Letztere sind in einer Vielzahl von Bereichen tätig, darunter im Energiesektor (SEL AG, Etschwerke AG, Stadtwerke Brixen AG), im Transportwesen (ABD Airport AG, Südtiroler Transportstrukturen AG), im Dienstleistungsbereich (Südtirol Informatik AG) sowie in der Abfallwirtschaft und der Abwasserentsorgung (Eco-Center AG, SEAB AG, Stadtwerke Meran AG).

Im Zeitraum 2000-2007 sind die Ausgaben regional und lokal wichtiger Subjekte (abhängige Körperschaften und Lokale Öffentliche Unternehmen)¹¹ deutlich gestiegen (vgl. Abbildung 6.1) und zwar von 427 Millionen Euro auf 1.026 Millionen Euro. Der Energiesektor stellte sich als treibende Kraft der Lokalen Öffentlichen Unternehmen Südtirols heraus. Die Lokalen Öffentlichen Unternehmen in diesem Bereich zeigen sowohl auf regionaler (SEL AG) als auch subregionaler Ebene (Etschwerke AG und andere) ein Ansteigen der Ausgaben für Investitionen auf. Im Jahr 2005 erreichen diese den Spitzenwert, der in erster Linie auf die Aktienbeteiligungen der SEL AG an anderen Gesellschaften (insbesondere Delmi AG) zurückzuführen ist.

ABBILDUNG 6.1 - AUTONOME PROVINZ BOZEN - GESAMTAUSGABEN DER REGIONAL UND LOKAL WICHTIGEN SUBJEKTE (Millionen Euro zu konstanten Preisen 2000)



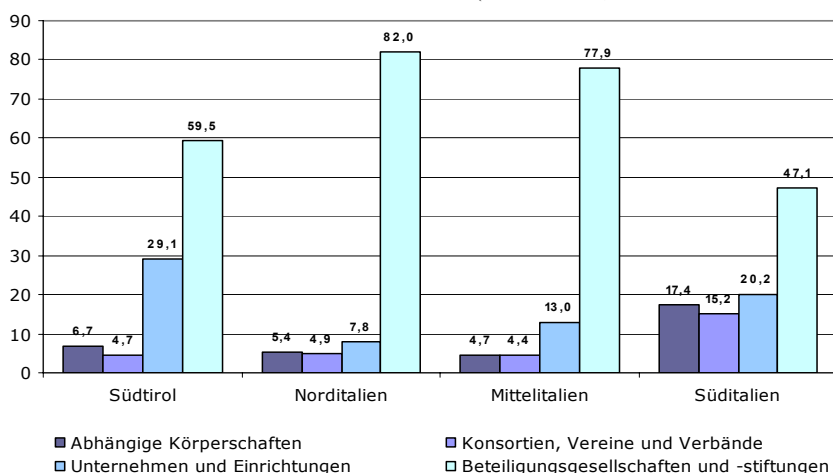
Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

¹¹ Nachdem es sich hierbei um Körperschaften handelt, die seit den Reformen Ende der Neunziger Jahre eine gewisse Bedeutung in den Verwaltungsstrukturen gewonnen haben, beziehen sich die Analysen im vorliegenden Kapitel auf den Zeitraum 2000-2007.

Der Rückgang im Jahr 2006 und die Stabilisierung im Jahr 2007 sind auf eine Normalisierung der Lage nach den beträchtlichen Aktienbeteiligungen im Energiesektor im Jahr 2005 zurückzuführen.

Aus der Klassifizierung der Lokalen Öffentlichen Unternehmen Südtirols (vgl. Abbildung 6.2) geht hervor, dass die Ausgaben vor allem von Beteiligungsgesellschaften und -stiftungen (59,5%) getätigt werden, jedoch in geringerem Ausmaß als im Makrogebiet Norditalien (82,0%). Künftig kann man jedoch mit höheren zweckgebundenen Beträgen von diesen Unternehmen rechnen.

ABBILDUNG 6.2 - GESAMTAUSGABEN DER REGIONAL UND LOKAL WICHTIGEN SUBJEKTE NACH KÖRPERSCHAFTSGRUPPE (Prozentwerte, Durchschnitt 2000-2007)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Analysiert man ausschließlich die Ausgaben der Lokalen Öffentlichen Unternehmen, kann man erkennen, dass sich die neuen Gegebenheiten im Energiesektor auf die Autonome Provinz Bozen und die neu entstandenen kontrollierten Unternehmen bzw. Beteiligungsgesellschaften auswirken. Infolgedessen entfallen 38,6 Prozent der Ausgaben der Lokalen Öffentlichen Unternehmen Südtirols auf den Bereich Infrastrukturnetze. In Norditalien liegt dieser Wert bei 31,3 Prozent.

Eine weitere Besonderheit der Lokalen Öffentlichen Unternehmen mit Sitz in Südtirol sind die hohen Ausgaben für das Sozialwesen (25,4%). Diese gehen vor allem auf die Tätigkeiten des „Zentrums für regionale Zusatzrenten AG“ im Bereich der Vorsorge und des Lohnausgleichs sowie der subregionalen Unternehmen und Einrichtungen, allen voran des BSB - Betriebs für Sozialdienste Bozen, zurück. Im Makrobereich Mobilität fallen hingegen die Regionalverwaltungen ins Gewicht, die infolge

der auf sie übertragenen staatlichen Zuständigkeiten auch das gesamte Straßennetz betreuen. Hieraus ergibt sich die geringere Aktivität der Lokalen Öffentlichen Unternehmen in diesem Bereich (vgl. Tabelle 6.1).

TABELLE 6.1 - LOKALE ÖFFENTLICHE UNTERNEHMEN - GESAMTAUSGABEN NACH MAKROBEREICH (Euro zu konstanten Preisen 2000 und Prozentwerte, Durchschnitt 2000-2007)

	Südtirol	Nord-italien	Mittel-italien	Süd-italien	Südtirol	Nord-italien	Mittel-italien	Süd-italien
	(Konstante Pro-Kopf Werte in Euro)				(Prozentwerte)			
Allgemeine Verwaltung	0,00	1,60	2,15	0,10	0,0	0,2	0,3	0,0
Allgemeine Dienstleistungen	7,51	0,38	0,01	0,00	0,5	0,0	0,0	0,0
Wissen, Kultur und Forschung	78,03	19,19	7,34	9,35	5,2	2,1	1,0	3,0
Wasserversorgung und Abwasserentsorgung	56,27	91,32	105,58	48,10	3,8	10,0	14,7	15,6
Umwelt und Gebietsverwaltung	99,81	141,40	105,38	56,58	6,7	15,5	14,7	18,4
Gesundheitswesen	0,00	24,47	27,31	2,86	0,0	2,7	3,8	0,9
Sozialwesen	379,83	21,46	1,49	0,52	25,4	2,4	0,2	0,2
Produzierendes Gewerbe und öffentliche Bauarbeiten	230,66	145,70	116,63	90,10	15,5	16,0	16,3	29,3
Mobilität	64,84	180,52	190,43	91,41	4,3	19,8	26,5	29,7
Infrastrukturnetze	575,96	285,34	161,37	8,53	38,6	31,3	22,5	2,8
Insgesamt	1.492,91	911,38	717,69	307,55	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Die Ausgaben der Lokalen Öffentlichen Unternehmen auf regionaler Ebene liegen bei 34,9 Prozent des Gesamtwerts (vgl. Tabelle 6.2). Sie sind höher als die Anteile in Nord- und Mittelitalien mit 13,3 Prozent bzw. 18,2 Prozent, jedoch niedriger als in Süditalien (46,8%).

TABELLE 6.2 - LOKALE ÖFFENTLICHE UNTERNEHMEN - AUSGABEN NACH KÖRPERSCHAFTSGRUPPE (Euro zu konstanten Preisen 2000 und Prozentwerte, Durchschnitt 2000-2007)

	Südtirol	Nord-italien	Mittel-italien	Süd-italien	Südtirol	Nord-italien	Mittel-italien	Süd-italien
	(Konstante Pro-Kopf Werte in Euro)				(Prozentwerte)			
Vereine und Verbände auf regionaler Ebene	26,57	18,04	12,84	42,82	1,8	2,0	1,8	13,9
Vereine und Verbände auf subregionaler Ebene	51,54	29,99	21,86	13,90	3,5	3,3	3,0	4,5
Unternehmen und Einrichtungen auf regionaler Ebene	158,54	35,28	43,65	34,42	10,6	3,9	6,1	11,2
Unternehmen und Einrichtungen auf subregionaler Ebene	311,76	41,26	55,02	41,74	20,9	4,5	7,7	13,6
Regionale Beteiligungsgesellschaften und -stiftungen	335,40	67,12	74,07	66,65	22,5	7,4	10,3	21,7
Subregionale Beteiligungsgesellschaften und -stiftungen	609,10	719,69	510,25	108,03	40,8	79,0	71,1	35,1
Insgesamt	1.492,91	911,38	717,69	307,55	100,0	100,0	100,0	100,0

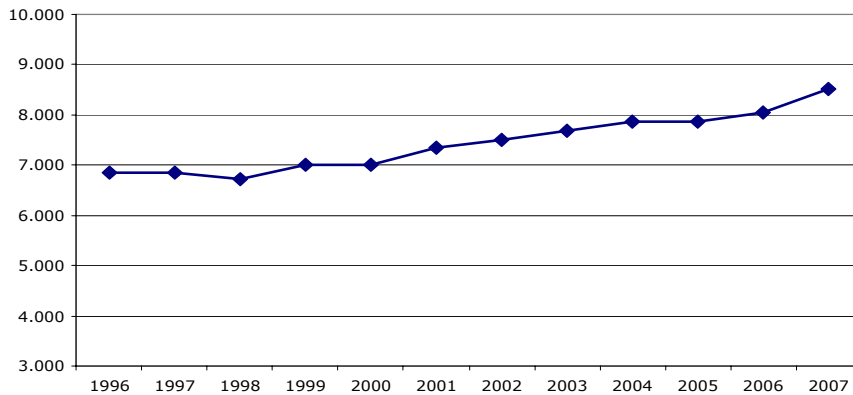
Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

TEIL III - ÖFFENTLICHE EINNAHMEN IN DER REGION

7. Die Einnahmen des Erweiterten Öffentlichen Sektors

Die Einnahmen des Erweiterten Öffentlichen Sektors in Südtirol erreichten im Jahr 2007 den Höchstwert von 8.504 Millionen Euro. Die Entwicklung im Zehnjahreszeitraum verlief positiv mit einem konstanten Wachstum und einer Zunahme von 24,2 Prozent zwischen 1996 und 2007 (vgl. Abbildung 7.1). Eine ausführlichere Analyse der Einnahmen, v.a. in Bezug auf die Abgaben und Zuweisungen sowie die Eigenheiten der Autonomen Provinz Bozen laut Autonomiestatut, findet sich in Kapitel 12.

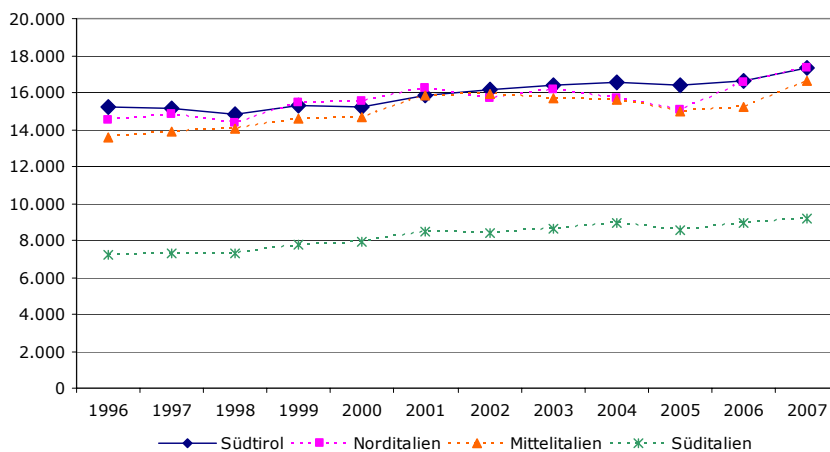
ABBILDUNG 7.1 - SÜDTIROL - ERWEITERTER ÖFFENTLICHER SEKTOR - GESAMTEINNAHMEN (Millionen Euro zu konstanten Preisen 2000)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Der Vergleich mit den gesamtstaatlichen Makrogebieten zeigt, dass die Werte für Südtirol jenen für Nord- und Mittelitalien entsprechen (vgl. Abbildung 7.2). Die Jahresdurchschnitte pro Kopf betragen 15.917 Euro in Südtirol, 15.625 Euro in Norditalien und 15.053 Euro in Mittelitalien. 2005 kam es in Südtirol jedoch nicht zum Einnahmenrückgang, der in den anderen Gebieten verzeichnet wurde.

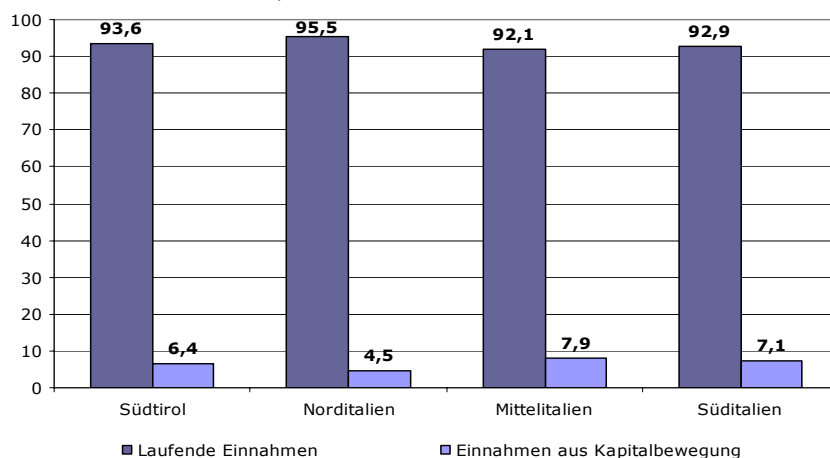
ABBILDUNG 7.2 - ERWEITERTER ÖFFENTLICHER SEKTOR - GESAMTEINNAHMEN PRO KOPF (Euro zu konstanten Preisen 2000)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Unterteilt man die Einkünfte des Erweiterten Öffentlichen Sektors in laufende Einnahmen und Einnahmen aus Kapitalbewegungen, ergeben sich kaum Unterschiede zwischen Südtirol und den Makrogebieten (vgl. Abbildung 7.3). Der Anteil der Einnahmen aus Kapitalbewegungen liegt bei 6,4 Prozent des Gesamtwerts. Dies bestätigt, dass es sich bei den meisten Einnahmen um Steuern handelt.

ABBILDUNG 7.3 - ERWEITERTER ÖFFENTLICHER SEKTOR - LAUFENDE EINNAHMEN UND EINNAHMEN AUS KAPITALBEWEGUNGEN (Prozentwerte, Durchschnitt 1996-2007)

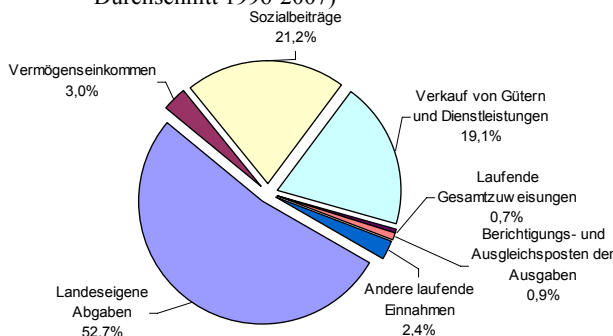


Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

8. Laufende Einnahmen

Die Entwicklung der laufenden Einnahmen im Zeitraum 1996-2007 entspricht weitestgehend dem Trend der Einnahmen insgesamt. Südtirols Werte entsprechen jenen Norditaliens, zeigen jedoch eine gleichmäßigere Entwicklung. Die Analyse der laufenden Einnahmen nach Wirtschaftsgruppe bestätigt die vorherrschende Rolle der landeseigenen Abgaben (52,7%), egal ob diese von den Zentral- oder Regionalverwaltungen eingehoben werden (vgl. Abbildung 8.1). Die Sozialbeiträge, welche vorwiegend von den Vorgesörperschaften bezogen werden, erreichen 21,2 Prozent. An dritter Stelle folgen die Einnahmen aus Verkäufen von Gütern und Dienstleistungen (19,1%).

ABBILDUNG 8.1 - AUTONOME PROVINZ BOZEN - ERWEITERTER ÖFFENTLICHER SEKTOR - LAUFENDE EINNAHMEN NACH WIRTSCHAFTSGRUPPE (Prozentwerte, Durchschnitt 1996-2007)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Die Analyse der landeseigenen Abgaben und der Vergleich mit den gesamtstaatlichen Makrogebieten heben die Besonderheiten in Bezug auf Steuerangelegenheiten für Regionen mit Sonderstatut hervor, vor allem die Selbstbeteiligung (vgl. Kapitel 10).

TABELLE 8.1 - ERWEITERTER ÖFFENTLICHER SEKTOR - LANDESEIGENE ABGABEN NACH ABGABENTYPOLOGIE (Euro zu konstanten Preisen 2000 und Prozentwerte, Durchschnitt 1996-2007)

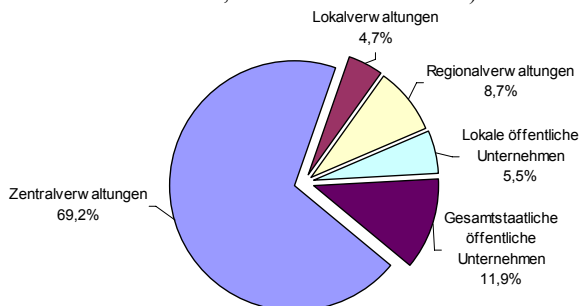
	Südtirol	Norditalien	Mittelitalien	Süditalien	Südtirol	Norditalien	Mittelitalien	Süditalien
	(Konstante Pro-Kopf Werte in Euro)				(Prozentwerte)			
Direkte Steuern	3.651,28	4.219,61	3.580,56	1.640,19	46,5	51,6	48,5	40,1
Indirekte Steuern	4.162,18	3.885,11	3.733,25	2.406,11	53,0	47,5	50,6	58,8
Andere landeseigene Abgaben	44,25	79,33	71,42	46,77	0,6	1,0	1,0	1,1
Insgesamt	7.857,71	8.184,05	7.385,23	4.093,07	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Anders als in Norditalien, aber übereinstimmend mit den anderen Makrogebieten, sind die indirekten Steuern höher als die direkten Steuern (vgl. Tabel-

le 8.1). Die Zusammensetzung der nach Verwaltungsebene konsolidierten laufenden Einnahmen in Südtirol entspricht jener auf gesamtstaatlicher Ebene, da der Großteil von der Zentralverwaltung (ZV) als landeseigene Abgaben eingehoben wird (69,2% in Südtirol, 71,4% in Norditalien). Der Anteil der Regionalverwaltungen liegt in Südtirol bei 8,7 Prozent, in Norditalien bei 6,2 Prozent (vgl. Abbildung 8.2).

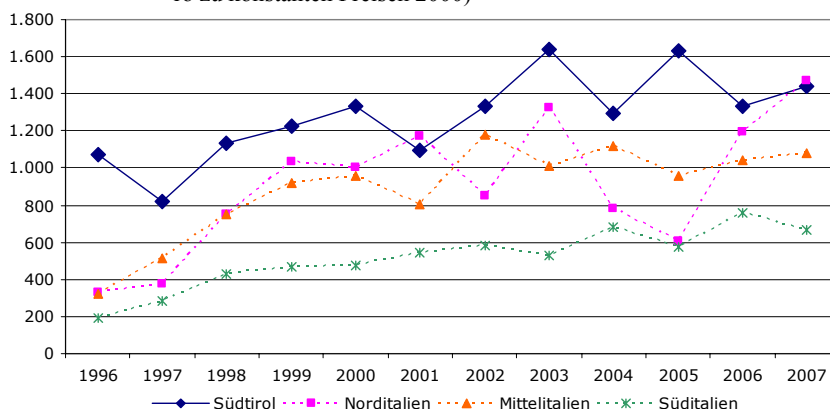
ABBILDUNG 8.2 - SÜDTIROL - LAUFENDE EINNAHMEN NACH VERWALTUNGSEBENE (Prozentwerte, Durchschnitt 1996-2007)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

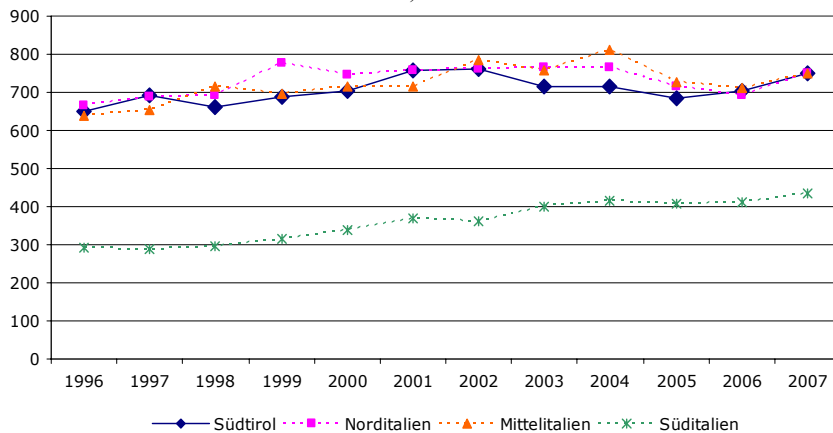
Die laufenden Einnahmen zeichnen sich durch eine unregelmäßige Entwicklung aus. Diese ist auf die Verwendung des Kriteriums des effektiven Inkassos anstelle der Zugehörigkeit der festgestellten Beträge zurückzuführen (vgl. Abbildungen 8.3 und 8.4). Es ist nicht ungewöhnlich, dass in einigen Jahren landeseigene Abgaben der Vorjahre eingehoben werden, vor allem wenn es sich um die regionale Wertschöpfungssteuer IRAP und die regionale Zusatzsteuer IRPEF handelt.

ABBILDUNG 8.3 - REGIONALVERWALTUNGEN - LAUFENDE PRO-KOPF-EINNAHMEN (Euro zu konstanten Preisen 2000)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

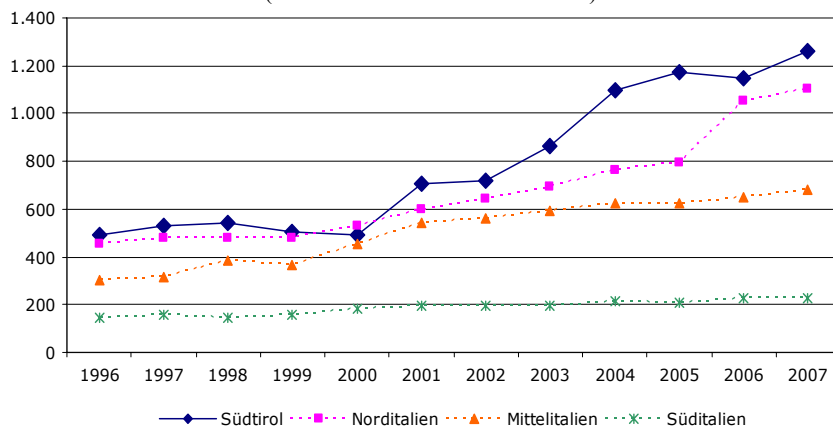
ABBILDUNG 8.4 - LOKALVERWALTUNGEN - LAUFENDE PRO-KOPF-EINNAHMEN (Euro zu konstanten Preisen 2000)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Die laufenden Einnahmen der Lokalen Öffentlichen Unternehmen nehmen merklich zu (vgl. Abbildung 8.5). Die Entstehung zahlreicher kontrollierter Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften in den letzten Jahren hat zu einer Bestätigung derselben auf dem Markt geführt. Folglich stiegen die Erträge aus dem Verkauf von Gütern und Dienstleistungen an. Wie in Norditalien haben sich diese auch in Südtirol in zehn Jahren beinahe verdreifacht.

ABBILDUNG 8.5 - LOKALE ÖFFENTLICHE UNTERNEHMEN - LAUFENDE PRO-KOPF EINNahmen (Euro zu konstanten Preisen 2000)

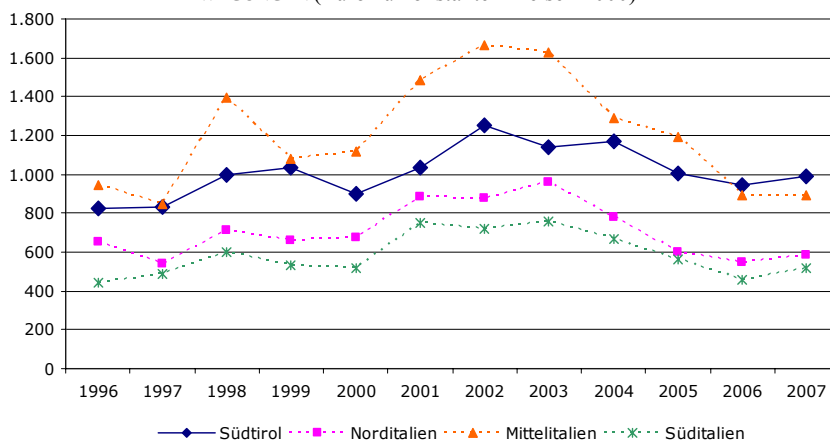


Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

9. Einnahmen aus Kapitalbewegungen

Die Einnahmen aus Kapitalbewegungen des Erweiterten Öffentlichen Sektors in Südtirol sind geringer als die laufenden Einnahmen. Die jährlichen Durchschnittswerte je Einwohner sind höher als in Norditalien, jedoch niedriger als in Mittelitalien. Der Durchschnitt für den Zeitraum 1996-2007 beträgt in Südtirol 1.011 Euro pro Kopf. Der für das Jahr 2002 verzeichnete Spitzenwert ist auf hohe Rückzahlungen vonseiten der Depositen- und Darlehenskasse zurückzuführen, die damals noch keine Kapitalgesellschaft war (vgl. Abbildung 9.1).

ABBILDUNG 9.1 - ERWEITERTER ÖFFENTLICHER SEKTOR - EINNAHMEN AUS KAPITALBEWEGUNGEN (Euro zu konstanten Preisen 2000)

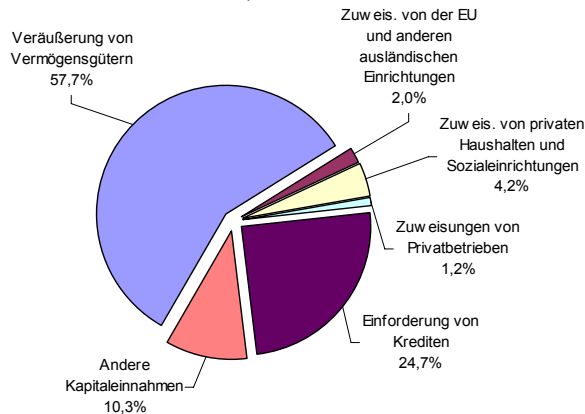


Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Der Großteil der Einnahmen aus Kapitalbewegungen des Erweiterten Öffentlichen Sektors in Südtirol ist der Wirtschaftskategorie „Veräußerung von Vermögensgütern“ (57,7%) zuzuschreiben. Berücksichtigt man dazu die „Einforderung von Krediten“ (24,7%), entfallen 8 von 10 Euro, die von den öffentlichen Körperschaften in Südtirol eingehoben werden, auf eine dieser Einnahmenarten (vgl. Abbildung 9.2). Auf lokaler Ebene trägt das Zentrum für regionale Zusatzrenten AG am meisten zur Veräußerung von Vermögensgütern bei. Dabei handelt es sich um eine von der Autonomen Region kontrollierte Gesellschaft, die auch in der angrenzenden Provinz Trient tätig ist und laut Gesetz und Autonomiestatut Dienstleistungen und Beratungen zur Verwaltung von Pensionskassen laut Gesetzesvertretendem Dekret Nr. 124/1993 anbietet. Die Verteilung nach Verwaltungsebene (vgl. Abbildung 9.3) zeigt, dass die Zentralverwaltung mit 35,7 Prozent den höchsten Anteil erreicht. Dieser Wert liegt jedoch unter dem italienweiten Durchschnitt.

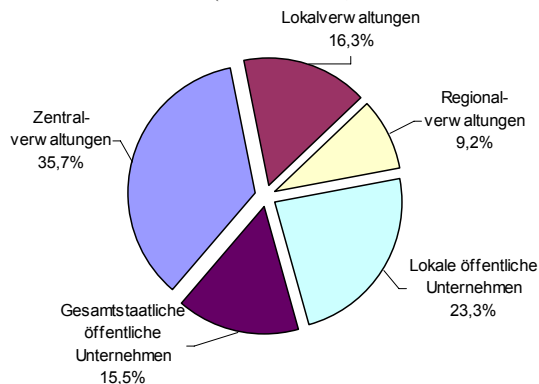
Weiters sind die Lokalen Öffentlichen Unternehmen mit 23,3 Prozent sehr viel wichtiger als in anderen italienischen Regionen.

ABBILDUNG 9.2 - SÜDTIROL - ERWEITERTER ÖFFENTLICHER SEKTOR - EINNAHMEN AUS KAPITALBEWEGUNGEN NACH WIRTSCHAFTSGRUPPE (Prozentwerte, Durchschnitt 1996-2007)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

ABBILDUNG 9.3 - SÜDTIROL - EINNAHMEN AUS KAPITALBEWEGUNGEN NACH VERWALTUNGSEBENE (Prozentwerte, Durchschnitt 1996-2007)

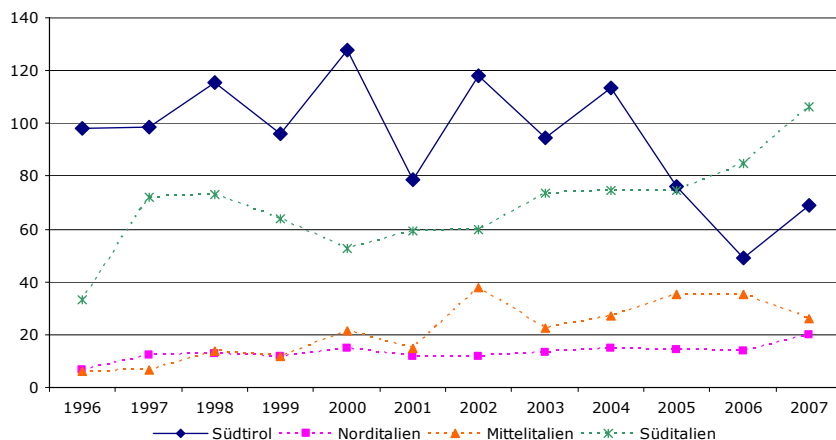


Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Die Entwicklung im Zeitraum 1996-2007 verläuft schwankend, sowohl im Hinblick auf die Regionalverwaltungen (vgl. Abbildung 9.4) als auch auf die Lokalverwaltungen (vgl. Abbildung 9.5). Dies ist in beiden Fällen auf den Posten Einforderung von Krediten zurückzuführen. Bezüglich der Regionalverwaltungen muss weiters der plötzliche Rückgang der Zuwendungen seitens der EU im Jahr 2001 und das neuerliche Wachstum im

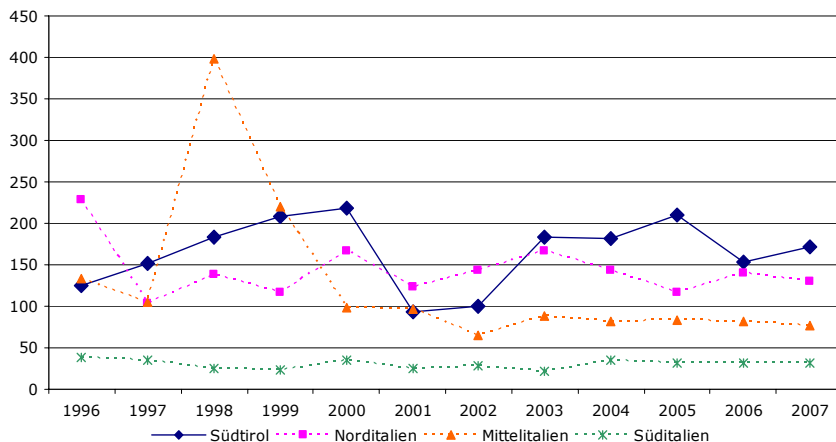
Jahr 2002 berücksichtigt werden. Diese sind auf den Abschluss eines Programmzyklus der EU und, im Folgejahr, auf den Start neuer Projekte zurückzuführen. Auch der Rückgang bei der Veräußerung von Vermögensgütern, ebenfalls durch die Autonome Provinz Bozen, in den Jahren 2003 und 2005 ist beträchtlich.

ABBILDUNG 9.4 - REGIONALVERWALTUNGEN - PRO-KOPF-EINNAHMEN AUS KAPITALBEWEGUNGEN (Euro zu konstanten Preisen 2000)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

ABBILDUNG 9.5 - LOKALVERWALTUNGEN - PRO-KOPF-EINNAHMEN AUS KAPITALBEWEGUNGEN (Euro zu konstanten Preisen 2000)

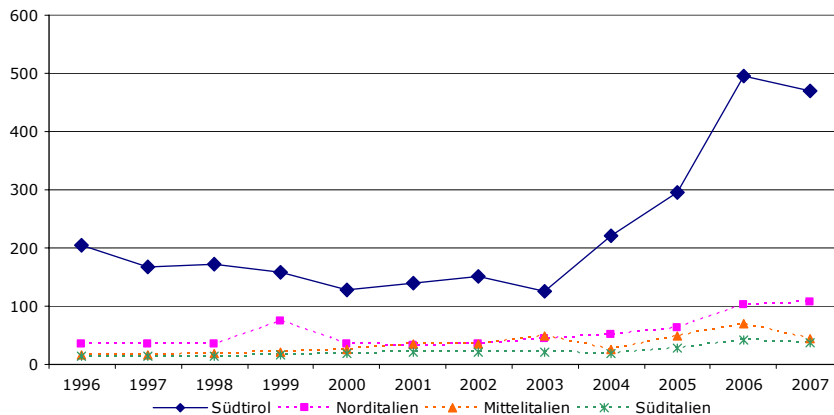


Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Die beträchtliche Zunahme bei den Lokalen Öffentlichen Unternehmen hängt mit den Veräußerungen von beweglichen und unbeweglichen Gü-

tern sowie von Wertpapieren durch die Lokalen Öffentlichen Unternehmen in den Bereichen Energie, Umwelt, Fremdenverkehr und Ergänzungsvorsorge zusammen (vgl. Abbildung 9.6).

ABBILDUNG 9.6- LOKALE ÖFFENTLICHE UNTERNEHMEN - PRO-KOPF-EINNAHMEN AUS KAPITALBEWEGUNGEN (Euro zu konstanten Preisen 2000)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

TEIL IV - DEZENTRALISIERUNG UND STEUERFÖDERALISMUS

10. Territoriale Dezentralisierung und Steuerföderalismus

Die Finanzordnung der Autonomen Provinz Bozen beruht auf dem zweiten, im Jahr 1972 in Kraft getretenen, Autonomiestatut, auf den Bestimmungen für die Koordination des Finanzwesens der Autonomen Region Trentino-Südtirol und der Autonomen Provinzen Trient und Bozen laut Steuerreform (G. 386/1989) sowie auf anderen Durchführungsbestimmungen. Auf der Grundlage dieser Bestimmungen werden die Verbindlichkeiten in den zahlreichen Zuständigkeitsbereichen der Regionalverwaltungen Südtirols größtenteils durch die Selbstbeteiligung am lokalen Steuer- und Staatssteueraufkommen finanziert. Die Zuweisung staatlicher Abgaben erfolgt sowohl in festen als auch in veränderlichen Anteilen.

In Bezug auf die festen Anteile werden der Autonomen Provinz, das landesinterne Steueraufkommen betreffend, neun Zehntel beinahe aller Staatssteuern zugewiesen, mit Ausnahme der Steuer auf elektrische Energie (die zu 100% zugewiesen wird), der internen Mehrwertsteuer (zu 70% zugewiesen) und der Mehrwertsteuer auf Importe (53% von 4/10 des Aufkommens durch Einhebungen im Gebiet der Region). Der Autonomen Region stehen hingegen neun Zehntel der Erbschafts- und Schenkungssteuer, der Einnahmen aus dem Lottospiel und der Hypothekensteuer, zwei Zehntel der internen Mehrwertsteuer sowie 0,5 Zehntel der Mehrwertsteuer auf Importe zu.

Für die Berechnung der festen Anteile werden auch die Einnahmen berücksichtigt, welche von Ämtern außerhalb Südtirols für die Landesverwaltung eingehoben werden.

Der veränderliche Anteil hingegen muss jährlich von der Autonomen Provinz Bozen und der Regierung festgesetzt werden. Damit sollen die Finanzmittel der Provinz an die Zielerreichung und die Ausübung der gesetzlich festgesetzten Aufgaben angepasst werden. Davon lässt sich ableiten, dass die Dezentralisierung der Einnahmen und Ausgaben in Südtirol prinzipiell bereits umgesetzt wird.

Jedoch muss sich auch die Autonome Provinz Bozen, unter Anerkennung der eigenen Autonomie, an die Grundsätze der jüngsten Verordnung betreffend den Steuerföderalismus halten. Deren Auswirkungen auf die Ausgaben und Einnahmen der lokalen Körperschaften Südtirols werden noch untersucht.

Diesbezüglich ist die Verabschiedung der vom Art. 27 des Gesetzes 42/2009 ausdrücklich vorgesehenen Durchführungsbestimmungen zum Steuerföderalismus abzuwarten.

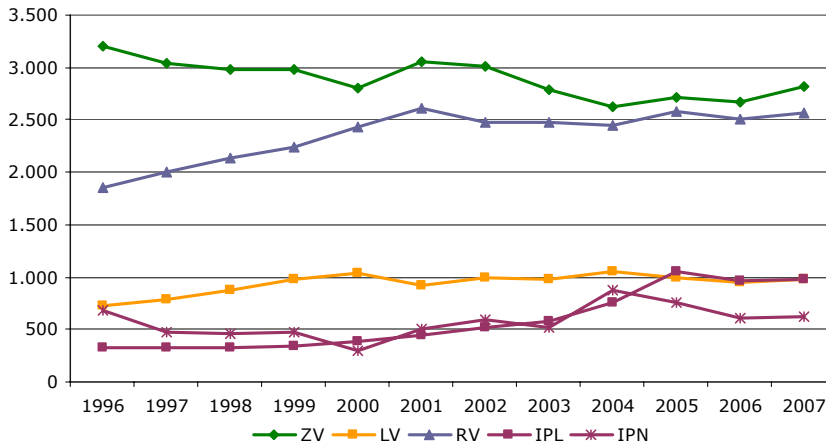
11. Dezentralisierung auf der Ausgabenseite

Die Ausgabendezentralisierung laut Stabilitätspakt, und folglich die Möglichkeiten der Zweckbindung und Zahlung, muss im Rahmen der Zuständigkeiten der Autonomen Provinz Bozen und der Notwendigkeit, diesen gerecht zu werden, betrachtet werden. Seit den 70er Jahren strebt die Landesverwaltung die Übertragung von Zuständigkeiten und Verwaltungsaufgaben auf die Gemeinden an. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass Artikel 1 des L.G. 6/1992 für die Finanzierung der Gemeinden vorsieht, dass die Autonome Provinz den Gemeindeverwaltungen entsprechende Finanzmittel zuweist, damit sie mit ihren Geldern die Ziele erreichen, die übertragenen und zugewiesenen Aufgaben erfüllen und die Eingriffe für mehrere Jahre planen können. In einigen gemeinnützigen Bereichen, wie Abfallwirtschaft und Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, haben die Lokalverwaltungen daraufhin ihre eigenen Aufgaben an Lokale Öffentliche Unternehmen übertragen, die ihrerseits zu Ausgabenzentren wurden. Die Analyse der Gesamtausgaben nach Verwaltungsebene hebt hervor, dass die Zahlungsfähigkeit der Regionalverwaltungen in den letzten 12 Jahren, v.a. jene der Autonomen Provinz Bozen, gestiegen ist und die Werte der Gemeindeverwaltungen erreicht hat. Grund dafür sind die Zuständigkeiten, die in den 90er Jahren vom Staat auf die Provinz übertragen wurden, v.a. die Verwaltung des Staatsstraßennetzes. Hier umfassen die Befugnisse des Landes nicht nur ordentliche und außerordentliche Wartungspflichten, sondern auch die Ausarbeitung mehrjähriger Verkehrskonzepte in Übereinstimmung mit dem zuständigen Ministerium. Bei den Ausgaben der ZV müssen die besonderen methodologischen Vorgehensweise der territorialen Verteilung der Finanzströme berücksichtigt werden, die vom Projekt Öffentliche Territoriale Konten¹² umgesetzt wird. Anhand der Daten der Öffentlichen Territorialen Konten für das Jahr 2007 werden Südtirol konsolidierte Ausgaben des Staates und der Vorsorgeeinrichtungen in Höhe von 3.406 Millionen Euro in jeweiligen Preisen zugeschrieben. Diesbezüglich ist festzuhalten, dass 454 Millionen Euro aus Berichtigungs- und Ausgleichsposten der Einnahmen stammen und weitere 340 Millionen Euro auf die laut den Kriterien im methodologischen Anhang territorial aufgeteilten Passivzinsen zurückgehen. Den Großteil der Ausgaben der Zentralverwaltung in Höhe von 1.900 Millionen Euro bilden

¹² Vgl. „Methodologischer Anhang“. Man erinnert insbesondere daran, dass die Staatsausgaben vollständig regionalisiert werden und so den einzelnen Regionen auch jener Teil der Staatsausgaben zugeschrieben wird, den das Zentrale Rechnungsamt als objektiv nicht regionalisierbare Ausgabe klassifiziert.

die von den entsprechenden Körperschaften¹³ getätigten Zuwendungen im Vorsorgebereich (vgl. Abbildung 11.1).

ABBILDUNG 11.1 - AUTONOME PROVINZ BOZEN - GESAMTAUSGABEN NACH VERWALTUNGSEBENE (Millionen Euro zu konstanten Preisen 2000)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

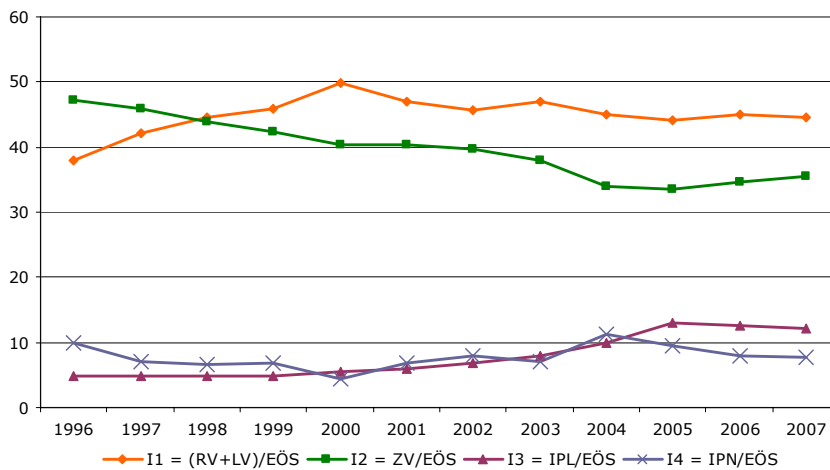
Die Entwicklung der Prozentanteile an den Ausgaben nach Verwaltungsebene, sowohl im Hinblick auf die Gesamtausgaben als auch nach Makrogebiet, zeigt, dass in Südtirol schon seit längerem ein ausgeprägter Dezentralisierungsprozess¹⁴ stattfindet (vgl. Abbildung 11.2).

¹³ In den Daten der CPT werden die Sozialabgaben nicht für die einzelnen leistungserbringenden Körperschaften berücksichtigt, sondern direkt als Ausgaben der Vorsorgekörperschaften, die zu den Zentralverwaltungen zählen.

¹⁴ Zur Vertiefung der Analyse sind Indikatoren erstellt worden, die dem besseren Verständnis der Entwicklung der öffentlichen Finanzen dienen sollen. Im Einzelnen:

- $I_1 = (RV + LV) / E\ddot{O}S$, Prozentanteil der Gesamtausgaben aller regionalen und lokalen Verwaltungsebenen an den Ausgaben des Erweiterten Öffentlichen Sektors;
- $I_2 = ZV / E\ddot{O}S$, Prozentverhältnis zwischen den Gesamtausgaben der Verwaltungsebene Zentralverwaltung und den Gesamtausgaben des Erweiterten Öffentlichen Sektors;
- $I_3 = IPL / E\ddot{O}S$, Prozentverhältnis zwischen den Gesamtausgaben der lokalen öffentlichen Unternehmen und jenen des EÖS;
- $I_4 = IPN / E\ddot{O}S$, Prozentverhältnis zwischen den Ausgaben der Gesamtstaatlichen Öffentlichen Unternehmen und jenen des EÖS.

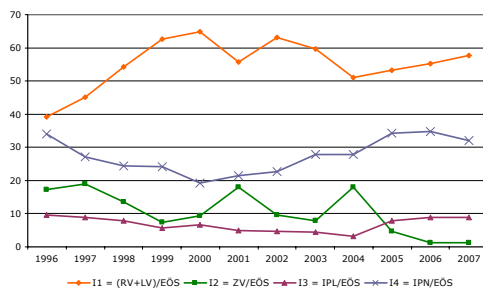
ABBILDUNG 11.2 - SÜDTIROL - INDIKATOREN DER VERWALTUNGSDEZENTRALISIERUNG
(Prozentwerte)



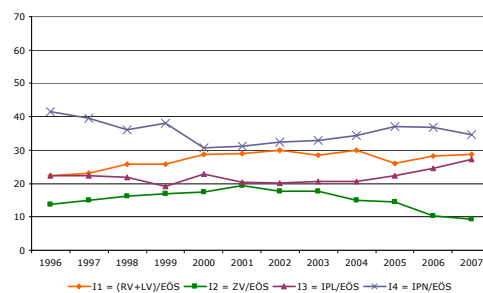
Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

ABBILDUNG 11.3 - MAKROBEREICH MOBILITÄT - INDIKATOREN DER VERWALTUNGS-DEZENTRALISIERUNG (Prozentwerte)

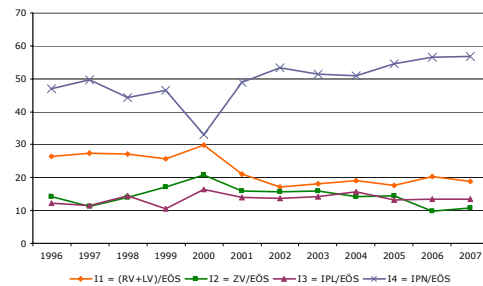
AUTONOME PROVINZ BOZEN



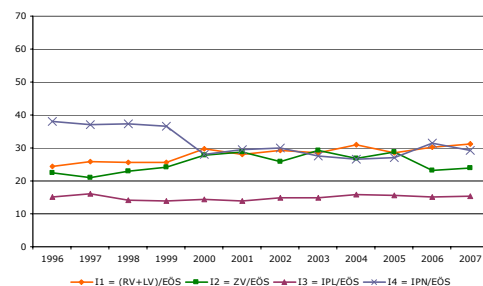
NORDITALIEN



MITTELITALIEN



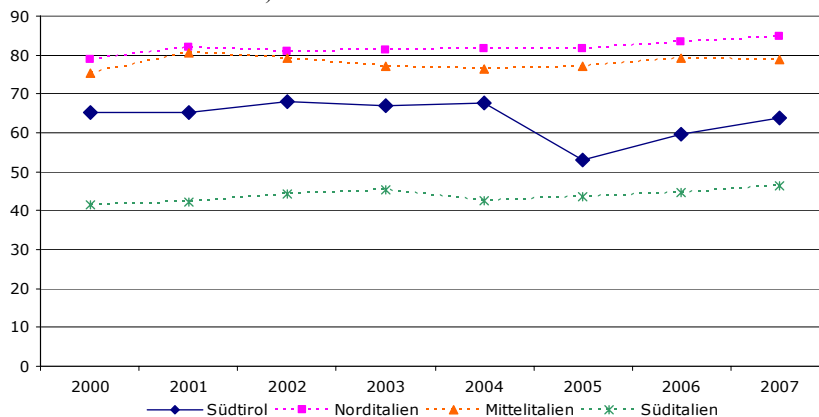
SÜDITALIEN



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

In Abbildung 11.3 ist v.a. im Bereich Mobilität der Verlauf dieser Indikatoren zwischen 1996 und 2007 ersichtlich. Die Kurve für den Indikator $I_1 = (RV + LV) / EÖS$ hebt die Besonderheiten der Autonomen Provinz in diesem Bereich hervor. Besonders interessant ist die territoriale Dezentralisierung der Dienste (vgl. Abbildung 11.4). Auf gesamtstaatlicher Ebene gehen bestimmte Aufgaben von Unternehmen, die von den RV kontrolliert werden, auf Unternehmen über, die von den LV¹⁵ kontrolliert werden. In Südtirol spielt die Übertragung von Dienstleistungen von den IPL und regionalen abhängigen Körperschaften auf die IPL bzw. subregionalen abhängigen Körperschaften eine kleinere Rolle. Wichtiger sind die von den LV (v.a. von den Gemeinden) kontrollierten Beteiligungsgesellschaften und -stiftungen. Man denke dabei an Gemeindebetriebe in größeren Gemeinden, die zu Aktiengesellschaften wurden. Im Jahr 2005 sank der Anteil der subregionalen Subjekte auf 53,0 Prozent. Dies entspricht den Werten, die vor 2000 verzeichnet wurden. Der Rückgang ist auf die hohen Ausgaben für Investitionen und Aktienbeteiligungen der Gesellschaften und Stiftungen mit Beteiligungen der Region im Energiesektor zurückzuführen. Künftig wird vermutlich die Energiepolitik auf Landesebene die Anteile der Lokalen Öffentlichen Unternehmen und subregionalen abhängigen Körperschaften an den Gesamtausgaben der lokal und regional wichtigen Subjekte festlegen.

ABBILDUNG 11.4 - AUSGABENANTEIL VON LOKAL WICHTIGEN SUBJEKTEN AN DEN GESAMTAUSGABEN VON REGIONAL UND LOKAL WICHTIGEN SUBJEKTEN (Prozentwerte)

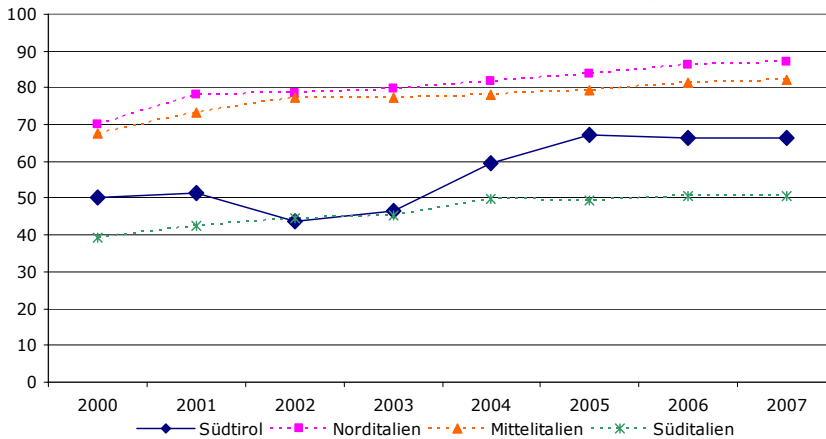


Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

¹⁵ Wie schon in Kapitel 6 erwähnt, handelt es sich hierbei um Körperschaften, die seit den Reformen Ende der Neunziger Jahre eine gewisse Bedeutung in den Verwaltungsstrukturen gewonnen haben. Deshalb berücksichtigt die Analyse in diesem Kapitel die Jahre 2000-2007 als Bezugszeitraum.

Die Umwandlung von Lokalen Öffentlichen Dienstleistungsunternehmen, abhängigen Körperschaften, Konsorzen und Betrieben in Gesellschaften hat in Italien bereits vor einiger Zeit begonnen (vgl. Abbildung 11.5). In Südtirol hat dieser Prozess vor zwei Jahrzehnten eingesetzt. Dies führte zu einer Ausweitung der vom Staat auf die Autonome Provinz Bozen übertragenen Zuständigkeiten. Zu den jüngst gegründeten Gesellschaften zählen die SEAB AG, Stadtwerke Meran AG, Stadtwerke Brixen AG, Eco-Center AG und Messe Bozen AG.

ABBILDUNG 11.5 - AUSGABENANTEIL DER GESELLSCHAFTEN AM AUSGABENGESAMTWERT DER REGIONAL UND LOKAL WICHTIGEN SUBJEKTE (Prozentwerte)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

12. Dezentralisierung auf der Finanzierungsseite

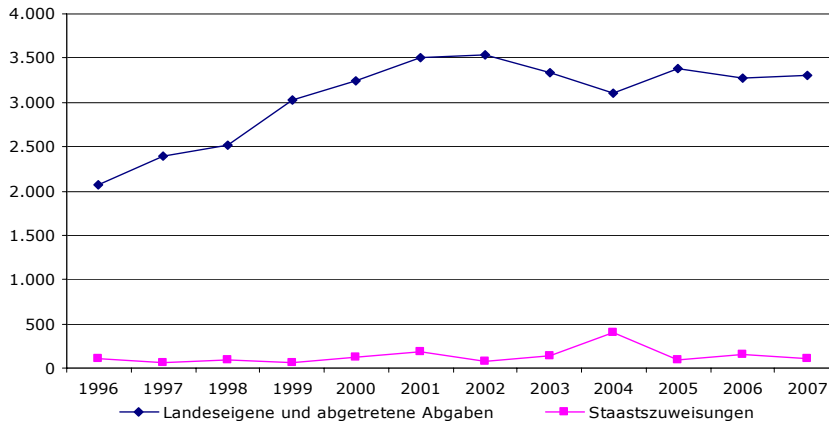
In den letzten zehn Jahren kam es in Italien zu einem Steuerdezentralisierungsprozess. Damit sollen sowohl die Regionen als auch die lokalen Körperschaften mehr finanzielle Autonomie erhalten und eigenmächtig Finanzmittel für jene Aktivitäten ausgeben können, die ihnen vorrangig erscheinen. In Südtirol begann dieser Prozess aufgrund des Autonomiestatuts (DPR Nr. 670/1972) schon vor längerer Zeit. Dies beweist auch der hohe Anteil an Eigeneinnahmen im Vergleich zu Regionen mit Normalstatut.

12.1 Fokus auf die Finanzierung der Regionalverwaltungen

Die Zuständigkeiten laut Autonomiestatut bringen hohe finanzielle Aufwendungen mit sich und damit auch die Notwendigkeit, die Finanzmittel dem Bedarf der Autonomen Provinz Bozen anzupassen. Das Finanzsystem laut Autonomiestatut, Durchführungsbestimmungen und Gesetz Nr. 386/1989 (vgl. Kapitel 10 für Details) sieht vor, dass das Steueraufkommen in Südtirol beinahe vollständig in den Landeshaushalt fließt (vgl. Abbildung 12.1). Darin enthalten sind auch die Abgaben, die außerhalb Südtirols eingehoben werden, wenn sie den Konsum, Geschäfte und Einkommen des Landes betreffen. Ende der Neunziger Jahre kam es zu einem Anstieg der landeseigenen und zugewiesenen Abgaben. Dieser hängt teilweise mit den 1999 eingeführten Steuern IRPEF und IRAP als landeseigene Abgaben zusammen. Weiters zeichnen die neuen Staatszuweisungen dafür verantwortlich, die mit der Übertragung von Zuständigkeiten im Straßen- und Schulwesen zusammenhängen. Auch wenn die landeseigenen Abgaben und Zuweisungen eine wichtige Finanzierungsquelle der Autonomen Provinz sind (im Jahr 2007 entfielen 90,3% der Gesamteinnahmen der Körperschaft auf diesen Posten), ist die Selbstbeteiligung stark vom Staat abhängig. Tatsächlich kann jede Änderung oder Aufhebung von Staatsabgaben, beispielsweise die Änderung von Steuersätzen durch staatliche Maßnahmen, wichtige und nicht direkt von der Provinz kontrollierbare Auswirkungen auf die Landeskonto haben. Damit hängen auch mögliche Schwankungen des zugewiesenen Steueraufkommens zusammen. Im Jahr 2004 sanken die vom Staat an das Land überwiesenen Beträge des Postens „vom Staat abgetretene Abgaben“. Diese betragen üblicherweise 90,0 Prozent der in Südtirol eingehobenen Staatsabgaben. Der Rückgang wurde durch höhere Staatszuweisungen für die Zuständigkeiten im Schulwesen ausgeglichen (Gesetzesvertretendes Dekret Nr.

434/1996), die sich auf die Jahre 1998 und 1999 bezogen (370 Millionen Euro zu jeweiligen Preisen)¹⁶.

ABBILDUNG 12.1 - SÜDTIROL - REGIONALVERWALTUNGEN - ABGABEN UND ZUWENDUNGEN VOM STAAT (Millionen Euro zu konstanten Preisen 2000)



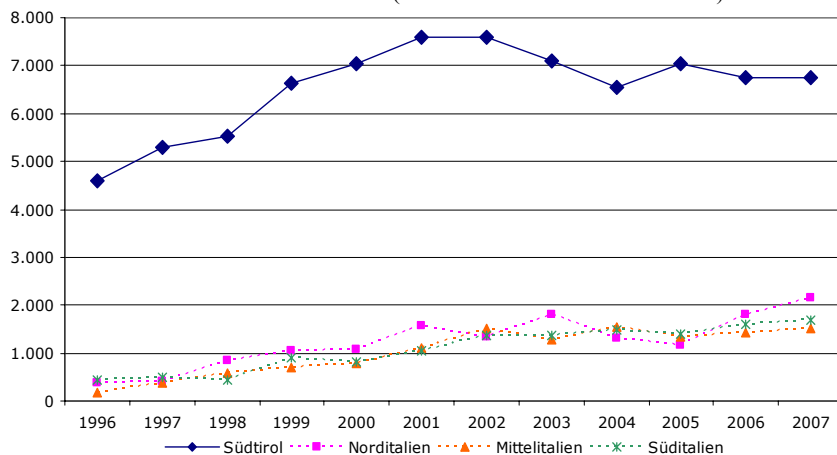
Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Insgesamt blieben die an das Land überwiesenen Summen nahezu unverändert, wie es von den Vereinbarungen des Stabilitätspaktes zur Planung der Finanzströme vorgesehen ist. Der Vergleich des Pro-Kopf-Anteils der landeseigenen und abgetretenen Abgaben zwischen der Autonomen Provinz Bozen und den Makrogebieten muss natürlich auch das im Vergleich zu den anderen Regionen unterschiedliche Finanzsystem des Landes berücksichtigen. Besagte Regionen haben zwar eine geringere Selbstbeteiligung am Abgabenaufkommen, erhalten dafür aber höhere Zuwendungen vom Staat (vgl. Abbildung 12.2).

¹⁶ In diesem Kapitel sind die landeseigenen Abgaben und Selbstbeteiligungen unter Beachtung einiger auf internationaler Ebene gültiger Richtlinien assimiliert (vgl. OECD, *Finding the dividing line between tax sharing and grants: a statistical investigation*, 2009).

Die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) hat sich im Rahmen des *Network on fiscal relation across levels of government* vor allem mit der Abgrenzung zwischen Zuwendungen und Selbstbeteiligungen auseinandergesetzt, um eine einheitliche Klassifizierung der einzelstaatlichen Konten und der Einnahmestatistiken der OECD zu erreichen. Auf der Grundlage eines Tests, dem die verschiedenen Länder unterzogen worden sind, wurde festgestellt, dass in Italien die Selbstbeteiligungen nicht von den Zuwendungen assimiliert werden können. Dies deshalb, weil die Einnahmen von der lokalen Körperschaft frei (*unconditionality*) verwendet werden können, das Aufteilungskriterium vorgegeben ist (*formula stability*) und die lokale Verwaltung das Schwankungsrisiko eingeht (*risk sharing*), nachdem die Zuordnung strikt an die Gesamteinnahmen gebunden ist.

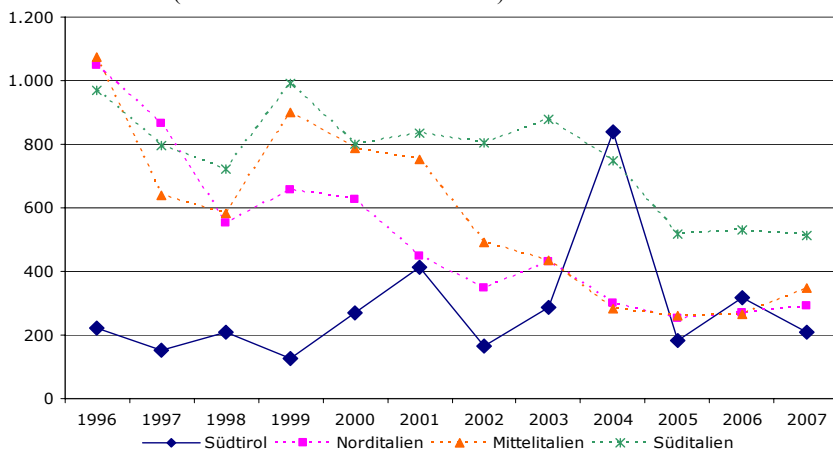
ABBILDUNG 12.2 - REGIONALVERWALTUNGEN - LANDESEIGENE UND ABGETRETENE PRO-KOPF-ABGABEN (Euro zu konstanten Preisen 2000)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Die laufenden Zuwendungen und Investitionszuweisungen vom Staat an die Regionalverwaltungen in Südtirol lagen im Jahr 2007 bei 2,9 Prozent der Gesamteinnahmen der Autonomen Provinz. Im Zeitraum 1996-2007 betrug der Jahresdurchschnitt 282 Euro je Einwohner; in Norditalien waren es 507 Euro pro Kopf (vgl. Abbildung 12.3).

ABBILDUNG 12.3 - REGIONALVERWALTUNGEN - PRO-KOPF-ZUWENDUNGEN VOM STAAT (Euro zu konstanten Preisen 2000)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

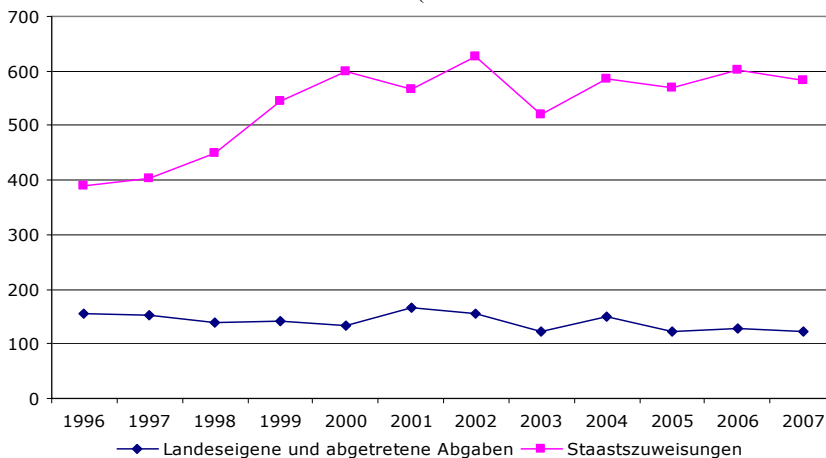
Der Spitzenwert von 2004 enthält eine staatliche Rückzahlung für abgetretene Aufgaben in den Jahren 1998 und 1999. Aufgrund des hohen Pro-

zentanteils an landeseigenen und abgetretenen Abgaben an die Autonome Provinz, der im Jahr 2007 bei 96,9 Prozent des Gesamtwerts der landeseigenen und abgetretenen Abgaben sowie staatlichen Zuwendungen liegt, finanziert sich Südtirol überwiegend selbst und ist nur in geringem Ausmaß von Staatszuwendungen abhängig.

12.2 Fokus auf die Finanzierung der Lokalverwaltungen

Mit der Finanzreform des Autonomiestatuts, Gesetz Nr. 386/1989, ging die gesamte Gemeindefinanzierung auf die Autonome Provinz Bozen über. Artikel 81, Absatz 2, des Statuts sieht vor, dass den Gemeinden ausreichende Finanzmittel zustehen, damit sie ihre Zielsetzungen erreichen und die Ausübung der vom Gesetz vorgesehenen Aufgaben gewährleisten können. Die Höhe der Finanzierung wird zwischen dem Präsidenten der Landesregierung und Vertretern der Gemeinden vereinbart. Mit dem L.G. Nr. 6/1992 hat das Land Kriterien festgelegt, mit denen die Höhe der Beträge an die Gemeinden bestimmt wird. Im Jahr 1994 ist, gültig ab dem Folgejahr, die Zuweisung von 13,5 Prozent der Steuereinnahmen des Landes an die Gemeinden vereinbart worden (vgl. Abbildung 12.4).

ABBILDUNG 12.4 - SÜDTIROL - LOKALVERWALTUNGEN - ABGABEN UND ZUWENDUNGEN VON STAAT UND REGION (Millionen Euro zu konstanten Preisen 2000)

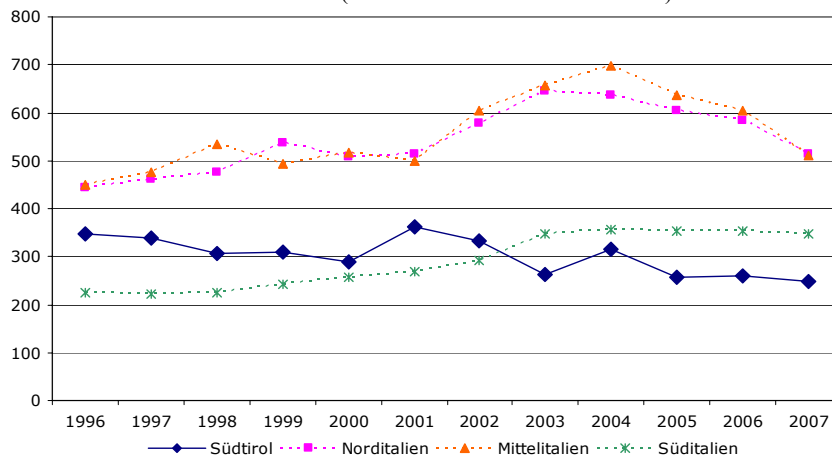


Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Die Höhe der landeseigenen und an die Gemeinden abgetretenen Abgaben liegt in Südtirol unter den Werten des Makrogebiets und spiegelt die Finanzierungsmodalitäten der Gemeindehaushalte wider. Aufgrund der Finanzierung durch beträchtliche Zuwendungen des Landes sind die Ge-

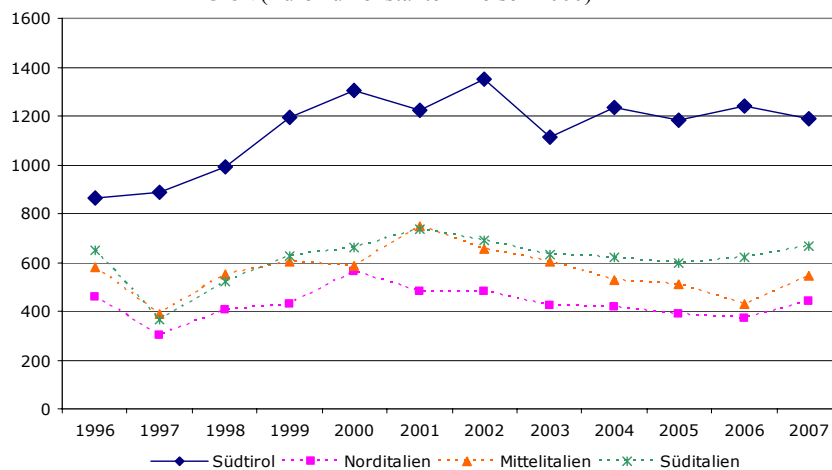
meinden weniger darauf angewiesen, Investitionsgelder über eigene Abgaben zu beschaffen (vgl. Abbildungen 12.5 und 12.6).

ABBILDUNG 12.5 - LOKALVERWALTUNGEN - LANDESEIGENE UND ABGETRETENE PRO-KOPF-ABGABEN (Euro zu konstanten Preisen 2000)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

ABBILDUNG 12.6 - LOKALVERWALTUNGEN - PRO-KOPF-ZUWENDUNGEN VON STAAT UND REGION (Euro zu konstanten Preisen 2000)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

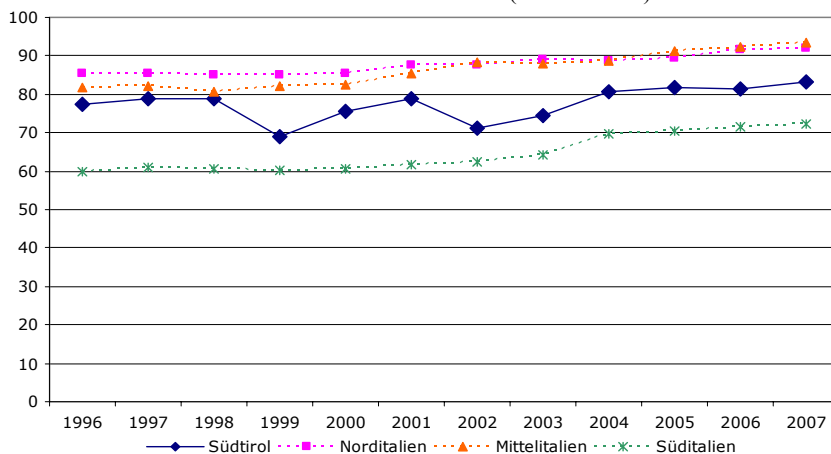
12.3 Fokus auf die Finanzierung Lokaler Öffentlicher Unternehmen

Der Prozentsatz der Einnahmen aus dem Verkauf von Gütern und Dienstleistungen gegenüber den laufenden und Investitionszuwendungen gibt

Aufschluss über das Ausmaß der Selbstfinanzierung bei den Lokalen Öffentlichen Unternehmen eines bestimmten Gebiets.

In Südtirol gibt es einige Besonderheiten. Nach der Entstehung zahlreicher kontrollierter Unternehmen bzw. Beteiligungsgesellschaften in verschiedenen Bereichen, darunter v.a. im Energiesektor (siehe beispielsweise SEL AG), stiegen die Zuwendungen der Öffentlichen Verwaltung an die Lokalen Öffentlichen Unternehmen zu ihrer Finanzierung Anfang des Jahrzehnts an (vgl. Abbildung 12.7). In der Folge führte die Entwicklung der neu gegründeten Unternehmen sowie die Ausweitung der Geschäftsflächen zu steigenden Einnahmen durch den Verkauf von Gütern und Dienstleistungen. Ein Ziel der Privatisierung und der Gründung von kontrollierten Unternehmen bzw. Beteiligungsgesellschaften ist deren Selbsterhaltung. Somit soll sich ihre Abhängigkeit von Zuwendungen aus dem öffentlichen Bereich verringern.

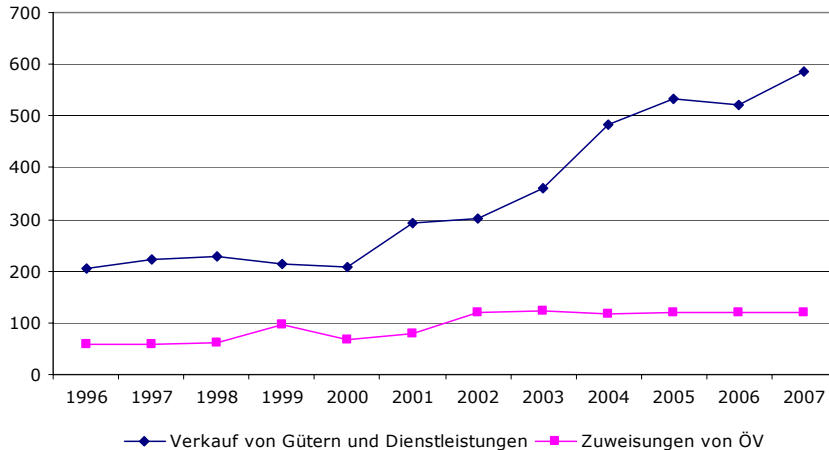
ABBILDUNG 12.7 - LOCALE ÖFFENTLICHE UNTERNEHMEN - ANTEIL DES VERKAUFS VON GÜTERN UND DIENSTLEISTUNGEN AN DEN GESAMTZUWENDUNGEN SEITENS DER ÖFFENTLICHEN VERWALTUNGEN UND AM VERKAUF VON GÜTERN UND DIENSTLEISTUNGEN (Prozentwerte)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Die Einnahmen, die auf die Selbstfinanzierung durch Markttätigkeit zurückgehen, sind von 205 Millionen Euro im Jahr 1996 auf 585 Millionen Euro 2007 gestiegen (vgl. Abbildung 12.8). Die Etschwerke AG ist eines der Unternehmen, das besonders stark im Verkauf von Gütern und Dienstleistungen tätig ist. Es versorgt 130.000 Verbraucher mit Strom, das entspricht der Hälfte des Südtiroler Bedarfs, und 40.000 Kunden in Bozen und Meran mit Gas.

ABBILDUNG 12.8 - SÜDTIROL - LOKALE ÖFFENTLICHE UNTERNEHMEN - VERKAUF VON GÜTERN UND DIENSTLEISTUNGEN UND ZUWENDUNGEN VON DEN ÖFFENTLICHEN VERWALTUNGEN (Millionen Euro zu konstanten Preisen 2000)



Quelle: Ausarbeitung von Daten aus den Öffentlichen Territorialen Konten

Nahezu alle laufenden und Investitionszuwendungen an die Lokalen Öffentlichen Unternehmen werden von der Regional- und Lokalverwaltung getätigt. Dies hängt mit der Wichtigkeit der Autonomen Provinz Bozen für die Südtiroler Wirtschaft zusammen, die unter anderem von den primären und sekundären Zuständigkeiten des Landes geprägt ist. Infolge der Vergesellschaftung bestimmter Dienstleistungen haben die Zuwendungen der Lokalverwaltung an die subregionalen öffentlichen Unternehmen zugenommen. Der Beitrag der Zentralverwaltungen ist hingegen gleich Null.

A. METHODOLOGISCHER ANHANG

a.1 Übersicht

Die Öffentlichen Territorialen Konten stellen die Finanzströme der Körperschaften des Erweiterten Öffentlichen Sektors nach Kassaprinzip auf regionaler Ebene dar. Diese werden den Haushaltsabschlüssen der Regionen entnommen.

Die Öffentlichen Territorialen Konten werden von einem Zentralen Organ, das derzeit innerhalb der Einheit für die Bewertung öffentlicher Investitionen des Departements für Entwicklungspolitik tätig ist, und einem Netzwerk von 21 operativen Organen in jeder Region und Autonomen Provinz erstellt. Die Zeitreihe zu den Öffentlichen Territorialen Konten wird seit 1996 jährlich ausgearbeitet und deckt bereits einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren ab. Die CPT liefern mit einer Verzögerung von 12 bis 18 Monaten im Vergleich zum Bezugszeitraum Informationen zu den gesamten konsolidierten Einnahmen und Ausgaben (laufende und Investitionen) des Erweiterten Öffentlichen Sektors in den einzelnen Regionen. Die einheitlichen und gesicherten Methoden sowie die Zuverlässigkeit und Qualität der Daten der CPT ermöglichte es, die Datenbank ab 2004 in das Gesamtstaatliche Statistiksystem (SISTAN), die Gesamtheit der privaten und öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen der amtlichen Statistik, einzubinden.

Die Datenbank wird mit dem CPT-Informationssystem verwaltet und kann damit durchsucht werden. Hierbei handelt es sich um ein strukturiertes zentrales Archiv, das den Zugang zu den Informationen erleichtert. Somit können die CPT auch auf internationaler Ebene verwendet werden. Über das CPT-Informationssystem sind die Daten auf allen Aggregationsebenen sowohl für die Ersteller als auch für die externen Nutzer vollständig zugänglich. Weiters können sie individuell durchsucht werden.

Im Juni 2007 wurde der methodologische Leitfaden CPT¹⁷ veröffentlicht, der die methodologischen und operativen Aspekte für die Erstellung der konsolidierten Haushaltsrechnungen der öffentlichen Finanzverwaltung auf regionaler Ebene enthält. Im Leitfaden werden die Themen und Methodologie, die hier zusammengefasst vorgestellt werden, umfassend dargestellt und vertieft.

¹⁷ Vgl. verschiedene Autoren in: *Guida ai Conti Pubblici Territoriali - Aspetti metodologici e operativi per la costruzione di conti consolidati di finanza pubblica a livello regionale (Leitfaden zu den Öffentlichen Territorialen Konten - methodologische und operative Aspekte für die Erstellung konsolidierter Haushaltsrechnungen der öffentlichen Finanz auf regionaler Ebene)*, UVAL 2007, verfügbar auf www.dps.mef.gov.it/cpt/cpt_notemetodologiche.asp

a.2 Art der Daten

Die Datenbank der Öffentlichen Territorialen Konten rekonstruiert für jedes dem Erweiterten Öffentlichen Sektor zugehörige Subjekt auf regionaler Ebene die Ausgaben- und Einnahmenströme auf der Grundlage der jeweiligen Haushaltsabschlüsse, ohne dabei prinzipiell Neuklassifizierungen vorzunehmen. Anschließend werden die konsolidierten Haushaltsrechnungen der einzelnen Regionen erstellt. Es handelt sich um Finanz- und Kassendaten. Die Finanzrechnung wurde gewählt, da sie unentbehrlich ist für die Abgrenzung des Bereichs, in den der öffentliche Sektor auf regionaler Ebene eingreift. Weiters sind die Finanzdaten wesentlicher Bestandteil sowohl des Entscheidungsprozesses als auch des Prozesses zur Erstellung und Gebarung des öffentlichen Haushalts. Für die Erhebung der erweiterten Komponente des öffentlichen Sektors war es notwendig, die Gewinn- und Verlustrechnung der Körperschaften in die Finanzrechnung der CPT umzuwandeln. Außerdem musste der Begriff Gesellschaftskontrolle im Rahmen internationaler Standards definiert werden. Die Eingabe eines Subjekts in die Datenbank CPT erfolgt gemäß den Kriterien des Standards IPSAS 6 (*International Public Sector Accounting Standards*)¹⁸, die entsprechend angepasst wurden. Die öffentliche Kontrolle ist auch dann vorhanden, wenn die vom IPSAS vorgegebenen Voraussetzungen auf der Ebene des öffentlichen Sektors insgesamt und nicht nur von einer öffentlichen Körperschaft erfüllt werden. Aus rein operativen Gründen wird für den Anteil der öffentlichen Beteiligung ein Richtwert von 30 Prozent festgelegt. Dies beruht auf der Annahme, dass eine Kontrolle bei einer Beteiligung von weniger als 30 Prozent nicht möglich ist.

a.3 Grundgesamtheit und Verwaltungsebenen

Die CPT erfassen alle im *Erweiterten Öffentlichen Sektor* (EÖS) tätigen Körperschaften. Dazu zählt einerseits die *Öffentliche Verwaltung* (ÖV)

¹⁸ Der Standard IPSAS 6 setzt die Kriterien für die Erstellung einer konsolidierten Haushaltsrechnung einer öffentlichen Körperschaft fest: In diesem Zusammenhang ist die Definition von Kontrolle erforderlich, damit festgestellt werden kann, welche öffentlichen Gesellschaften in die konsolidierte Haushaltsrechnung einer Körperschaft aufgenommen werden müssen. IPSAS 6 definiert die Kontrolle als *Befugnis, eine andere Körperschaft betrieblich und finanziell zu verwalten und von deren Tätigkeit zu profitieren*. Laut den Standards des Rechnungswesens darf es ausdrücklich keine automatische und eindeutige Verbindung zwischen Kontrolle und Mehrheitsbeteiligung geben. Ebenso sehen sie nicht vor, dass es eine direkte Beteiligung an der Verwaltung der Tagesgeschäfte gibt. Die Standards des Rechnungswesens wenden sich eher der Analyse der potentiell kontrollierenden Körperschaft bei der Definition der Gesamtziele der anderen Einheit zu. Laut IPSAS 6 gilt eine Einheit als kontrolliert, wenn gleichzeitig Macht- und Gewinnvoraussetzungen bestehen.

laut Definition des italienischen öffentlichen Rechnungswesens. Sie umfasst die Körperschaften, die vorwiegend nicht für den Verkauf bestimmte Dienstleistungen produzieren. Andererseits fallen die Körperschaften *außerhalb der Öffentlichen Verwaltung* in die Gesamtheit. Darunter versteht man ein Aggregat einschließlich der Einheiten unter öffentlicher Kontrolle (Gesamtstaatliche Öffentliche Unternehmen und Lokale Öffentliche Unternehmen), die bestimmte Dienstleistungen für den Verkauf produzieren und denen die ÖV den Auftrag erteilt hat, für die Verbraucher einige Dienstleistungen öffentlicher Art zu erbringen. Dazu zählen beispielsweise der Telekommunikationsbereich, Energiesektor usw. Die Tabelle a.1 enthält eine Liste der Körperschaften, die in den CPT zum Erweiterten Öffentlichen Sektor gehören.

TABELLE a.1 - KLASSIFIZIERUNG DER KÖRPERSCHAFTEN DES ERWEITERTEN ÖFFENTLICHEN SEKTORS

Gesamtheit	Untergesamtheit	Verwaltungsebene	Kategorie
Erweiterter öffentlicher Sektor (EÖS)	ÖV	Zentralverwaltungen	Staat Staatsvermögen ANAS Vorsorgeeinrichtungen Andere Körperschaften der Zentralverwaltung
		Regionalverwaltungen	Autonome Provinzen und Regionen Von Regionen abhängige Körperschaften Sanitätsbetriebe, Krankenhäuser und Forschungskliniken (IRCCS)
		Lokalverwaltungen	Provinzen und Hauptstadtgemeinden Gemeindeverwaltungen Berggemeinschaften und andere Verbände lokaler Körperschaften Handels-, Industrie- und Handwerkskammer Universität Von Lokalverwaltungen abhängige Körperschaften Hafenorganisationen und -behörden
	Andere Verwaltungen	Gesamtstaatliche öffentliche Unternehmen (IPN)	Staatsmonopolbetrieb Darlehens- und Depositenkasse (seit 2004, Jahr der Umwandlung der Körperschaft in AG) Tabakunternehmen Ente Tabacchi Italiano (bis 2003, Jahr der kompletten Privatisierung) ENEL Società Poste Italiane Ferrovie dello Stato ENI ACI Ehemalige IRI-Betriebe (Flughäfen von Rom, Alitalia, Finmeccanica, Fintecna, RAI) ENAV (seit 2001, Jahr der Umwandlung der Körperschaft in AG) GRTN - Netzbetreiber-gesellschaft Infrastrutture SpA Italia Lavoro SIMEST (Finanzgesellschaft zur Entwicklung und Förderung italienischer Unternehmen im Ausland) SOGESID (Betreiber-gesellschaft von Wasserversorgungsanlagen) SOGIN (Unternehmen zur Beseitigung der stillgelegten Kernkraftanlagen) Sviluppo Italia
		Lokale öffentliche Unternehmen (IPA)	Konsortien und Vereine und Verbände lokaler Körperschaften Lokale Unternehmen und Einrichtungen Beteiligungsgesellschaften und -stiftungen

Quelle: DPS, Datenbank der Öffentlichen Territorialen Konten

Die Erfassung der Lokalen Öffentlichen Unternehmen ist einzigartig für die CPT-Datenbank, die ein eigenes Klassifizierungssystem anwendet.

Wegen des Umfangs und der Komplexität der erfassten Gesamtheit musste ein eigenes dreistufiges Klassifizierungssystem erstellt werden. Die drei Ebenen sind die Kategorie, Unterkategorie und der Untertyp. Auf der ersten Ebene werden die großen Aggregate von Körperschaften definiert, auf der zweiten wird die territoriale Verteilung (zentral, regional und subregional) herangezogen und auf der dritten werden die wichtigsten in der Datenbank CPT erfassten Körperschaftsklassen aufgezeigt. Dabei werden vor allem die gesetzlichen Vorgaben in Sachen lokale Körperschaften und mögliche Verbindungen mit anderen von der ÖV verwendeten Kodierungssystemen berücksichtigt. Die Tabelle a.2 enthält die von den Regionalen CPT-Organen erstellte ausführliche Klassifizierung der Gebietskörperschaften.

TABELLE a.2 - KLASSTIFIZIERUNG DER VOM REGIONALEN CPT-ORGAN ERMITTELTEN GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN

Unter-gesamtheit	Kategorie	Unterkategorie	Untertyp
ÖV	Regionalverwaltung	Regionalverwaltung	Regionalverwaltung
	Sanitätsbetrieb, Krankenhausbetriebe und Forschungskliniken	Sanitätsbetrieb, Krankenhausbetriebe und Forschungskliniken	Sanitätsbetrieb Krankenhausbetriebe Forschungskliniken (IRCCS)
	Abhängige Körperschaften	Abhängige Körperschaften auf regionaler Ebene	Regionale Körperschaften und Institute Regionale Agenturen Körperschaften zur Förderung des Fremdenverkehrs auf regionaler Ebene Körperschaften zur Bildungsförderung an der Universität
		Abhängige Körperschaften auf subregionaler Ebene	Körperschaften und Institute von Provinzen und/oder Gemeinden Agenturen von Provinzen und/oder Gemeinden Körperschaften zur Fremdenverkehrsförderung auf subregionaler Ebene
	Berggemeinschaften und andere Verbände lokaler Körperschaften	Berggemeinschaften und andere Verbände lokaler Körperschaften auf subregionaler Ebene	Berggemeinschaft Gemeindeverbände Andere Verbände lokaler Körperschaften
	Handels-, Industrie- und Handwerkerkammer Hafenorganisationen und -behörden	Handels-, Industrie- und Handwerkerkammer Hafenorganisationen und -behörden	Handels-, Industrie- und Handwerkerkammer Hafenorganisationen und -behörden
Andere Verwaltungen	Konsortien und Vereine und Verbände	Vereine und Verbände auf regionaler Ebene	Von Regionen gegründete und/oder beteiligte Konsortien ATO (Ambiti Territoriali Ottimali) Regionale und interregionale Naturparks Bonifizierungskonsortien
		Vereine und Verbände auf subregionaler Ebene	Von Provinzen und/oder Gemeinden gegründete und/oder beteiligte Konsortien Provinz- und/oder Gemeindeparks
	Unternehmen und Einrichtungen	Unternehmen und Einrichtungen auf regionaler Ebene	Öffentliche Körperschaften ohne Wirtschaftszweck und regionale Unternehmen Regionale Konsortienbetriebe Regionale Einrichtungen Regionale öffentliche Betriebe für Pflege- und Betreuungsdienste (ASP) Regionale Wohnbauunternehmen
		Unternehmen und Einrichtungen auf subregionaler Ebene	Sonder- und Gemeindebetriebe Öffentliche Körperschaften ohne Wirtschaftszweck auf subregionaler Ebene Konsortienbetriebe von Provinzen und/oder Gemeinden Einrichtungen von Provinzen und/oder Gemeinden Subregionale Wohnbauunternehmen Subregionale öffentliche Betriebe für Pflege- und Betreuungsdienste (ASP)
	Beteiligungsgesellschaften und -stiftungen	Regionale Beteiligungsgesellschaften und -stiftungen	Öffentliche Dienstleistungsgesellschaften mit Beteiligung der Region Regionale Beteiligungsstiftungen Andere regionale Beteiligungsgesellschaften
		Subregionale Beteiligungsgesellschaften und -stiftungen	Subregional beteiligte öffentliche Dienstleistungsgesellschaften Subregionale Beteiligungsstiftungen Andere subregionale Beteiligungsgesellschaften

Quelle: DPS, Datenbank der Öffentlichen Territorialen Konten

a.4 Regionalisierung der Ströme

Zu den komplexesten Aspekten bei der Erstellung einer konsolidierten Haushaltsrechnung der öffentlichen Körperschaften auf regionaler Ebene zählt sicher die territoriale Aufteilung der Finanzflüsse von überregional tätigen Körperschaften. Nur in den wenigsten Fällen verfügen die erfassten Körperschaften nämlich über eine genaue territoriale Aufgliederung ihrer Buchhaltungsdaten. Für die Ausarbeitung von angemessenen Kriterien zur territorialen Aufteilung der gesamtstaatlichen Daten der verschiedenen Posten in den Haushaltsrechnungen sind eine Reihe von Indikatoren notwendig. Diese auf territorialer Ebene verfügbaren Indikatoren müssen den Informationsbedarf des Datensatzes berücksichtigen, der erstellt werden soll wie im Fall der CPT. Die Kriterien für die Regionalisierung müssen vor den Indikatoren definiert werden, die anschließend für die Aufteilung verwendet werden. Sowohl für die Einnahmen als auch für die Ausgaben gibt es verschiedene Ansätze, deren Anwendung zu stark unterschiedlichen Ergebnissen führen kann. Die territoriale Aufteilung der Ausgaben in den CPT erfolgt, was die regionalen Finanzströme betrifft, grundsätzlich durch Zuweisung des öffentlichen Eingriffs an jene Region, in welcher dieser getätigt wird. Die direkten Ausgabenströme, die an die Produktion von Gütern und Dienstleistungen sowie an die Steigerung von Sachvermögen gebunden sind, werden aufgrund des Standortes der eingesetzten Produktionsfaktoren und der Wirtschaftstätigkeit territorial zugeordnet. Die anderen Geldflüsse werden laut Zweckbestimmung der Mittel zugeteilt. Weiters ist zu berücksichtigen, dass die Staatsausgaben vollständig regionalisiert werden. Den Regionen wird auch jener Teil der Staatsausgaben zugeschrieben, der vom Zentralen Rechnungsamt als nicht regionalisierbare Ausgaben klassifiziert wird. Für die Zuordnung der Einnahmen wird in den CPT eine virtuelle öffentliche regionale Einrichtung geschaffen (Operatore Pubblico Regionale virtuale - OPR), welche die Einnahmen aller Verwaltungsebenen umfasst, deren Aktivitäten sich direkt auf die regionale Wirtschaft auswirken. In diesem Zusammenhang wird die Region wie ein Staat behandelt, in dem eine öffentliche Verwaltung mit Entscheidungsbefugnis agiert. Aufgrund der unterschiedlichen Regionalisierungskriterien sollten die territorialen Finanzergebnisse nicht anhand der CPT-Datenbank berechnet werden. Die Daten der Datenbank können verwendet werden, wenn Korrekturen vorgenommen werden, um Näherungswerte bei den Ergebnissen zu erreichen. Sind die grundlegenden Kriterien festgelegt, lassen sich die Methoden zur Regionalisierung, die in den CPT angewandt werden, fast immer von den Angaben der berücksichtigten Körperschaften bzw. aus anderen offiziellen Quellen ableiten. Dies bringt mit sich, dass es in bestimmten Fällen nicht möglich ist, die Daten „optimal“ zu regionalisieren. In diesen Fällen wird deshalb die

„bestmögliche“ Regionalisierung vorgenommen oder ein abgeleitetes Kriterium angewandt. Ein Beispiel sind die Zinsen auf die öffentliche Verschuldung, die in den Staatshaushalt einfließen. Ihr territorialer Wert hängt von der Regionalisierung durch das Zentrale Rechnungsamt ab und wird auf der Grundlage der in den wichtigsten italienischen Banken hinterlegten Wertpapiere berechnet. Dieses Kriterium weist zahlreiche Grenzen auf. Es ist jedoch das einzige, das im Bereich der Statistik in Italien angewendet werden kann. Ein weiteres Beispiel sind die Berichtigungs- und Ausgleichsposten der Einnahmen durch die Erstattung von Steuern wie MwSt. und IRPEF: Mangels offizieller Informationen wird dieser Buchhaltungsposten in den CPT regionalisiert, indem man sich auf die Verteilung der staatlichen Steuereinnahmen des vorangegangenen Dreijahreszeitraums bezieht. Dabei wird angenommen, dass zwischen den beiden Strömen eine enge Wechselbeziehung besteht.

a.5 Ökonomische Gliederung

Alle Körperschaften der ÖV verfügen über ein Klassifizierungsschema der Ausgaben und Einnahmen nach Wirtschaftskategorien, das mehr oder weniger dem des Staatshaushaltes entspricht. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Geldströme bei der Erstellung des jeweiligen Haushalts immer korrekt der entsprechenden Wirtschaftskategorie zugewiesen werden. Die korrekte Erfassung der Ströme beschränkt sich also nicht nur auf die jeweilige Buchhaltungsangabe. Soweit wie möglich soll die Besonderheit des Stroms erfasst und dementsprechend korrekt zugewiesen werden. Hieraus ergibt sich, dass es für die Erstellung von konsolidierten Haushaltsrechnungen mit homogenen Posten notwendig ist, vorab ein Klassifizierungsschema festzulegen. Auf dieses Schema wird beim Übertragen der Daten aus den Haushaltsabschlüssen Bezug genommen, wobei möglichst eindeutige Beziehungen ermittelt werden. Eine andere Form der Neuklassifizierung der Quellen findet statt, wenn Körperschaften in die Grundgesamtheit aufgenommen werden, die ihre Buchhaltung laut den Bestimmungen zur Haushaltsrechnung von Unternehmen führen, d.h. die Körperschaften, die außerhalb der öffentlichen Verwaltung liegen. In diesem Fall ist für eine Bewertung der effektiven Zahlungen und Einhebungen eine Umwandlung der Bilanzdaten notwendig. Die Daten der Haushaltsrechnung, welche laut wirtschaftlicher Zugehörigkeit und zivilrechtlichen Vorgaben erfasst werden, müssen in Kassendaten umgewandelt werden. Weiters müssen sie an die von den CPT verwendeten Schemen für Einnahmen und Ausgaben angepasst werden. Die Posten der Wirtschaftskategorien, die in den CPT für die Einnahmen und Ausgaben berücksichtigt werden, sind in Tabelle a.3 angeführt. Da die Klassifizierung der Wirtschaftskategorien sehr detailliert ist, können ver-

schiedene Wirtschaftsgruppen berücksichtigt werden. Je nach Verwendung der CPT-Daten werden diese überarbeitet, ohne jedoch die Eigenheiten der Basisdaten zu verändern. Damit soll erreicht werden, dass die Angaben vollständig mit den EU-Regeln übereinstimmen bzw. mit anderen Aggregaten der öffentlichen Finanzverwaltung vergleichbar sind.

TABELLE a.3 - ÖKONOMISCHE GLIEDERUNG DER AUSGABEN UND EINNAHMEN

Einnahmen	Ausgaben
1. Landeseigene Abgaben <i>Direkte Steuern</i> - davon IRPEF <i>Indirekte Steuern</i> - davon MwSt. <i>Andere landeseigene Abgaben</i> 2. Vermögenserträge 3. Sozialbeiträge 4. Verkauf von Gütern und Dienstleistungen 5. Laufende Zuweisungen von Europäischer Union privaten Haushalten und Sozialeinrichtungen Privatbetrieben öffentlichen Betrieben öffentlichen Körperschaften, davon: - vom Staat - von anderen öffentlichen Verwaltungen abgetretene Abgaben - von anderen Körperschaften der Zentralverwaltung - von Regionen - von Provinzen - von Gemeinden - von Sanitätsbetrieben - von Aut. Gemeindekonsortien - von Gemeindebetrieben - von Berggemeinschaften - von regional abhängigen Körperschaften - von anderen lok. Verwaltungskörperschaften 6. Berichtigungs- und Ausgleichsposten der Ausgaben 7. Andere laufende Einnahmen LAUFENDE EINNAHMEN INSGESAMT	1. Personalausgaben, davon - Sozialabgaben - IRPEF-Einbehalte 2. Kauf von Gütern und Dienstleistungen 3. Laufende Zuweisungen an: private Haushalte und Sozialeinrichtungen Privatbetriebe öffentliche Betriebe öffentlichen Körperschaften, davon an - Staat - andere Körperschaften der Zentralverw. - Regionen - Provinzen - Gemeinden - Sanitätsbetriebe - Aut. Gemeindekonsortien - Gemeindebetriebe - Berggemeinschaften - regional abhängige Körperschaften - andere lokale Verwaltungskörperschaften 4. Passivzinsen 5. Berichtigungs- und Ausgleichsposten 6. Nicht zuteilbare Summen LAUFENDE GESAMTAUSGABEN 7. Bau oder Kauf von unbeweglichen Gütern 8. Bewegliche Güter, Maschinen usw. 9. Zuweisungen ins Kapitalkonto an: private Haushalte und Sozialeinrichtungen Privatbetriebe öffentliche Betriebe öffentlichen Körperschaften, davon an - Staat - andere Körperschaften der Zentralverw. - Regionen - Provinzen - Gemeinden - Sanitätsbetriebe - aut. Gemeindekonsortien - Gemeindebetriebe - Berggemeinschaften - regional abhängige Körperschaften - andere lok. Verwaltungskörperschaften 10. Aktienbeteiligungen usw. 11. Kreditgewährungen usw. 12. Nicht zuteilbare Summen INVESTITIONSAUSGABEN INSGESAMT AUSGABEN INSGESAMT DARLEHNSRÜCKERSTATTUNG
8. Veräußerung von Unternehmenswerten 9. Überweisungen ins Kapitalkonto von Europäischer Union privaten Haushalten und Sozialeinrichtungen Privatbetrieben öffentlichen Betrieben öffentlichen Körperschaften, darunter - vom Staat - von anderen Körperschaften der Zentralverwaltung - von Regionen - von Provinzen - von Gemeinden - von Sanitätsbetrieben - von Aut. Gemeindekonsortien - von Gemeindebetrieben - von Berggemeinschaften - von regional abhängige Körperschaften - von anderen lok. Verwaltungskörperschaften 10. Schuleinfordernungen 11. Andere Kapitaleinnahmen KAPITALEINNAHMEN INSGESAMT EINNAHMEN INSGESAMT AUFNAHME VON DARLEHEN	

Quelle: DPS, Datenbank der Öffentlichen Territorialen Konten

a.6 Sektoreinteilung

Die konsolidierte Haushaltsrechnung soll den Entscheidungsprozess und die Planungen des Staates und der Regionen unterstützen. Weiters soll sie für Sektoranalysen verwendet werden. Um dies zu ermöglichen, muss ein System zur Erhebung und Ausarbeitung der Ausgabenströme erstellt werden, das nach der Zweckbestimmung der Ausgaben gegliedert ist.

Die Erstellung der Öffentlichen Territorialen Konten basiert auf einer Sektoreinteilung mit 30 Posten. Diese Klassifizierung entspricht dem Klassifizierungssystem des öffentlichen Rechnungswesens und somit dem Klassifizierungssystem der Aufgabenbereiche der öffentlichen Verwaltungen (COFOG). Diese Einteilung der CPT dient dazu, den Anforderungen der EU-Programmierung und der Analyse der öffentlichen Ausgaben gerecht zu werden.

Die oben genannte Aufteilung, die für die Klassifizierung öffentlicher Ausgaben verwendet wird, kann aber nicht für die Klassifizierung von Einnahmeströmen angewandt werden. Dies deshalb, da der größte Teil von ihnen bei ihrer Entstehung nicht an einen Sektor zweckgebunden ist.

a.7 Konsolidierung

In der Datenbank der Öffentlichen Territorialen Konten wird jede Körperschaft als endgültiger Ausgabenverteiler berücksichtigt. Dies geschieht durch die Beseitigung der Transferströme zwischen den Körperschaften innerhalb derselben Verwaltungsebene. Es findet also eine Konsolidierung statt. Dadurch kann die Gesamtsumme der in der Region verteilten Ausgaben bzw. der effektiv eingehobenen Einnahmen ermittelt werden, ohne dass die Gefahr besteht, sie doppelt zu erfassen. Die Konsolidierung ist direkt von der Grundgesamtheit abhängig. Ändert man die Gesamtheit, ändert sich der konsolidierte Wert und somit das Endergebnis. Wird in der Folge nur der Sektor der ÖV berücksichtigt, werden die ihm nicht zugehörigen öffentlichen Unternehmen (jene des Erweiterten Öffentlichen Sektors) wie Privatunternehmen behandelt. Wird hingegen das gesamte Aggregat des Erweiterten Öffentlichen Sektors berücksichtigt, werden die an sie gerichteten Zuwendungen innerhalb der Grundgesamtheit getätigt und somit aufgehoben, um eine doppelte Verrechnung zu vermeiden. Das folgende Beispiel zeigt die laufenden Ausgabenposten, die im Fall des Erweiterten Öffentlichen Sektors konsolidiert werden. Die Konsolidierung der Investitionsposten und der Einnahmen erfolgt auf ähnliche Weise.

TABELLE A.4 - BEISPIEL ZUR KONSOLIDIERUNG DER LAUFENDEN AUSGABENPOSTEN GEGENÜBER DER GESAMTHEIT DES ERWEITERTEN ÖFFENTLICHEN SEKTORS

1. Personalausgaben netto (*), davon	7.140.104
- Sozialabgaben	0
- IRPEF-Einbehalte	335.851
2. Kauf von Gütern und Dienstleistungen	6.838.355
3. Laufende Zuweisungen an:	11.968.823
private Haushalte und Sozialeinrichtungen	5.647.388
Privatbetriebe	6.321.434
gesamtstaatliche öffentliche Unternehmen	0
öffentliche Körperschaften, davon an	0
- Staat	0
- andere Körperschaften der Zentralverw.	0
- autonome Provinzen und Regionen	0
- Provinzen und Hauptstadtgemeinden	0
- Gemeinden	0
- Sanitätsbetriebe, Krankenhausbetriebe und Forschungsklinik (IRCCS)	0
- Konsortien, Vereine und Verbände	0
- lokal beteiligte Betriebe, Einrichtungen, Gesellschaften und Stiftungen	0
- Berggemeinschaften und andere Verbände lokaler Körperschaften	0
- abhängige Körperschaften	0
- andere lokale Verwaltungskörperschaften	0
4. Passivzinsen	2.486.774
5. Berichtigungs- und Ausgleichsposten der Einnahmen	2.666.940
6. Nicht zuteilbare Summen des laufenden Teils	2.304.276
LAUFENDE AUSGABEN	33.405.272

Anmerkung: (*) ohne Sozialabgaben

Quelle: DPS, Datenbank der Öffentlichen Territorialen Konten

a.8 Verwendung der Daten in der Monografie

Die in dieser Monografie verwendeten Daten sind in Bezug auf den Erweiterten Öffentlichen Sektor konsolidiert und mit dem BIP-Deflator in verketteten Werten und zu konstanten Preisen 2000 deflationiert. Die Verwendung der Kettenindizes, eine neue vom Istat angewandte Methode, die das frühere System mit fixer Basis ersetzt, hat jedoch den Verlust der Additivität der Komponenten eines Gebietes zur Folge. Die Summe der verketteten Werte der Komponenten eines Aggregats entspricht also nicht dem verketteten Wert des Aggregats selbst (Ausnahmen sind die Daten des Bezugsjahres 2000 und des Folgejahres 2001). Für den Vergleich des Verlaufs in den verschiedenen Gebieten müssten geeignete Indexzahlen berechnet werden. In den Kapiteln 11 und 12 sind hingegen nicht konsolidierte, aber deflationierte Daten verwendet worden. In beiden Fällen sind aussagekräftige Vergleiche zwischen den verschiedenen Gebieten möglich, da die Basisinformationen mit der durchschnittlichen jährlichen Bevölkerung einer Region gewichtet wurden.

Bei der Analyse des Kapitalkontos hat man sich dazu entschlossen, das Aggregat „Investitionsausgaben ohne finanzielle Umlaufposten“ zu verwenden, das sich nur aus den Wirtschaftsgruppen „Kapitalinvestitionen“ und „Investitionszuwendungen an private Haushalte und Unternehmen“ zusammensetzt. Es schließt alle Posten betreffend die Kreditgewährung, die Vorauszahlungen, Aktienbeteiligungen und Einlagen aus. Diese Definition des Kapitalkontos entspricht jener des gesamtstaatlichen Rechnungswesens.

Um die zahlreichen Informationen besser zusammenfassen und interpretieren zu können, wurden die 30 Sektoren der CPT 10 Makrobereichen zugewiesen (vgl. Tabelle a.5).

TABELLE a.5 - VERBINDUNG ZWISCHEN MAKROBEREICHEN UND CPT-SEKTOREN

Makrobereiche	CPT-Sektoren
Allgemeine Verwaltung	Allgemeine Verwaltung
Allgemeine Dienstleistungen	- Verteidigung - Öffentliche Sicherheit - Justizwesen - Nicht zuteilbare Aufwendungen
Wissen, Kultur und Forschung	- Bildungswesen - Weiterbildung - Forschung und Entwicklung - Kultur und Freizeitgestaltung
Wasserversorgung und Abwasserentsorgung	- Wasserhaushalt - Kanalisation und Wasserkläranlagen
Umwelt und Gebietsverwaltung	- Umwelt - Abfallentsorgung - Andere hygienisch-sanitäre Maßnahmen
Gesundheitswesen	Gesundheitswesen
Sozialwesen	- Maßnahmen im sozialen Bereich sowie öffentliche Fürsorge und Wohlfahrt - Vorsorge und Unterstützungsmaßnahmen zur Eingliederung von Arbeitnehmern - Arbeit
Produzierendes Gewerbe und öffentliche Bauarbeiten	- Landwirtschaft - Seefischerei und Fischwirtschaft - Handel - Wohnbauwesen und Urbanistik - Industrie und Handwerk - Andere im Wirtschaftsbereich - Andere öffentliche Bauarbeiten - Fremdenverkehr
Mobilität	- Straßennetz - Andere Transporte
Infrastrukturnetze	- Telekommunikation - Energie

Quelle: DPS, Datenbank der Öffentlichen Territorialen Konten

a.9 Liste der vom Regionalen CPT-Organ erfassten Körperschaften

Aufgrund der Bedeutung der lokalen Gegebenheiten innerhalb der italienischen Wirtschaft werden diese erfasst. Die Tabelle a.6 enthält die Liste aller Körperschaften Südtirols, die vom Regionalen Organ erfasst werden. Die Liste wird regelmäßig überarbeitet und aktualisiert.

TABELLE a.6- VOM REGIONALEN CPT-ORGAN DER AUTONOMEN PROVINZ BOZEN FÜR DAS FINANZJAHR 2007 ERFASSTE KÖRPERSCHAFTEN

Bezeichnung der Körperschaft	
Regionalverwaltung	
Autonome Provinz Bozen-Südtirol	Autonome Region Trentino-Alto Adige/Südtirol
Regionale Sanitätsbetriebe	
Sanitätsbetrieb Bozen (*)	Sanitätsbetrieb Brixen (*)
Sanitätsbetrieb Bozen (*)	Sanitätsbetrieb Meran (*)
Regionale abhängige Körperschaften	
Institut für Musikerziehung in deutscher und ladinischer Sprache	Institut für Musikerziehung in italienischer Sprache A. Vivaldi Bozen
Institut ladin Micurà De Rü	Institut pedagogisch ladin
Pädagogisches Institut für die italienische Sprache	AFI Arbeitsförderungsinstitut
Land- und Forstwirtschaftliches Versuchszentrum Laimburg	Landesbetrieb für Forst- und Domänenverwaltung
Landsbibliothek Dr. Friedrich Tessimann	Pädagogisches Institut für die deutsche Sprache
RAS - Rundfunk Anstalt Südtirol	Sonderbetrieb für die Feuerwehr- und Zivilschutzdienste
Südtiroler Landesmuseum für Kultur- und Landesgeschichte	Südtiroler Landesmuseen
Körperschaften und Institute des Landes und/oder der Gemeinden	
Eigenverwaltungen der bürgerlichen Nutzungsgüter der Provinz Bozen	
Subregionale Körperschaften zur Fremdenverkehrsförderung	
Kurverwaltung Meran	Verkehrsamt Bozen
Gemeinden	
Gemeinden der Provinz Bozen (*)	
Bonifizierungskonsortien	
Bonifizierungskonsortium Eisackmündung-Gmünd	Bonifizierungskonsortium Gmünd-Salurn
Bonifizierungskonsortium Gsies-Taisten	Bonifizierungskonsortium Passer-Eisackmündung
Bonifizierungskonsortium Vinschgau	
Vom Land und/oder den Gemeinden gegründete Konsortien bzw. Konsortien mit öffentlicher Beteiligung	
Abwasserkonsortium Unterland Süd	Abwasserverband Hochabteital
Konsortium Abwasserverband Mittleres Pustertal	Abwasserverband Oberes Pustertal
Abwasserverband Überetsch-Unterland	Abwasserverband Unteres Pustertal
Konsortium der Gemeinden Leifers-Bozen für die Grundschule St. Jakob	Konsortialbetrieb Altenheim St. Barbara
Konsortium Alters- und Pflegeheim St. Michael Tisens	Konsortium der Gemeinden Aldein, Montan und Truden zur Abwasserbeseitigung
Konsortium der Gemeinden der Provinz Bozen für das Wassereinzugsgebiet der Etsch	Konsortium öffentlicher Dienste der Gemeinden St. Ulrich, St. Christina, Wolkenstein in Gröden und Kastelruth
Müllentsorgungskonsortium der Gemeinden Auer, Tramin, Branzoll und Aldein	Trinkwasserkonsortium Moos in Passeier, St. Martin, Rifflan und Kuens
Regionale Wohnbauinstitute	
WOBI Institut für den sozialen Wohnbau des Landes Südtirol	
Sonder- und Gemeindebetriebe	
BSB Betrieb für Sozialdienste Bozen	WIFI Institut für Wirtschaftsförderung
Sonderbetrieb für die Forstwirtschaftliche Nutzungsrechte der Gemeindewälder - Kastelruth	SGW Sonderbetrieb Gemeindewerke Latsch
SGW Sonderbetrieb Gemeindewerke Schlanders	Stadwerke Bruneck
Einrichtungen des Landes und/oder der Gemeinden	
Altersheim Gadertal Ojop Freinademetz	Altersheimstiftung Hans Messerschmied
Altersheim Josefshaus	Stiftung Bürgerheim St. Nikolaus von der Fläie
Altersheim St. Pankraz	Stiftung Altersheim Sternquet
Altersheim Villnöss	Stiftung Altersheim Sterzing
Altersheimstiftung Griesfeld	Stiftung Altersheim Zum Hl. Geist
Altersheimstiftung Heinrich von Rottenburg	Stiftung B. Kofler
Altersheim Mathias Ladurner Algund	Stiftung Borodine
Stiftung Desfours	Altersheim Mittermesserhaus-St. Nikolaus
Institut Rainerum	Stiftung Carolinum
Mädcheninstitut Elisabethinum	Stiftung Franz De Paula Von Mayrl
Sarner Stiftung	Stiftung Heim und Kindergarten Kofler
Seniorenheim Pitsch-Stiftung	Stiftung Altenheim Martinshaus
Spitalfond Altenheim St. Anna	Stiftung Paulmichl
Altersheim Lajen	Stiftung Peter Paul Schrott
Stiftung Altenheim Lorenzerhof	Stiftung Pilsenhof
Stiftung Martinshaus	Stiftung S. Ploner - Goldenes Kreuz
Stiftung Altersheim Mölten - Stiftung Oberrauach	Stiftung Soll
W. von Kofler Stiftung Rauschertorgasse	Stiftung St. Nikolaus
Stiftung Altersheim Jenesien	Stiftung Von Kurz
Stiftung Altersheim Latsch Spitalfond Zur Hl. Dreifaltigkeit	Waisenhaus Leo der XIII
Stiftung Altersheim Schöpf Partschins	Wohn- und Pflegeheim Mittleres Pustertal
Stiftung Altersheim Schlechtendorf	Stiftung Altersheim St. Walburg
Stiftung Altersheim St. Pauls	Wohnheimstiftung Jakob Rainer
Universität	
Freie Universität Bozen	
Handelskammern	
Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammer Bozen	
Berggemeinschaften	
Bezirksgemeinschaften der Provinz Bozen (*)	

Fortsetzung

Fortsetzung

Kapitalgesellschaften mit regionaler Beteiligung für die Verwaltung öffentlicher Dienste	
Zentrum für regionale Zusatzrenten AG	STA Südtiroler Transportstrukturen AG
Messe Bozen AG	Fernheizwerk Sexten GmbH
SEL Südtiroler Elektrizitätsaktiengesellschaft	Therme Meran AG
Selgas AG	
Kapitalgesellschaften mit regionaler Beteiligung und anderen Aufgaben als die Verwaltung der öffentlichen Dienste	
Sadobre AG	Südtiroler Informatik AG
Kapitalgesellschaften mit subregionaler Beteiligung für die Verwaltung öffentlicher Dienste	
ABD Airport AG	Reipertinger Sportanlagen GmbH
Acquarena GmbH	Kultur- und Vereinshaus Tramin GmbH
Ahrntaler Hallenbad GmbH	Meranarena GmbH
Archeoparc Schnals GmbH	Sasa AG
Konsortium zur Verwirklichung der Grossmarkthalle Bozen GmbH	SEAB Energie- Umweltbetriebe Bozen AG
Eco-center AG	Seilbahnanlagen Hirzer GmbH
Etschwerke AG	Sportanlagen Mals AG
Forum Brixen GmbH	Stadtwerke Brixen AG
Kohlerbahn GmbH	Stadtwerke Meran AG
Gasco AG	
Stiftungen mit subregionaler Beteiligung	
Teatro stabile di Bolzano (*)	
Kapitalgesellschaften mit subregionaler Beteiligung und anderen Aufgaben als die Verwaltung öffentlicher Dienste	
Schlachthof Eisacktal GmbH	

(*) Der vom Regionalen Organ erfasste Untertyp wird derzeit nicht in den konsolidierten CPT-Strömen berücksichtigt, weil entweder eine einheitliche Quelle des Zentralorgans vorgezogen wird oder die Regionen noch nicht einheitliche Erfassungskriterien anwenden.

Quelle: DPS, Datenbank der Öffentlichen Territorialen Konten